Nr. 278. 23. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Alleruntertänigst ersterbende Kolonialkritik.

Die überschäumende Entrüstung über den unerschöpflichen Schlammvulkan der Kolonialskandale, durch die sich namentlich die Zentrumspresse auszeichnete, ist noch in guter Erinnerung. Sind es doch erst ein paar Monate her, daß die „Märkische Volkszeitung", das Tochterorgan der „Germania", erklärte, unsere ganze Kolonialpolitik habe uns nichts als endloses Unheil gebracht. Diese Eruptionen der braven bürgerlichen Opposition und speziell des Zentrums mochten wohl draußen die Illusion hervorgerufen haben, als stehe dem Reichstag beim Beginn der Kolonialdebatten ein besonders denkwürdiger Tag bevor. Wenigstens war der Andrang zu den Tribünen und zur Journalistenempore wiederum ein ebenso beängstigender, wie an dem Tage, wo die Interpellation Bassermann gegen das persönliche Regiment verhandelt wurde. Aber die Enttäuschung des Publikums war heute sicher keine geringere, als an jenem so kleinen „großen" Tage.

Die ganze Verhandlung stand im Zeichen eines hübschen Bildchens, das die Hofloge bot. Während der Rede Bülows erschien der Kronprinz mit hohem militärischen Gefolge in der Hofloge. Der rechtzeitig benachrichtigte Präsident des Reichstages hatte das Glück, bei dem Eintritt des Kronprinzen zugegen zu sein, um wieder einmal „in Demut ersterben" zu können. Die leichte Verneigung des jugendlichen Erben des Thrones beantwortete er mit einer so tiefen Verbeugung, wie sie ein gewöhnlicher Sterblicher sonst nur in höfischen Komödien auf der Bühne zu sehen bekommt. Dieser in Demut ersterbende Bückling des Zentrumsgrafen symbolisierte in überaus pikanter Weise **das Verhalten des Zentrums gegenüber der allerhöchst gewünschten Welt- und Kolonialpolitik.**

Von einer Geißelung der Kolonialskandale durch den Fraktionsredner des Zentrums, Herrn Dr. Schädler, war keine Rede. Der Zentrumsredner ging weder auf die Korruption im allgemeinen noch auf irgend einen der Skandale im besonderen ein, er begnügte sich mit der platonischen Forderung, daß künftig das ganze System der Verwaltung ein anderes werden müsse. Dieses Verhalten des Zentrumsvertreters ist um so eigenartiger, als ja inzwischen **nicht das geringste zur Sühne** der ungeheuerlichen Kolonialvergehen geschehen ist. Denn der Teilhaber der Firma Tippelskirch ist ja bekanntlich — angeblich wenigstens — wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes aus seinem Amte geschieden. In keinem einzigen Fall ist bis jetzt ein Urteil vollstreckt worden, das auch nur einigermaßen als eine Ahndung der begangenen Vergehen angesehen werden könnte! Die diversen Geheimräte, die inzwischen entlassen oder versetzt worden sind, waren doch höchstens Mitschuldige, keineswegs aber die wirklich Verantwortlichen für das verrottete Kolonialsystem. Die Erneuerung des Subalternbeamtenmaterials geschah vollends nicht, um Schuldige zu bestrafen, sondern hauptsächlich deshalb, **um künftig zu verhindern, daß durch Indiskretionen neue Skandalosa an die Oeffentlichkeit gelangten!** Nicht das geringste war also geschehen, um die angekündigte fürchterliche Musterung des Zentrums überflüssig zu machen. Wohl aber war manches geschehen, das Veranlassung gegeben hätte, eine noch **viel schneidendere** Kritik, als ursprünglich beabsichtigt sein mochte, zu üben. Hatte doch der neue Kolonialdirektor, Exzellenz Dernburg, seine Amtstätigkeit mit einer so **plumpen Mystifizierung** begonnen, wie sie bis dahin in unserem parlamentarischen Leben unerhört war. Jedes noch etwas auf seine Reputation haltende Parlament würde eine Kolonialinventur, wie sie Herr Dernburg in seinen beiden famosen Denkschriften dem Reichstag vorzulegen wagte, als eine **Verhöhnung** empfunden und gegeißelt haben. Der Zentrumsredner dagegen begnügte sich mit einigen jovialen Witzchen über diese beispiellose Verulkung der Volksvertreter.

Aber noch andere Umstände hätten gerade dem Zentrum ein rücksichtslos energisches Auftreten zur Pflicht machen müssen. War doch in der Zentrumspresse an den Reichskanzler die Bedingung gestellt worden, in eine **parlamentarische Untersuchungskommission** der Kolonialskandale zu willigen. Daß dieser Forderung nur die Absicht einer Vertuschung und Verkleisterung der Kolonialkorruption zugrunde lag, haben wir kürzlich ja festgenagelt. Nun ist aber die Regierung nicht einmal auf diese so überaus entgegenkommende Bedingung eingegangen. Vielmehr erklärte der neue Kolonialdirektor, daß die Untersuchung dieser Skandale einer nicht-parlamentarischen Untersuchungskommission übertragen werden solle, die aus zwei richterlichen Beamten und einem Verwaltungsbeamten zu bestehen habe. Eine solche Untersuchungskommission vermag selbstverständlich im Reichstag nicht die geringste Gewähr dafür zu bieten, daß die Untersuchung in seinem Sinne und mit dem von ihm gewünschten Nachdruck geführt werden wird! Aber Herr Dr. Schädler, der Fraktionsredner des Zentrums, vertrat gleichwohl **mit keinem Worte** die von der Zentrumspresse als eine unerläßliche Vorbedingung gestellte Forderung.

Aber weiter noch. Die Mehrheit des Reichstages, zu der auch das Zentrum gehörte, hatte seinerzeit die von Herrn Deimling so überschneidig verfochtene Forderung abgelehnt, die Bahnlinie Kubub-Keetmanshoop zu bewilligen. Vielmehr hatte die Reichstagsmehrheit gefordert, daß von der Regierung versucht werde, auf dem Wege von **Friedensverhandlungen** die noch im Felde stehenden Hottentotten zur Kapitulation zu veranlassen. Bei den Friedensunterhandlungen möge den Eingeborenen der Besitz eines Landesreservates, das zu ihrer Existenz ausreiche, zugestanden werden. Statt diesen Wünschen des Reichstages zu entsprechen, wurde dem Reichstag eine offenbar von Herrn Deimling stammende Denkschrift überreicht, in der die Notwendigkeit betont wurde, den Krieg bis zur völligen Niederhetzung der Eingeborenen **fortzusetzen!** Und gleichzeitig ging dem Reichstage von neuem jene Forderung zu, die von der Reichstagsmehrheit so nachdrücklich abgelehnt worden war. Auch für diese **unerhörte Brüskierung** des Reichstages fand der Zentrumsredner **kein Wort des Protestes!** Vielmehr war Herr Dr. Schädler ängstlich bemüht, den neuen Herrn im Kolonialamt seines Vertrauens zu versichern und ostentativ zu betonen, daß das Zentrum keineswegs so kolonialfeindlich sei, wie man es dargestellt habe. Herr Dernburg möge nur nicht jenen das Zentrum verdächtigenden Einflüsterungen folgen, sondern sich mit seiner Partei und den Missionen auf guten Fuß stellen — und einem gedeihlichen Zusammenarbeiten stehe nicht das geringste Hindernis im Wege!

Der Fraktionsredner des Zentrums, Herr Dr. Schädler, enthielt sich aber nicht nur selbst jeder ernsthaften Kritik unserer skandalösen Kolonialwirtschaft, sondern er legte gleichzeitig Verwahrung dagegen ein, daß man etwa im weiteren Verlaufe der Debatte erhobene Anklagen seines Fraktionskollegen Erzberger dem Zentrum aufs Konto setze. **Das Zentrum identifiziere sich keineswegs mit Herrn Erzberger.** Durch diese Erklärung ist von vornherein allen Anklagen dieses Zentrumsredners jede Bedeutung genommen! Eine ungeheuerlichere Demagogie, als sie in diesem Falle vom Zentrum getrieben wird, ist nicht gut denkbar. Man bedient sich des Herrn Erzberger und seiner Enthüllungen, um im Lande den Anschein zu erwecken, als gebühre das Verdienst, der Kolonialkorruption zu Leibe zu gehen, in erster Linie einem Angehörigen der Zentrumspartei. Sobald aber Herr Erzberger im Reichstage selbst seine Anklagen zu vertreten sich anschickt, gibt von vornherein der erste Fraktionsredner des Zentrums zur Beruhigung der Regierung die Erklärung ab, daß Herr Erzberger ja nur **für seine Person** spreche! So täuscht der Zentrumsjesuitismus seinen gläubigen Schäflein eine die Interessen des Volkes schirmende Opposition vor, die in Wirklichkeit nicht vorhanden ist!

Bevor Herr Schädler als Redner der ausschlaggebenden Partei seine in Ehrfurcht ersterbende bedingungslose Zustimmung zu der von Herrn Dernburg in so unglaublicher Weise „sanierten" Kolonialpolitik unseres weltpolitischen Kurses abgab, kamen der Reichskanzler und der neue Kolonialdirektor selbst zum Worte. Fürst Bülow versuchte mit einigen armseligen Phrasen, deren historischer Aufputz überaus dürftig war, die Notwendigkeit einer deutschen Weltpolitik zu begründen. Die Kolonialskandale leugnete er zwar nicht, aber er behauptete doch, daß sie allzusehr verallgemeinert worden seien. Auch gegen ihn als Mitverantwortlichen seien Angriffe erhoben worden. Er sei aber so unschuldig daran, wie ein neugeborenes Kind. Denn ihm, dem von tausend Staatssorgen Geplagten, könne man doch am Ende nicht zumuten, auch noch höchsteigenhändig die Brauchbarkeit der südafrikanischen Kommißstiefel nachzuprüfen. Den bemerkenswertesten Teil der Bülowschen Rede bildete eine schwächliche Verteidigung gegen den Vorwurf, daß ihm schon lange Zeit durch den Kolonialbeamten Pöplau ein ganzer Rattenkönig von Kolonialskandalen bekannt gegeben worden sei, ohne daß er ein Verfahren veranlaßt habe. Die Unglaubwürdigkeit Pöplaus sei zur Genüge durch den späteren Disziplinarprozeß erwiesen worden. Auf diese klägliche Ausflucht braucht hier um so weniger eingegangen zu werden, als vermutlich Herr Erzberger und der Redner der Freisinnigen Volkspartei morgen darüber das Nötige sagen werden.

Nach Bülow stellte sich der neue Kolonialdirektor Dernburg in persona vor. Und zwar gleich durch eine zweistündige Rede, die von sorgfältig im Konzept vorbereiteten Phrasen wimmelte, deren sachlicher Inhalt jedoch gleich Null war. So brachte es Herr Dernburg fertig, den Inhalt seiner famosen Denkschriften noch einmal vor dem Reichstage vorzutragen, ohne auf die in der Presse aller Parteien geübte geradezu vernichtende Kritik auch nur mit einem Worte einzugehen! Offenbar ist Herr Dernburg in die Geheimnisse der Berechnungen seiner geheimrätlichen Handlanger selbst noch nicht genügend eingedrungen. Im übrigen behauptete Herr Dernburg zwar wiederholt, ein neues Kolonialprogramm entwickelt zu haben, allein dies ganze Programm bestand lediglich in der Beteuerung, daß die Beamten der Kolonien eine „tadellose weiße Weste" haben müßten, daß die Ausgaben für die Kolonien in einem vernünftigen Verhältnis zu dem nach verständiger kaufmännischer Kalkulation zu erwartenden Kapitalwert der Kolonien stehen müßten, und in ähnlichen Gemeinplätzen, die bei ihrer endlosen Wiederholung selbst auf die ihm mit dem denkbarsten Wohlwollen gegenüberstehende Mitte und Rechte des Hauses nur eine einschläfernde Wirkung ausübten. Es war deshalb ein starkes Stück, daß Herr Dr. Schädler, der nach Dernburg zum Worte kam, die kühne Behauptung aufzustellen wagte, daß Herr Dernburg sich mit seiner Rede nicht unvorteilhaft eingeführt habe!

In vorgerückter Stunde kam noch Genosse Ledebour zum Wort. Er würdigte die Schwindelinventur der beiden Denkschriften mit ätzendem Sarkasmus. Aehnliche Potemkinsche Dörfer habe man bisher dem Reichstag noch nicht zu bieten gewagt. Wären die Denkschriften das Elaborat eines durch allerhand Konnexionen avancierten Bureaukraten gewesen, so hätte man demselben die beispiellosen Verstöße gegen die Regeldetrie noch verzeihen können; daß aber Herr Dernburg, das vielberufene Finanzgenie, diese tollen Berechnungen zu verteidigen wage, sei ein starkes Stück. Wenn gar die Regierung selbst sich mit diesem halsbrecherischen Unsinn identifiziere, so verscherze sie damit jedes Recht, künftig bei ähnlichen Denkschriften noch ernst genommen zu werden. Genosse Ledebour geißelte weiter die beispiellos schlappe Haltung des Zentrums und richtete an das Zentrum sowohl wie die übrigen Fraktionen der damaligen Majorität des Reichstages die kategorische Frage, ob sie sich die höhnische Mißachtung ihres unzweideutig bekundeten Willens gefallen lassen und nunmehr für die Deimlingsche Forderung des Bahnbaues Kubub-Keetmanshoop stimmen würden. Auch den Nationalliberalen empfahl er mit beißender Ironie, sich diesmal auf den Standpunkt der Mehrheit zu stellen, um dadurch ihrem so pathetisch angekündigten Kampfe gegen das persönliche Regiment auch einmal durch die Tat Ausdruck zu geben. Täten sie das nicht, so dürften sie sich nicht wundern, wenn sie auch künftig an die Wand gedrückt würden, daß sie quietschten. Unser Fraktionsredner schloß mit einer wuchtigen Charakterisierung der Sinnlosigkeit unserer ganzen Kolonialpolitik seine wirksamen Ausführungen.

Die russische Revolution.

Die „Garde".

Der „Tag" bringt folgende Privatdepesche aus Petersburg:

„In dem in Zarskoje Sselo stationierten Garde-Schützen-Bataillon ist unter den Mannschaften der ersten, dritten und vierten Kompagnie eine Gärung ökonomischen Charakters ausgebrochen. Von Petersburg ist zuverlässiges Militär, darunter auch Matrosen, nach Zarskoje Sselo abkommandiert, die seit einigen Tagen dort Wache halten.

Die Wahlrüstungen der Regierung.

Der „Russ. Korresp." wird aus Petersburg geschrieben:

Jetzt ist schon vollständig klar und offensichtlich, daß die „vorbereitenden Maßnahmen" der Regierung zwecks Herstellung einer gutgesinnten Reichsduma sich durch ungemeine Mannigfaltigkeit und Reichhaltigkeit an „schöpferischen Gedanken" auszeichnen. . . Wir bringen hier eine kurze Zusammenstellung der wichtigsten Maßnahmen dieser Art, ohne einen Anspruch erheben zu dürfen, auf diesem Gebiete erschöpfend zu sein:

1. Massenausschluß von Wählern durch Senatsbeschlüsse und ministerielle Zirkulare im direkten Widerspruch zum Wortlaute der Gesetze und Manifeste.

2. Raub des Rechtes auf freie politische Betätigung nicht nur der Regierungsbeamten und Offiziere, sondern auch des Personals der Semstwo-, Städte- und Ständevertwaltung, der Geistlichkeit usw.

3. Direkte Hindernisse zur Ausübung ihres Wahlrechtes für diejenigen Wähler, die in den Wählerlisten noch unbeanstandet blieben (polizeiliche Schließung der Auskunftsstellen, der Wahlausschüsse; Schwierigkeiten beim Eintragen in die Wählerlisten usw.)

4. Vernichtung jeder Spur einer freien Wahlkampagne durch Verbot der Klubs, der Versammlungen, der Komitees usw. sämtlicher wirklich-konstitutionellen Parteien.

5. Massenhafter Raub des Wahlrechts durch unbegründete Anklage nach § 129 des Strafgesetzes sämtlicher öffentlich und politisch tätigen Männer, die irgendwie oppositionell gesinnt sind.

6. Verhaftungen und Verbannungen der „Intelligenten", der Lehrer, Arbeiter, aufgeklärten Bauern usw.

7. Massenhaftes Verbot von Zeitungen wirklich-konstitutioneller Richtung.

8. An ihrer Stelle Gründung einer ganzen Reihe von Reptilienzeitungen auf Staatskosten.

9. Eine Reihe Agitationsreisen der Gouverneure und Erzpriester in die Dörfer, um die Bauernbevölkerung zu beeinflussen.

10. Förderung der Organisation der schwarzen Hunderte und Terrorisierung der Bevölkerung durch diese.

Und alles dies noch am Anfang der Wahlkampagne; was letztere in vorgerückterem Stadium bringt, kann man gar nicht voraussehen; denn es ist alles möglich. —

Proskription!

Nachdem das Asylrecht für russische Flüchtlinge in Finnland aufgehoben ist, übermittelte die russische Regierung dem finnländischen Senat eine ziemlich umfangreiche **Proskriptionsliste** russischer Revolutionäre, **damit diese baldmöglichst an Rußland ausgeliefert werden.**

Die russische Streikwelle.

Nach dem politischen Massenstreik im Oktober vorigen Jahres, an dem sich Millionen organisierter und nichtorganisierter Proletarier, die „Intelligenz" sowie die Beamtenschaft der untersten und der mittleren Bureaukratie beteiligten, ergoß sich eine mächtige Streikwelle über ganz Rußland. Sie verebbte später aus Gründen, die

wir zurzeit untersucht haben. Jetzt bekunden neuere Meldungen, daß jene Streikwelle wieder steigt. Diesmal aber tragen die Streiks einen ausschließlich oder zum großen Teil wirtschaftlichen Charakter, wenn auch das politische Moment bei einigen Streiks eine Rolle spielt. Nun befindet sich Rußland jetzt nicht gerade im wirtschaftlichen Aufschwung. Im Gegenteil. Die Krise hat noch nicht einmal ihren Kulminationspunkt erreicht.

Das russische Kapital ist — wie in allen industriell rückständigen Ländern — relativ unbeweglich, und es strebt zur Realisierung in die sicherste Form des Geldes. Deshalb sehen wir — ausgenommen das Buch- und Zeitungsgewerbe — daß im gleichen Schritt mit der wachsenden Entwickelung der Revolutionsbewegung das Kapital aus der Industrie abfließt. Deshalb hören wir auch nicht mehr von Vergrößerung, sondern von völligem Stocken der Produktion. Die Einschränkung und Einstellung der Produktion in ganz Rußland führt zu einem noch nicht dagewesenen Wachstum der Arbeitslosenarmee, welche die schon bei „normalen" Zuständen vorhandene Reservearmee verdrei- oder gar vervierfacht!

Es könnte nun scheinen, daß Streiks bei einer solchen Konjunktur ein Unsinn sind und der Arbeitermasse vollständige Niederlage, den Kapitalisten vollen Sieg bringen müssen. In den westlichen Ländern sehen wir dieses ökonomische Gesetz in Geltung. Dort wächst die Streikzahl zu Zeiten des industriellen Aufschwungs, wo die Arbeiter durch Streiks Lohnerhöhungen zu erobern suchen, um sich an dem erhöhten Profit der Kapitalisten zu beteiligen.

Noch eine andere Erscheinung in Westeuropa ist hier zu registrieren: Gleichzeitig mit dem Wachstum der Streikzahl vermindert sich die Zahl der Arbeitslosen, was zum Teil dadurch bedingt ist, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften wächst und, wenn die Streikenden siegreich waren, event. durch Eroberung eines kürzeren Arbeitstages die Hinzuziehung neuer Arbeitskräfte nötig geworden ist.

Nicht so jetzt in Rußland. Wir sehen, daß die Streikwelle keine Erhöhung, noch eine Verminderung der Arbeitslosen gebracht hat. Beim ersten Blick setzt uns auch die Tatsache in Erstaunen, daß die meisten Streiks bis jetzt von den Arbeitern gewonnen worden sind. Als drittes, scheinbar anormales Phänomen bemerken wir schließlich noch das Fehlen professioneller Organisationen der Arbeiter (von einzelnen Ausnahmen abgesehen), das Fehlen von Streikfonds, der Mangel von Kenntnissen der Marktverhältnisse usw. Eine solche Erscheinung ist nur in wirtschaftlich rückständigen Ländern möglich, wo die Arbeiterklasse ihren Kampf noch elementar führt. Einen sehr wichtigen Faktor dieser Erscheinung bildet eben die politische Atmosphäre, die durch das Oktobergewitter etwas gereinigt wurde. Das politische Regime drückte die Arbeiterklasse natürlich stets am meisten, die es nicht nur an der politischen, sondern auch an der ökonomischen Befreiung hinderte. Bis in die letzte Zeit wurden in Rußland ja Streiks einfach auf administrativem Wege mit Gefängnis und Verbannung nach Sibirien bestraft. (In Lodz, Warschau, Odessa, Kiew und in anderen Städten, wo der Kriegszustand erklärt ist und die Feldgerichte errichtet sind, werden die Anstifter zum Streik jetzt mit dem Tode bestraft!!) So entsprach denn die ökonomische Lage der Arbeiterklasse Rußlands in keinem Falle der Entwickelung der russischen Industrie. Sobald aber die Arbeiterklasse ihre politischen Fesseln etwas durchbrochen hatte, ging sie zum ökonomischen Kampfe über. Die Tatsache, daß sämtliche von den Arbeitern aufgestellten Forderungen von den Fabrikanten sehr oft vollständig bewilligt wurden, spricht schon am besten für die „Gesetzlichkeit" dieser Forderungen.

Es handelt sich also nicht etwa um „Streiklust", sondern um eine historische Notwendigkeit! Die von politischen Fesseln freigemachte russische Arbeiterklasse hatte von vornherein dringliche Forderungen eines Minimums menschlicher Bedürfnisse aufzustellen. Dieses Streben, sich durch Erhöhung des Niveaus ihrer Bedürfnisse der Kulturmenschheit anzuschließen, es koste was es wolle, beweist, welche kolossale Kraft in der russischen Arbeiterklasse wohnt. Der Erfolg des größten Teiles aller Streiks beweist aber auch, wie gerecht und bescheiden die Arbeiterforderungen — sogar vom Standpunkte ihrer Erbfeinde, der Kapitalisten, aus — sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. November.

Graf Posadowsky und die englischen Gewerkschaften.

London, 26. November.

Nach dem „Vorwärts" von gestern sagte der Staatssekretär Graf Posadowsky in der Debatte über die Gewerkschaftsvorlage:

„Moniert worden ist ferner, daß unsere Vorlage nicht kurrent ist, daß beispielsweise der Bericht der königlichen englischen Kommission über die Haftpflicht der Gewerkschaften nicht abgedruckt ist. Unser Gesetzentwurf war bereits im Frühjahr fertig, ist aber zurückgehalten worden, weil er kaum zur Beratung, geschweige zur Verabschiedung gekommen wäre. Alles Material, das inzwischen erschienen ist, werden Sie noch erhalten. Es bereitet mir eine besondere Genugtuung, ein Zitat aus dem erwähnten Bericht vorzulesen. Es heißt dort bezüglich der Haftbarkeit: „Keine Gesetzesregel ist so elementar, so allgemein, so unerläßlich wie die, daß ein Uebeltäter angehalten werden muß, ein begangenes Unrecht wieder gut zu machen. Wenn die Gewerkvereine von dieser Tätigkeit befreit werden, so wäre das die einzige Ausnahme, und es wäre an der Zeit, sie zu beseitigen. Daß so große Körperschaften dauernd befugt sein sollen, anderen Unrecht zu tun und ihr Vermögen von Hunderttausenden dazu zu verwenden, das wäre ein Zustand der Dinge, der jedem Gedanken von Recht und Gerechtigkeit widerspricht." Dieser Bericht ist von der königlichen Kommission einstimmig angenommen worden, und Mitglied dieser Kommission war der uns von Ihnen so oft gerühmte Sozialpolitiker Sidney Webb. Mit der einzigen Ausnahme, daß das Vermögen des ganzen Gewerkvereins nicht haften solle für nicht genehmigte Handlungen eines Beamten, hat sich die Mehrheit der Kommission für die Haftbarkeit ausgesprochen. Die Anträge, die jetzt im englischen Unterhause gestellt werden, gehen freilich weit über die Anträge der Kommission hinaus, aber das Gesetz ist bis jetzt noch nicht verabschiedet."

In dieser Bemerkung sind zwei Punkte auseinander zu halten: Der Bericht der königlichen Kommission und die vor zwei Wochen im Unterhause in dritter Lesung angenommene Trade Disputes Bill (lies: Treed Dispjuts Bill).

Die königliche Kommission wurde im Jahre 1903 eingesetzt, nachdem die von den Arbeitervertretern zum ersten Male eingebrachte Bill mit 30 Stimmen abgelehnt worden war. Die Kommission bestand aus drei Juristen, einem Großindustriellen und Sidney Webb. Da die damalige konservative Regierung keinen Arbeitervertreter in die Kommission ernannte, und da die Arbeiter die Ernennung der Kommission nur als einen Verschleppungsversuch betrachteten, beschlossen sie, keine Aussagen vor der Kommission zu machen. Die Kommission vernahm nur Industrielle und Juristen, aber keinen einzigen organisierten Arbeiter, so daß der Bericht auf Grund einseitiger Aussagen abgefaßt ist. Sidney Webb wurde von den Gewerkschaften vollständig ignoriert. Sie nahmen es ihm übel, daß er sich dazu hergab, an einer Kommission teilzunehmen, von der die Trade-Unionskongresse nichts wissen wollten. Der Bericht der Kommission blieb auch ein toter Buchstabe, so daß die Trade Disputes Bill in den Jahren 1904, 1905 und schließlich 1906 mit wachsenden Mehrheiten angenommen wurde.

Zweitens: wenn der Bericht des „Vorwärts" in den drei letzten von uns oben wiedergegebenen Zeilen richtig ist, so scheint Graf Posadowsky, was englische Angelegenheiten betrifft, „nicht kurrent" zu sein. Er spricht von „Anträgen, die jetzt im englischen Unterhause gestellt werden". Es sind keine Anträge mehr und sie werden nicht mehr im Unterhause gestellt. Die Vorlage (Trade Disputes Bill) ist vor zwei Wochen in dritter Lesung einstimmig angenommen worden. Der Führer der Konservativen, Mr. A. Balfour, gab ihr in unzweideutigen Worten seine Zustimmung. Und man erwartet allgemein, daß die Vorlage das Oberhaus glatt passieren wird, da ihre Grundlage noch in den Jahren 1875 und 1876 von den englischen Konservativen geschaffen wurde.

Es darf kein Zweifel darüber obwalten, daß der deutsche Gesetzentwurf betreffend gewerbliche Berufsvereine dem Taff-Vale-Entscheid gleichkommt, gegen den die englischen Arbeiter seit drei Jahren einen so bitteren Kampf führten. Die Verwandlung eines Gewerkvereins in eine „corporate body" (juristische Person) heißt, die organisierten Arbeiter den Richtern und Unternehmern ausliefern. Bei der Ungewißheit des deutschen Streikpostenrechts, bei der Beschränktheit des preußischen Vereinsrechts kann der neue Gesetzentwurf das Verderben der deutschen Gewerkschaften werden. Eine Gewerkschaft ist doch keine Aktiengesellschaft, sondern eines der unentbehrlichsten Verteidigungsmittel des Arbeiters gegen das mit aller Macht der modernen Zivilisation ausgerüstete Kapital. Ihm das Gewerkschaftsrecht beschränken bedeutet im Falle des Arbeiters nicht etwa die Beschränkung irgend eines Paragraphen des Gesetzbuches, sondern die Unterbindung eines seiner notwendigsten Lebensorgane. Man könnte ihm ebenso gut ein Bein abhacken.

Ein klerikal-konservatives Wahlkartell.

Heraus aus dem Zentrumsturm! Das ist die Parole, die zuerst von dem Abg. Bachem ausgegeben wurde. Auf dem letzten Katholikentag waren auch andere Stimmen zu vernehmen, die in ganz bestimmter Absicht der Zentrumspartei einen interkonfessionellen Anstrich zu geben versuchten. Die Absicht läuft darauf hinaus, mit den protestantischen Konservativen ein festeres Bündnis einzugehen.

In Baden, das auch im Hinblick auf den liberalen Block Probierländle war, ist dem klerikal-konservativen Kartell schon vorgearbeitet worden. Allerdings zunächst nur einseitig: das Zentrum unterstützte beständig, ohne Gegenleistungen zu verlangen, die Konservativen. So schon bei den Reichstagswahlen 1877, 1878, 1884. Mehrere konservative Mandate sind damals nur mit Hülfe des Zentrums erobert bezw. erhalten worden. Auch bei den Landtagswahlen verdankten die wenigen gewählten Konservativen ihre Sitze zumeist der Zentrumshülfe.

Infolge der Kartellbildung 1887 erkaltete die Zentrumsliebe für die Konservativen etwas, aber in den letzten Jahren vollzog sich wieder eine rasche und starke Annäherung und bei den Landtagswahlen 1905 zog das Zentrum in einigen Kreisen sogar seine eigenen Kandidaturen zurück, um konservativen Kandidaten gegen liberale und sozialdemokratische zum Siege zu verhelfen.

Diese Taktik erhält nun die parteiamtliche Sanktion durch eine Erklärung, die der Führer des badischen Zentrums, Pfarrer Wacker, soeben im „Badischen Beobachter" abgibt. Pfarrer Wacker erzählt, daß er schon immer (seit 1876) auf dem Standpunkt gestanden habe, das Zentrum müsse „mit den Konservativen in Fühlung treten und deren Emporkommen fördern". Und er erklärt zum Schluß:

„Da ich von Anfang an gewohnt war, mit Wahlkombinationen nicht bloß mit der Gegenwart zu rechnen, sondern auch mit der Zukunft, wenigstens bei (?) der nächsten, habe ich selbstverständlich auch mit der mutmaßlichen Parteikonstellation bei kommenden Wahlen mich schon beschäftigt. Ganz naturgemäß muß und wird der Zentrumspolitiker der Entwickelung der Dinge in den konservativen Lagern das lebhafteste Interesse schenken. Ebenso naturgemäß wird er dabei auf die allergrößte Behutsamkeit bedacht sein. Man weiß wie groß die Vorurteile sind und wie leicht es ist, mit überraschendem Erfolg an dieselben zu appellieren. Nach wie vor steht nicht ein Zusammengehen behufs **gegenseitiger Hülfe** bei den Wahlen in Frage, sondern die **Unterstützung der Konservativen durch das Zentrum.** Diese letztere ist an zwei Voraussetzungen geknüpft:

1. Daß die Konservativen von den Nationalliberalen gründlich geschieden bleiben;
2. daß sie in so und so vielen Bezirken selber stark genug werden, um mit Hülfe des Zentrums siegen zu können."

Pfarrer Wacker rechnet dann aus, daß beispielsweise bei den Landtagswahlen die Konservativen bei solcher Taktik den größten Teil von 21 ländlichen, jetzt nationalliberal vertretenen Kreisen erobern könnten. Die unzerbrechliche klerikal-konservative Mehrheit im Landtag wäre dann gegeben. Aber vorsichtig muß die Geschichte gemacht werden, denn den Wählern ist nicht zu trauen. Darum schließt der ultramontane Wahltaktiker mit folgender Mahnung:

„Dem so wünschenswerten Erstarken der Konservativen in einer Reihe von Wahlbezirken wird nun aber nicht Vorschub geleistet, sondern geradezu Gefahr bereitet, wenn den zahlreichen nicht besonders gefestigten Elementen das Zusammengehen mit dem Zentrum vor Augen gehalten wird, was es ja in Wirklichkeit doch nicht geben wird, höchstens sehr sporadisch. Es genügt vollständig, daß das Zusammengehen des Zentrums mit den Konservativen ermöglicht und aussichtsvoll gemacht wird. Weiteres wird sich auf parlamentarischem Boden leicht, ja von selbst ergeben. Dort wird es dann am Platze sein, von einem „Block der Rechten" zu sprechen."

Das heißt also: Das reaktionäre ultramontan-konservative Kartell soll sicher kommen, und das klerikale Stimmvieh läßt sich auch ohne Bedenken an die Urne kommandieren. Nur auf die „nicht besonders gefestigten" konservativen Elemente, die durch die konfessionelle Intoleranz der Kleriker leicht kopfscheu gemacht werden, ist Rücksicht zu nehmen. Deshalb soll der Bund zunächst nur in einseitiger Unterstützung der Konservativen sich äußern. Ein Plan, der vermutlich glücken wird, denn es ist von den Zentrumswählern nicht anzunehmen, daß sie das freche Spiel der Parteidrahtzieher durchkreuzen. Man wird also schon bei der kommenden Reichstagswahl mit dieser Taktik rechnen müssen. —

Deutsches Reich.

Die Fleischnot.

Nicht dementiert ist bis heute die gestern von uns angenagelte Behauptung der „Deutschen Tageszeitung", daß die Regierung die Grenzsperren nicht aufheben will!

Der Vorstand des Westfälischen Städtetages, der am 26. November zu Dortmund tagte, beschloß, im Anschlusse an der vom Vorstande des Deutschen Städtetages an den Reichskanzler und den Reichstag gerichteten Antrag bei den zuständigen Stellen eine Erleichterung der Einfuhr lebenden Viehes nach den inländischen Schlachthöfen zu beantragen.

Dasselbe beschloß der sächsische Handelskammertag und die Handelskammer zu Minden.

Der Nürnberger Magistrat beschloß eine Kommission einzusetzen, die die Frage prüfen soll, ob die Fleischpreise mit den Viehpreisen in Einklang stehen.

Der Protest gegen den Lebensmittelwucher.

Sechs große Protestversammlungen, die größtenteils überfüllt waren, fanden am 27. November in Magdeburg statt. Die Referate wurden oft durch entrüstete Zwischenrufe, die sich gegen die Fleischwucherpolitik richteten, unterbrochen.

Stark besuchte Versammlungen werden gemeldet aus Wetzlar (400 Personen), Jena und Grünberg in Schlesien. —

Krücken her!

Den Freisinnigen liegt der Ausfall der Landtagsersatzwahl schwer im Magen. Die Tatsache, daß ihr Müller-Sagan das Mandat im dritten Berliner Landtagskreise nicht einfach im ersten Ansturm zu erobern vermochte, bereitet ihnen böses Bauchgrimmen.

Die „Volks-Zeitung" führt den Reinfall auf persönliche Momente zurück: Müller ist Reichstagsabgeordneter, die „freisinnigen Kreise" mögen von Doppelmandaten und -mandataren nichts wissen und dergleichen mehr.

Auch die „Vossische Zeitung" operiert nicht gerade glücklich, wenn sie es zur „Erklärung" des Fiaskos ihrer Freunde so darstellt, als seien die 317 Wahlmänner, die zu Hause geblieben waren, sämtlich Freisinns-Helden, und als ob durch ihr „vollzähliges Erscheinen" am 4. Dezember Herr Müller mit Leichtigkeit und Eleganz in das preußische Dreiklassenparlament spediert werden könnte. Diese naive Darstellung trägt der guten alten Tante Voß einen kräftigen Nasenstüber ein, den ihr die — „Kreuz-Zeitung" graziös verabreicht, indem sie jene Dernburg-Rechnung als „gewagt" bezeichnet und zum Schluß dem Freisinn folgende bittere Pille dreht:

„. . . Von ihren Stimmen sollte die „Vossische Zeitung" darum lieber nicht die Rettung des freisinnigen Mandats erwarten. Wenn der Wahlkreis diesmal noch in freisinnigen Besitz bleibt, **so wird man das lediglich den Konservativen zu verdanken haben, so schwer es den Freisinnigen auch eingehen mag, daß sie jetzt auch schon nicht mehr bei den Berliner Landtagswahlen ihre Mandate aus eigener Kraft sichern können."**

So ist es in Wirklichkeit! Den Freisinnigen schlottern die Kniee, und nur zu gut können sie die zweihundert Krücken gebrauchen, die ihnen der konservative Kampfgenosse schon freundlichst bereit hält. In Berlin ist ja — nebenbei bemerkt — diese Seelenverwandtschaft gar nichts neues; waren es doch Konservative, die anno 1903 den Freisinn im ersten Reichstagswahlkreise herausgehauen haben!

Das „Berliner Tageblatt" operiert ausnahmsweise einmal weniger in Illusionen: es konstatiert die für den Freisinn so überaus gefährliche Situation, es gibt zu, daß die 300 „Wahlfaulen" nicht bloß Freisinnsmannen sind, und es setzt schließlich als selbstverständlich voraus, daß die Konservativen dem Freisinn, dem „kleinen Uebel", aus der Patsche helfen, daß die konservativen Krücken am 4. Dezember ihre Pflicht tun werden! —

In diesem Zusammenhange haben wir noch eine Zuschrift zu erwähnen, die von der „Vossischen Zeitung" gestern (Mittwoch) Abend veröffentlicht wurde. In besagter Zuschrift wird „eine große Anzahl Wahlmänner aus den bürgerlichen Parteien" der Lässigkeit geziehen, den sozialdemokratischen Wahlmännern dagegen Pflichteifer und Parteidisziplin bescheinigt. — Wir haben es nicht nötig, zu erörtern, wie sehr unsere wackeren Genossen solches Lob — zumal aus besserem Munde — verdienen. Es ist nur zu bekannt, daß sie — wie immer — auch am 27. November ihre Pflicht treu und gewissenhaft erfüllt haben. Sollte ihre Mühe — wie es Freisinnige und Konservative „siegesbewußt" schmunzelnd schon heute darstellen — am 4. Dezember nicht von Erfolg gekrönt werden, so brauchen sie sich keine Vorwürfe zu machen. Während die Freisinnigen auf konservativen Krücken in alle möglichen Parlamente hinken, gehen unsere Genossen langsam, aber sicher und auf eigenen Füßen ihren schönen Ziele entgegen.

Eine historische Erinnerung.

Die konservative „Deutsche Tageszeitung" schnaubt Feuer und Flammen, weil angeblich unser Breslauer Parteiorgan dortigen Gastwirten mit Boykott gedroht haben soll, wenn sie nicht bei der Stadtverordnetenwahl sozialdemokratisch stimmen würden.

Der Breslauer Fall liegt natürlich nicht so, wie ihn die „Deutsche Tageszeitung" darstellt. Es handelt sich lediglich um eine Mahnung an Gastwirte, die sich als Parteigenossen erklären, wenn es gilt Arbeitergroschen zu bekommen, die sich aber bei öffentlicher Wahl gerne der Pflicht als Parteigenossen entziehen möchten. Gastwirte mit dem Boykott zur Verleugnung ihrer Ueberzeugung zu zwingen, fällt unserer Partei selbstverständlich nicht ein. Grundsätzlich wird von uns Sozialdemokraten der Boykott nur als Waffe gegen Saalverweigerung und allenfalls Arbeitermißhandlung gebraucht und nicht zu anderen Zwecken. Wenn aber das Agrarierblatt sittliche Entrüstung markiert mit den Worten: „Eine ärgere Wahlbeeinflussung als hier durch Bedrohung mit Boykott läßt sich nicht wohl denken", so mag es sich gefälligst zunächst an die eigene Nase fassen. Die konservative Partei hat Wahlbeeinflussung durch Boykott und sonstigen wirtschaftlichen Druck nicht nur von jeher in der Praxis betrieben, sondern sie hat das auch von Anfang an ganz ungeniert zu ihrem Grundsatz erhoben. Die erste konservative Organisation in Preußen war der sogenannte „Preußische Volksverein", dessen Gründung im Jahre 1861 erfolgte (wenn auch die konservative Partei, jedoch ohne feste Organisation, schon früher bestand). In demselben Jahr, sogar noch etwas vor der Gründung des Vereins, hatte das konservative Zentralwahlkomitee ein vertrauliches Rundschreiben erlassen, in welchem es u. a. wörtlich hieß:

„Auf dem Lande wird es besonders die Pflicht der Gutsbesitzer sein, dahin zu arbeiten, daß niemand, der ihrer Einwirkung zugänglich ist, von den Wahlen zurückbleibe. Daß in gleicher Weise jeder billige und gesetzlich erlaubte Einfluß auf die Untergebenen und in Geschäftsverbindung Stehenden angewandt werden muß, versteht sich von selbst. Ueberhaupt ist es billig und notwendig, daß die Konservativen sich, gleich ihren Gegnern, entschließen, ihre soziale und gesellschaftliche Stellung geltend zu machen und **möglichst nur Geschäftsleuten, die gleiche Gesinnung hegen, die Vorteile ihres Verkehrs zuwenden.** Ein offenes Anerkennen und Aussprechen dieses Grundsatzes wird nicht ohne Wirkung bleiben."

Jedes Kind weiß, daß die Konservativen bis auf den heutigen Tag nach diesem Grundsatz gehandelt haben. Was aber ist zu halten von der Moral solcher Leute, die seit Anbeginn ihrer Existenz in Theorie und Praxis eben das zur Richtschnur ihres Handelns machen, was sie selbst als unsittlich und verwerflich erklären? —

Eine zusammengebrochene Landfriedensbruchanklage.

Vor dem Schwurgericht zu Stettin wurde am Dienstag und Mittwoch ein großer Landfriedensbruchprozeß gegen vierzehn Swinemünder Hafenarbeiter verhandelt. Eine kleine Plänkelei, die am 12. April während der großen Swinemünder Hafenarbeiteraussperrung, die die Swinemünder Reeder zum Zwecke der Sprengung der dortigen Filiale des Hafenarbeiterverbandes inszenierten, am Hafen zwischen Ausgesperrten und christlichen Arbeitswilligen stattfand, bildet den Ausgangspunkt des Prozesses. Ueber das Ergebnis der großen Aktion meldet uns ein Privattelegramm aus Stettin vom 28. November, 8,47 Uhr nachmittags:

Die angeklagten Swinemüder Hafenarbeiter wurden von der Anklage auf Landfriedensbruch freigesprochen. Nur drei Angeklagte wurden verurteilt auf Grund des Paragraphen 366 des Strafgesetzbuches (Werfen von Steinen).

So ist also der große Apparat kläglich zusammengebrochen. Herausgekommen ist eine Verurteilung dreier Arbeiter wegen einer Uebertretung, die im Höchstfalle mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden kann. (Das Telegramm gibt leider die verhängten Strafen nicht an.) Also endete die Massenanklage auf Landfriedensbruch. —

Eine Zentrumsniederlage in Köln. Die Kölner Zentrumspartei hatte seit drei Jahren im Rathause die Mehrheit. Auf Grund der für die rheinischen Ultramontanen günstiger gewordenen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes war es dem Zentrum im Jahre 1908 gelungen, die bisherige liberale Mehrheit zu brechen, und zwar durch seinen Sieg in der zweiten Klasse. Bei den Ersatzwahlen der zweiten Klasse im Jahre 1905 schnitt das Zentrum ebenfalls so günstig ab, daß die liberalen Mannesseelen auf den Stichwahlkampf verzichteten und sich in ein Kompromiß mit dem Zentrum einließen, wonach das Zentrum zwei, die Liberalen einen von den drei zur Wahl stehenden Sitzen erhielten. Diese drei Mandate waren dafür bestimmend, ob die Rathausmehrheit klerikal oder ob sie „liberal" sei. Gewannen die Liberalen die drei Sitze, so hatten sie von 45 Mandaten 23 inne. Statt wie Männer zu kämpfen und gegebenenfalls ehrenvoll zu unterliegen, paktierten die Liberalen in der erwähnten Weise mit dem Gegner, das aber paßte den Jungliberalen nicht; ihr Führer focht auf Grund eines Formfehlers die Gültigkeit der Stichwahl an und führte den Prozeß bis zum Kammergericht mit Erfolg durch. Infolgedessen hat am Montag und Dienstag eine neue Wahl stattgefunden. Einen so heißen und wütenden Kampf hat es bei den Kölner Stadtverordnetenwahlen noch nie gegeben. Die Liberalen, aufgepeitscht durch den Verein der nationalliberalen Jugend, kämpften mit allen Kräften, und es ist ihnen am Dienstagabend gelungen, ihre drei Kandidaten, wenn auch mit schwacher Mehrheit, durchzubringen. Damit ist die Zentrumsmehrheit zu Fall gebracht.

Drei Jahre hat das Kölner Zentrum im Rathause die Macht gehabt, und es war in der Lage, zu beweisen, wie weit es gewillt ist, seine sozialpolitischen Theorien und seine arbeiterfreundlichen Worte wahr zu machen, um so mehr, als sich unter den Zentrumsstadtverordneten auch der Reichstagsabgeordnete Trimborn, und zwar in führender Stellung, befindet. Was hat das Zentrum in den drei Jahren seiner Macht geleistet? Es hat einseitigste Interessenpolitik getrieben; es hat seine ganze Tätigkeit darauf zugeschnitten, wie sie auf die Wähler der zweiten Klasse, von denen es abhängt, welche Partei im Rathause in der Mehrheit ist, wirke. Das Zentrum hat Haus- und Grundbesitzerpolitik, nicht aber Kommunalpolitik getrieben. Es hat die von der städtischen Verwaltung eingebrachte im höchsten Maße unzulängliche Wertzuwachssteuer vollends in Grund und Boden hinein verhunzt, nur um den Haus- und Grundbesitzern der zweiten Klasse nicht wehe zu tun. Auf der anderen Seite aber hat das Zentrum auf dem Gebiete der kommunalen Arbeiterpolitik so gut wie nichts getan. Kennzeichnend für das Kölner Rathauszentrum ist es, daß es einmütig den „Allgemeinen Bestimmungen für die städtischen Arbeiter" zugestimmt hat, die sich auf den brutalsten Ausbeuterstandpunkt stellen. Bestimmt doch der § 1 dieses Statuts, daß Arbeiter, die das vierzigste Lebensjahr vollendet haben, in städtischen Betrieben nicht mehr angenommen werden können. Würde das private Unternehmertum ähnliche Grundsätze aufstellen, so blieb dem entlassenen vierzigjährigen Arbeiter nichts anderes übrig, als dem Hungertode anheimzufallen oder vorher zum Strick zu greifen. Diesem Paragraphen haben sämtliche Zentrumsstadtverordnete zugestimmt.

Die vorläufig beendete dreijährige Herrschaft des Zentrums im Kölner Rathause hat wenigstens das eine Gute gehabt, daß es uns den wahren Charakter dieser Partei auch auf kommunalem Gebiete enthüllt hat.

Schwere Sorgen.

Schwere Sorgen bedrücken das Herz aller „nationalgesinnten" Politiker. Da nach ihren tiefgründigen Untersuchungen die Schäden der Zeit lediglich an angeblich falschem Eingreifen des Kaisers liegen sollen, so wollen sie „von dem schlecht unterrichteten Kaiser an den besser zu unterrichtenden Kaiser" appellieren. Wie aber kann der Kaiser „besser als bisher über die im Volke herrschende Stimmung unterrichtet" werden? Das ist das Preisrätsel, an dessen Lösung gegenwärtig alle wahren Vaterlandsfreunde ihren ganzen Schweiß setzen. Aber es gelingt ihnen nicht, die harte Nuß zu knacken. Die „Köln. Volksztg." hat folgendes Pläneben ausgeheckt:

„Daß der Kaiser gern mit Gelehrten und Künstlern verkehrt, sie zu seinen Nordlandreisen einlädt, wird niemand tadeln. Aber um sich über die politischen Strömungen im Volke, über die Bedürfnisse unseres öffentlichen Lebens zu unterrichten, dazu bedarf es anderer Mittel und Vermittler. Die verantwortlichen Ratgeber der Krone können dagegen nichts einzuwenden haben, wenn sie nur ihrerseits bei der Auswahl und Anhörung derjenigen Personen, durch die der Kaiser seine Kenntnis des Volkes und der politischen Auffassung im Volke zu erweitern wünscht, angemessen beteiligt sind. Wir könnten uns z. B. sehr wohl denken, daß der Kaiser bei einer wichtigen politischen Frage die Auffassung der verschiedenen Parteien persönlich kennen zu lernen wünscht; wir sehen nicht ein, warum ein solcher Gedankenaustausch unter Beiziehung des Reichskanzlers oder der beteiligten Minister eine Unmöglichkeit sein sollte. Selbstverständlich wäre dabei keine Partei auszuschließen, soweit sie sich nicht selbst ausschließt. . . ."

Daran findet nun wieder die ebenfalls bis in die Knochen königstreue „Deutsche Tagesztg." mancherlei auszusetzen. Sie schreibt dazu:

„Wir halten diesen Vorschlag einerseits für nicht durchführbar, andererseits für nicht unbedenklich. Man wird den Kaiser keinesfalls zwingen können, sich so informieren zu lassen. Aber selbst wenn das möglich wäre, so würde wiederum die Auswahl der Personen der Kritik Handhaben bieten. Und auch dann, wenn das vermieden werden könnte, würde immerhin die Gefahr vorliegen, daß dadurch die Person des Kaisers in den Tageskampf hinabgezogen würde. Das ist unbedingt zu vermeiden. Verfassungsmäßig sind zur Information des Monarchen die Minister, im Reiche der Kanzler berufen. Es kommt darauf an, daß diese Personen sich richtig informieren lassen und ihrerseits den Kaiser entsprechend unterrichten."

Es muß uns wohl an dem specifisch monarchistischen Organ fehlen. Denn wir mögen uns anstellen, wie wir wollen, immer will uns bedünken, als wenn alle solche Vorschläge arg unehrerbietig seien. Welcher anderen Person erlaubt man sich, in dieser Weise den persönlichen Verkehr und das persönliche Verhalten vorzuschreiben? Uebrigens merkwürdig, daß all diese Vaterlandsretter auf die nächstliegende und einfachste Lösung nicht zu kommen scheinen. Wenn sonst jemand die Ansichten und Absichten der politischen Parteien kennen lernen will, so liest er von jeder wichtigen Partei ein führendes Blatt. Kann das der Kaiser nicht auch tun? —

Amtliche Wahlurnen.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hat einmal einen guten Gedanken gehabt. Sie hat einen Initiativantrag eingebracht, durch den eine Ergänzung des Wahlreglements gefordert wird; danach ist die Wahlurne kostenfrei den Wahlbezirken vom Reiche zu liefern, ferner wird vorgeschrieben, daß die Wahlzettel, ehe sie aus der Wahlurne genommen werden, also in der Urne zu mischen sind. Endlich verlangt der Antrag eine Klarstellung darüber, daß die Vorschrift, der Wahlvorsteher müsse mindestens drei Beisitzer ernennen, eine zwingende ist.

Wir sind selbstverständlich mit diesem Antrag durchaus einverstanden; die darin ausgesprochene Forderung ist von der Sozialdemokratie mehrfach erhoben worden, ebenso von anderen Parteien der Linken. Hoffentlich wird der Antrag von den Nationalliberalen energisch vertreten, so daß er Gesetz wird.

Daß er gerade von nationalliberaler Seite kommt, könnte fast komisch berühren angesichts der schauderhaften Wahlbeeinflussungen, in denen die Nationalliberalen des Ruhrreviers zum Beispiel noch vor gar nicht langer Zeit exzellierten. Ihnen ist durch die Einführung des Isolierraumes indes das Handwerk bedeutend erschwert worden und in den dichtbevölkerten Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriebezirks sind Manipulationen mit der Wahlurne, wie sie in den Dörfern Ostelbiens bei den letzten Wahlen im Schwange waren, praktisch unmöglich. Die Herren nehmen also nur den Konservativen, nicht sich selbst, durch den Antrag. Indes soll ihnen das nicht weiter angerechnet werden. Mag der Nationalliberalismus nur bei seiner jetzigen Liebe für reine Wahlen bleiben. Dann wollen wir uns über den bekehrten Sünder mehr freuen als über zehn Gerechte. —

Wegen mangelnder Beweise ist das amtliche Ermittelungsverfahren gegen den Geh. Legationsrat Dr. Seitz von der Kolonialabteilung, der der Nachfolger Puttkamers im Gouvernement von Kamerun werden soll, eingestellt worden. Das Verfahren war auf Grund von Anschuldigungen des suspendierten Bureauvorstandes der Kolonialabteilung Bistuba eröffnet worden. Danach soll Seitz in den Jahren 1898 und 1899 in Kamerun standesamtliche Erklärungen als vor ihm abgegeben bescheinigt haben, während sie tatsächlich nicht vor ihm, sondern vor dem Sekretär Kiem abgegeben worden sind.

Die „Nordd. Allg. Ztg." teilt über den Verlauf des Verfahrens mit, daß Herr Seitz sich solcher Fälle „nicht erinnert". Allenfalls könne es vorgekommen sein, daß ihm die Anzeige mündlich erstattet sei und er den Anzeigenden dann zur Abgabe der formellen Erklärung zu Kiem gesandt und das Protokoll dann später unterzeichnet habe. Der Sekretär Kiem, der jetzt in der Kolonialabteilung angestellt ist, hat erklärt, er glaube sich zu erinnern, daß es ausnahmsweise, und zwar bei etwa drei Sterbefällen vorgekommen sei, daß die Protokolle nicht in Gegenwart des Geheimrats Seitz, wohl aber in seiner Gegenwart den Deklaranten vorgelesen und von denselben unterzeichnet worden seien, und daß Geheimrat Seitz die Unterschrift später vollzogen habe. Kiem hat sich jedoch außer stande erklärt, auch wenn ihm die standesamtlichen Urkundenbücher aus der in Frage kommenden Zeit, nämlich aus dem Jahre 1898 und aus den Monaten Januar-März 1899 vorgelegt würden, irgend einen Fall zu bezeichnen, von dem er behaupten könnte, daß Geheimrat Seitz bei der Unterschriftsvollziehung durch die Deklaranten nicht zugegen gewesen sei. Er gibt zu, dem Bistuba seinerzeit in Kamerun von der Sache gesprächsweise Mitteilung gemacht zu haben.

Weiteres habe sich nicht ermitteln lassen, so daß der Verdacht nicht hinreichend glaubhaft gemacht sei und infolgedessen das Verfahren eingestellt werden mußte.

Herrn Dr. Seitz kommt die Gedächtnisschwäche des Sekretärs sehr gelegen. Formell mag die Einstellung des Verfahrens gerechtfertigt sein; indes wird durch die Aussagen ein Verschulden des Herrn trotzdem sehr wahrscheinlich. So geringfügig an sich die Sache ist, so wirft sie doch auf das Pflichtgefühl des Herrn ein bedenkliches Licht und fügt einen weiteren Grund zu anderen, die gegen seine Ernennung zum Gouverneur von Kamerun sprechen. —

Frecher Schwindel.

Aus Anlaß des „Jubiläums" der bekannten Botschaft Wilhelms I. versuchten konservative und scharfmacherische Preßorgane, die deutschen sozialpolitischen Gesetze als großartige, unendlichen Segen spendende Einrichtungen herauszustreichen. Um das zu können, sprach man die gesamten Einnahmen aus der Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherung als Leistungen für die Arbeiter an. Diesem frechen Schwindel stellten wir Berechnungen gegenüber, aus denen sich ergab, daß die tatsächlichen Leistungen für die Versicherten zu zirka zwei Dritteln aus **ihren eigenen Beiträgen** resultieren. Und daß die Gesamtleistungen auch nicht mehr wie Bagatellen darstellen, im Verhältnis zu den Milliarden, die das Volk den Junkern als Zolltribut zahlen muß, illustrierten wir an folgender Tabelle:

1904	Zahl der Versicherten	Entschäd.-Summe	Entschädig. pro Kopf u. Jahr
Unfallversicherung . .	18 876 000	127 308 966 M.	6,93 M.
Invalidenversicherung	13 756 400	148 355 804 „	10,78 „
Krankenversicherung .	11 418 446	237 107 610 „	20,76 „

Das hat die Zollwucherer furchtbar erbost. Aber gegen die Zahlen läßt sich nichts einwenden. Es muß also versucht werden, die Oeffentlichkeit zu beschwindeln. Der vorstehenden Tabelle hatten wir noch folgende Berechnung angehängt:

„Im Durchschnitt sind pro Kopf und Jahr für 43 550 846 Versicherte gezahlt worden 11,54 M. oder pro Tag und Kopf 3¾ Reichspfennige! Aber glänzende Renten heimsen die Entschädigungsberechtigten ein, so will man glauben machen!"

Hierzu bemerkt die „Schlesische Volkszeitung":

„Ein frecherer Schwindel ist uns noch nie begegnet, als er hier geboten wird; der „Vorwärts" zählt in seiner Berechnung die Versicherten aller drei Klassen zusammen und spricht so von 43½ Millionen Versicherten, und das Reich hat nur 60 Millionen Einwohner. Der „Vorwärts" weiß aber wohl, daß **fast alle Leute**, welche der Unfallversicherung unterstellt sind, sich auch in den beiden anderen Versicherungen befinden, wer in der Krankenkasse ist, ist auch in der Invalidenkasse usw. Ein frecherer Schwindel ist uns nie begegnet, als in diesem Stückchen."

Und die „Konservative Korrespondenz" bemerkt dazu:

„Das Zentrumsorgan hat recht; aber geglaubt wird in der sozialdemokratisch „aufgeklärten" Arbeitermasse dieser Schwindel doch, wenn er auch noch so dumm ist."

Der „Vorwärts" weiß wirklich nicht, daß „fast alle Leute", welche der Unfallversicherung unterstellt sind, sich auch in den beiden anderen Versicherungen befinden. Da die Unfallversicherung über 18 Millionen Versicherte umfaßt, die Invalidenversicherung aber nur über 13 Millionen und die Krankenversicherung gar nur über 11 Millionen, so müssen wir es schon dem schlesischen Agrarblatt und den Brotwucherorganen, die den dummen Schwindel nachdrucken, überlassen, uns vorzurechnen, wie trotz Adam Riese die 18 Millionen gegen Unfall Versicherte „fast alle" auch bei der Invaliditäts- und Krankenversicherung beteiligt sein können. Daß umgekehrt fast alle gegen Krankheit und Invalidität Versicherte auch der Unfallversicherung unterstellt sind, ein großer Teil der Versicherten allen drei Versicherungen angehört, und es sich bei unserer angezogenen Berechnung einfach nur um Versicherungsfälle handelt, weiß natürlich jeder „Vorwärts"-Leser. Bei diesen konnte die obige Berechnung, die statistisch durchaus richtig ist, gar keinen Irrtum hervorrufen. Das wäre nur möglich bei Organen, die selbst so einfältig sind, wie sie ihre Leser halten. Wir nehmen indes an, daß jene Blätter ganz genau verstanden, was der „Vorwärts" schrieb, und daß sie eben nur ihre Leser für einfältig genug halten, sich von dem dummen, frechen Schwindel der Brotwucherorgane betölpeln zu lassen. —

Die „Heyls"männer gegen den „roten" Großherzog.

Aus Darmstadt wird der „Nordd. Allg. Ztg." vom 27. November gemeldet:

„Die geheime Sitzung der Ersten Kammer der Landstände dauerte gestern nachmittag von 3½ bis 8 Uhr. Sie charakterisierte sich als eine Vorbesprechung für die demnächst stattfindende öffentliche Verhandlung über den Fall Eißnert. Man einigte sich auf folgenden Antrag, der in der öffentlichen Sitzung zur Beratung gestellt werden soll:

Das Bestätigungsrecht im Sinne der Städteordnung fassen wir dahin auf, daß durch dasselbe der Staatsraison und den idealen Gesichtspunkten Geltung verschafft werden soll, denen der Staat zu dienen berufen ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß grundsätzlich obrigkeitliche Funktionen Personen nicht übertragen werden dürfen, die als Angehörige der Sozialdemokratie programmatisch die monarchische Staatsform und die bestehende Gesellschaftsordnung zu beseitigen und in diesem Sinne zu wirken für ihre politische Aufgabe halten. Die Zulassung des Stadtverordneten Eißnert zur obrigkeitlichen Stellung eines Beigeordneten widerspricht dieser Auffassung. Wir geben daher der Hoffnung Ausdruck, daß die Politik der Großherzoglichen Staatsregierung in Zukunft im Sinne dieser Erklärung Richtung nehmen werde.

In der Zweiten Kammer wird, wie verlautet, am Donnerstag nur die Antwort der Regierung auf die Interpellation der nationalliberalen Fraktion entgegengenommen werden." —

Die Landtagswahlen im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach.

Jena, 28. November.

(Telegraphische Meldung.)

Heute wurden zwei freisinnige Abgeordnete in Weimar und Kaltennordheim gewählt. Das Zentrum behauptet Geisa. Jena-Land ist von konservativem in antisemitischen Besitz übergegangen. Hier wurde der Oberlandesgerichtsrat v. Richthofen, Reichstagskandidat für Waldeck-Pyrmont und Wahlmacher von Eisenach gewählt. Berga wählte den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Lehmann.

Ueber die Reform des Amtsgerichtsverfahrens, die am 23. und 24. November in einer Regierungsvertreterkonferenz im Reichsjustizamte beraten wurde, erfährt die „Kölnische Zeitung" folgendes:

„Die Reform wird sich in vier Richtungen bewegen: 1. Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens nach Art der Gewerbegerichte. 2. Ausschluß der Berufung gegen die Urteile des Amtsgerichts in Sachen mit einem ganz geringen Streitwerte. 3. Vereinfachung des Kosten- und Zustellungswesens, z. B. durch einfachere Berechnung der Gebühren unter besonderer Berücksichtigung der kleinen Sachen, um die raschere und billigere Erledigung der Gebühreneinziehung zu ermöglichen. 4. Erhöhung der Kompetenz der Amtsgerichte. Während zu den Punkten 1, 2 und 3 eine Einigung unter den Teilnehmern der Beratung im wesentlichen erzielt wurde, gehen über die Kompetenzerhöhung der Amtsgerichte die Ansichten noch auseinander." —

Ein Menschenfreund.

Der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma hat jüngst zu den Wählern seines Wahlkreises Frankenstein-Münsterberg geredet. Er sagte: „Die Fleischnot sollte eigentlich Fleischteuerung heißen, da es an Schlachtvieh bei uns nicht mangelt. Die Teuerung ist aber nicht durch die Landwirte hervorgerufen, sondern durch die Unterhändler, die beim Weiterverkauf an die Großschlächter enorme Summen verdienen. Es sei keine Aussicht vorhanden, daß die Fleischpreise erheblich herabgehen werden, da eine allgemeine Preissteigerung in den letzten Jahren auch auf anderen Gebieten eingetreten ist. Der neue Landwirtschaftsminister von Arnim findet ein großes Feld von Arbeit vor, die immer noch vorhandene Not der Landwirtschaft und den Arbeitermangel zu bannen."

Nach der Ansicht des schlesischen Zentrumsgrafen geschieht also für die Landwirtschaft noch nicht genug. Die Preise der Lebensmittel haben immer noch nicht die richtige Höhe und das arbeitende Volk wird noch nicht genug ausgewuchert. So redet der Vertreter einer Partei, die sich angeblich die Förderung des Wohles der Armen und Schwachen zur besonderen Aufgabe gemacht hat. —

Der „gute" Ton in der bürgerlichen Presse.

Der rüde Ton in der sozialdemokratischen Presse ist ein Thema, das für die bürgerlichen Journalisten nie abreißt. Sobald einem der bürgerlichen Preßerzeugnisse eine Anzahl Lügen über unsere Partei nachgewiesen wird, kann man sicher sein, etwas vom Sauherdenton, der unsere Polemik vergifte, im bürgerlichen Blätterwald zu lesen. Es ficht uns dieses nicht an, sind wir doch solche verlogene Anrempelungen gewohnt. Auch fällt es uns gar nicht ein, über den schlechten Ton, den die bürgerliche Presse gegen uns anschlägt, zu jammern. Nachdem aber anläßlich der Polemik über den Buchdruckertarif wieder das Geseire über den Sauherdenton, den „Vorwärts" und „Leipziger Volkszeitung" angeschlagen haben sollen, anhebt, fühlen wir uns doch veranlaßt, einmal an einem Beispiel zu zeigen, wie der gute Ton in der bürgerlichen Presse aussieht. Es ist ein Beispiel aus vielen, denn die Provinzpresse, besonders die von den Kaplänen geleitete Zentrumspresse, befleißigt sich der Sozialdemokratie gegenüber sehr häufig eines solchen Tones. In unserem Falle handelt es sich um den „Opladener Boten", ein Zentrumsblatt, das in einer Polemik mit unserem Solinger Parteiorgan, der „Bergischen Arbeiterstimme", über die Folgen des Wuchertarifes den kürzeren zog und nun folgende Schlußepistel von Stapel ließ:

„Eine Schweinenot existiert nicht in Solingen, denn so lange die Redaktion der „Bergischen Anarchistenstimme" ihres dreckigen Amtes waltet, ist die sichere Garantie gegeben, daß das Geschlecht der grunzenden Borstentiere mitsamt ihrer schmutzigen Beschäftigung, sich im eigenen Morast und Kot zu wälzen, nicht aussterben wird. Man muß es in den Kauf nehmen, wenn diese Schweinebande bei ihrem unreinen Handwerk anständige Leute mit Dreck bespritzt, da man gelegentlich an der Berührung mit solch' einem roten Schweinigel nicht vorbeikommen kann. Gar zu häufig verirrt sich nämlich diese Sorte zweibeiniger Lebewesen mit den Manieren und Sitten ihrer vierbeinigen Geschlechtsgenossen aus dem Schweinestall auf Felder, deren Früchte nicht zu ihrer Nutznießung bestimmt sind, und steckt den unappetitlichen Rüssel in Behälter, die edleren Inhalt bergen, als das stinkende rote Parteifutter mit dem Haut gout verfaulter sozialdemokratischer Moral, und muß dann durch eine kräftige Berührung mit dem Stiefelabsatz oder einem Hieb mit der Reitpeitsche auf die roten Löffel in den richtigen Zirkel dirigiert werden. Die „Bergische Anarchistenstimme" könnte bald wissen, daß ihr traditioneller Aufenthalt der Misthaufen ist . . . Mit einem Schweineorgan, das nichts anderes kann, wie Saumagen-Politik treiben . . ."

Nachdem dann das alte Märchen von den Mäntelnäherinnen bei Singer aufgetischt worden, heißt es weiter: „. . . Heuchlerische Schurken von der „Bergischen Anarchistenstimme", das ist wohl etwas anderes, nicht wahr. Die Brüder des Zukunftsstaates dürfen die Prostitution in Erbpacht nehmen und ihren Arbeiterinnen an Stelle des ihnen zukommenden Lohnes als Ersatzmittel bieten. Zugleich aber darf diese selbige Schweinebande scheinheilig die Augen verdrehen und der heutigen Gesellschaft die Schuld an der Prostitution,

die, Gott sei es geklagt, seit Anbeginn der Welt durch die Sünde und mit der Sünde auf die Erde gekommen ist, in die Schuhe schieben." Es wird darauf die Kündigung der „Vorwärts"-Redakteure „besprochen", in Verfolg dieser Angelegenheit schreibt das fromme Blatt: „Und da wagt das rote Lumpenpack sich als Schutz und Schirm der geistigen Freiheit aufzuspielen . . . Wo sie (die „Arbeiterstimme") sich schon eingenistet, schmeißt man sie schleunigst heraus und nehme eine Generaldesinfektion der verseuchten Stellen vor." Zum Schluß werden der „Arbeiterstimme" noch schnell wenigstens ein Dutzend „Schandtaten" vorgeworfen und noch etwas erzählt von „Misthaufenthron" und „größter journalistischer Pestbeule des Universums".

Und das nennt sich dann wohlanständig und schreibt vom Sauherdenton der sozialdemokratischen Presse. —

Ausland.

Belgien.

Phrasendrescherei.

Brüssel, 28. November. (Deputiertenkammer.) Nach Eröffnung der Sitzung gibt der Ministerpräsident folgende Erklärung ab: „Bei Beginn der bevorstehenden Debatte über Fragen, die die Zukunft des Landes berühren, glaubt die Regierung des Wünschen der Kammer zuvorzukommen, wenn sie die hauptsächlichsten Gesichtspunkte darlegt, von denen sie glaubt sich leiten lassen zu sollen und die die logische Folge der Verhaltungslinie sind, die sie stets beobachtet hat. Vor 20 Jahren ermächtigte das Parlament den König der Belgier, **die schwere Last eines Souveräns des Kongostaates** auf sich zu nehmen. Durch diesen fast einstimmig angenommenen Beschluß gaben die Kammern ihrem Vertrauen Ausdruck, daß der König bei seiner Tätigkeit für die Ausbreitung der **Zivilisation in Afrika** die Interessen Belgiens im Auge behalten werde. Das Band zwischen dem neuen Staate und Belgien ist ein ausschließlich persönliches geblieben und die von einer unabhängigen Gewalt vollzogenen Regierungsakte dieses Staates sind niemals von einem außerhalb dieses Staates stehenden Rechte noch von der Genehmigung oder der Kritik irgend einer außerhalb dieses Staates stehenden Behörde abhängig gewesen. Der König hat Vorkehrungen getroffen, daß sein großes Werk von Belgien übernommen wird."

Der Ministerpräsident gab hierauf einen historischen Rückblick über die Kongofrage. —

Italien.

Beamte, die Obstruktion treiben.

Rom, den 26. November. (Eig. Ber.)

Die Beamten der italienischen Zollbehörde werden vom morgigen Tage an Obstruktion treiben, d. h. sie werden durch wortgetreue Anwendung des Reglements die Erledigung der Zollrevisionen geflissentlich verzögern. Es steht zu erwarten, daß sie dadurch den Verkehr in ausgedehnter Weise hemmen werden, da ihnen das Reglement freistellt, jeden Koffer oder Ballen öffnen zu lassen, jeden Wagen zu durchsuchen, von jeder Flüssigkeit eine Probe zu fordern u. dergl. Maßnahmen mehr, die man „im Zeichen des Verkehrs" einzuführen für zweckmäßig hielt.

Die Beamten haben sich zu diesem Schritt entschlossen, um vom Finanzminister die seit Jahren geforderte Besserung ihrer Lage zu erzwingen. Trotz der gewaltigen Vermehrung des Handels und Verkehrs hat in den letzten 20 Jahren die für die Gehälter der Zollbeamten ausgeworfene Summe, die vor 20 Jahren vier Millionen betrug, eine Verminderung erfahren! Beamte, die mindestens die technische Schule absolviert haben müssen und von denen viele sogar Universitätsbildung haben, erhalten nach zehnjähriger Dienstzeit 150 Lire monatlich, nach achtzehnjähriger 180 Lire. Von einem Gesamtpersonal von 1500 Beamten bekommen keine hundert das Maximalgehalt (360 Lire monatlich). Dabei sind sie mit Arbeit überlastet, da ihre Zahl in den letzten zwanzig Jahren stationär geblieben ist. Sie forderten nun die Vermehrung des Personals um 120 Beamte und Gründung von 100 neuen Stellen mit 4000 Lire Jahresgehalt. Der Finanzminister erklärte aber, er hätte kein Geld für sie! Als Antwort auf diese Erklärung wurde eben die Obstruktion beschlossen.

Die Regierung ergriff sofort Gegenmaßregeln. Sie hat die Direktoren der einzelnen Zolldepartements informiert, daß jeder Obstruktion treibende Beamte des Dienstes zu entheben ist! An seine Stelle treten Offiziere des Grenzwächterkorps. Auch steht es den Direktoren frei, Ueberstunden bis zur Maximalgrenze des Reglements machen zu lassen.

Beharrt die Regierung bei diesem unklugen Widerstande, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung auf andere Kategorien überspringt und daß es zu Solidaritätsbezeugungen seitens anderer Staatsangestellten kommt. —

Spanien.

Madrid, 28. November. Das Kabinett hat seine Entlassung eingereicht. —

England.

„Abrüstung" —

London, 28. November. (B. H.) Die englische Regierung wandte sich an die russische mit der Bitte, ihr das Datum der nächsten Haager Konferenz mitzuteilen. Die russische Regierung hat hierauf erwidert, daß das Datum der Konferenz noch nicht festgesetzt werden könne, da die Antworten zweier Mächte noch ausständen. — England ist entschlossen, auf der nächsten Haager Konferenz **trotz eventueller Weigerung Deutschlands** zu verlangen, daß der Antrag auf Abrüstung zur Beratung gestellt wird.

Gewerkschaftliches.

Liberaler Schwindel.

Auf der letzten Revierkonferenz der Ruhrbergleute hat der Bergarbeiterführer Effert gesagt:

„Die Ausschüsse gelten uns nur etwas, wenn sie von der Organisation gedeckt sind. So wird es von uns gehalten werden und wenn das Gesetz noch zehnmal besser gemacht würde." (Siehe „Vorwärts" vom 23. November cr.)

Diese Aeußerung benützt irgend ein Zeilenschinder, um in der liberalen „Augsb. Abendztg.", dem Organ der bayerischen Regierung, sich mächtig über die — Sozialdemokratie zu entrüsten, die es „immer so mache" und der ein Gesetz nichts gelte, wenn sie es nicht zu ihren politischen Zwecken benützen könne. Aus diesem Grunde habe die Partei „gegen alle Gesetze" gestimmt, weil diese sie in der Verhetzung der Arbeiter zu hindern schienen.

Um diese Entrüstung an den Mann bringen zu können, wird aus Effert ein „Herr Genosse" gemacht, während seit dem letzten Bergarbeiterstreik doch der Redakteur eines jeden Käseblättchens weiß, daß Effert Führer der christlichen Bergarbeiter ist. Das geniert natürlich das vornehme bayerische Beamtenevangelium gar nicht, denn im Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind ihm auch die schäbigsten Mittel recht. —

Berlin und Umgegend.

Bewegung der Schirmmacher.

Von den Tarifen, welche im Oktober für die Näherinnen und Schirmmacher in der Heimindustrie eingeschickt worden sind, hat der der Schirmmacher zuerst bei den Fabrikanten Beachtung gefunden. Am 5. November fand eine Sitzung von 5 Fabrikanten und 5 Arbeiterinnen statt, in welcher die Fabrikanten das Vorgehen der Arbeiter wegen der teuren Lebensmittel anerkennen, aber auch wünschen, daß in anderen Städten Deutschlands die Löhne ebenfalls erhöht würden, damit die Berliner Industrie konkurrenzfähig bleibe. Sie wollen Erhebungen anstellen, ebenso sollen die Arbeiter sich Statistiken über die Löhne in anderen Städten beschaffen und dem Fabrikantenverband einsenden; dann können weitere Verhandlungen stattfinden. Auf die Anfrage, wie sich die Herren zum Tarif der Näherinnen stellen, wurde ihnen geantwortet, dazu hätten die Herren noch keine Stellung genommen. Die damals gewünschte Antwort ist jetzt eingelaufen. Es wird verlangt, der Verband solle den Fabrikanten eine Liste sämtlicher Näherinnen einsenden, welche organisiert sind! Eine Versammlung der Schirmmacher hat dies mit Entrüstung zurückgewiesen. Es entspann sich anschließend an den Bericht eine lebhafte Diskussion. Einige der Anwesenden waren der Meinung, man solle erst den Tarif für die Schirmmacher durchdrücken und dann den Tarif der Näherinnen. Andere waren der Meinung, daß, wenn die Kollegen ihren Tarif durchdrücken, den Näherinnen nicht geholfen ist. Wenn es dann zur Arbeitsniederlegung käme, müßten die Gestellarbeiter laut ihres Tarifabschlusses weiter arbeiten und die Beamtenfrauen und andere Arbeiterinnen, die für die Bewegung nicht zu haben sind, würden die Arbeit fertig stellen. Es kam dann ein Fall zur Sprache, welcher der ganzen Sache eine andere Wendung gab. Bei dem Fabrikanten Herrn Blumenfeld, welcher Vorsitzender des Fabrikantenverbandes ist, hatte sich eine Näherin seiner Meinung nach gegen die Geschäftsordnung vergangen. Die Näherin macht ihm klar, daß sie als Heimarbeiterin doch mit seiner Geschäftsordnung nichts zu tun habe. Die Näherin hat unter diesen Umständen auf die Arbeit des Herrn verzichtet und in einer anderen Fabrik angefangen. Sie bekam auch Arbeit. Als sie aber die Arbeit ablieferte, erhielt sie keine neue, weil Herr Blumenfeld die anderen Fabrikanten benachrichtigt hatte. Sie habe gegen den Stachel geläckt. Der Fabrikant hat sie auf Vorstellung dann weiter beschäftigt, aber wer weiß auf wie lange. Die Handlungsweise des Herrn Blumenfeld hat der Organisation 40 neue Kolleginnen gebracht. Die Versammlung war der Meinung, daß, wenn die Fabrikanten so weiter fortfahren, von einer friedlichen Regelung der Tariffrage gar keine Rede sein könne. Die Lage ist also drohend.

Deutsches Reich.

Der Streik der Arbeiter der Gummikamm-Komp. Limmer-Hannover dauert unverändert fort. Da man geübte Leute aus Orten mit Gummiindustrie nicht erhalten kann, wird jetzt durch die Generalanzeigerpresse und durch Agenten in den verschiedensten Gegenden versucht, Arbeitswillige heranzuziehen. Man will die Plätze möglichst besetzen, um die Ausständigen zu entmutigen. Arbeiter, Kollegen allerorts, achtet auf dergleichen Werbungen, haltet den Zuzug fern. Dies ist die beste Unterstützung.

Wir bitten alle Arbeiterblätter um Abdruck.

Fabrikarbeiterverband. Zahlstelle Hannover.

Der Streik der Binnenschiffer ist nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus, die vom „Hamburger Echo" bestätigt wird, nun wirklich beendet. Der Berliner Lloyd, die deutsch-österreichische Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Neue Norddeutsche Flußdampfschiffahrts-Gesellschaft haben eine zustimmende Erklärung betreffend die Dresdener Vereinbarung in einem Schreiben an die Hamburger Handelskammer abgegeben, und da auch die Leitung des Hafenarbeiterverbandes mit diesem Modus einverstanden ist, ist der Streik als beendet erklärt worden. Die an den verschiedenen Elbe- und Havelplätzen weilenden Ausständigen sind bereits von der Leitung des Hafenarbeiterverbandes von der Beendigung des Ausstandes benachrichtigt worden. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit wurde gestern begonnen. Von seiten der Gesellschaften wird der beim Ausbruch des Ausstandes zurückbehaltene Lohn sofort bei Wiederaufnahme der Arbeit ausbezahlt. Die wegen Kontraktbruches anhängig gemachten Klagen werden zurückgezogen.

Die Arbeiter der Glashütte Wisthoff u. Co. zu Steele hielten abermals eine Versammlung ab. Der Bezirksleiter des „Christlichen Keramarbeiterverbandes", Korr, teilte mit, daß er sich nochmals an Herrn Gewerberat Klausen-Hagen gewandt habe. Sobald dieser nochmals bei der Firma Wisthoff u. Co. vorstellig geworden und diese erklärt, bezüglich der Wiedereinstellung der Gemaßregelten und Zurücknahme der Kündigungen auf ihrem ablehnenden Standpunkte zu verharren, werden sämtliche Arbeiter die Kündigung einreichen. Da auf der Steeler Glashütte nach einer ganz eigenartigen Methode gearbeitet wird, sodaß fremde Hülfskräfte dort nicht fertig werden können und andererseits keine Lagerbestände vorhanden sind, wäre die Situation, wenn es zum Streik kommt, für die Arbeiter günstig.

Auch eine „Bedrohung". Dem berühmten § 153 wissen unsere Juristen eine Auslegungsfähigkeit abzugewinnen, die noch weit über die des Groben Unfugparagraphen hinausgeht. Während des großen Bauarbeiterstreiks in Nürnberg-Fürth ging der Maurer Popp in Oberweihersbuch im Landbezirk an einem Neubau vorüber, an dem eine große Anzahl Arbeitswilliger beschäftigt war. Im Vorbeigehen ließ er, mehr gedacht als gesprochen, die Worte fallen: „Die Kerle sollten in die Luft gesprengt werden, man sollte eine Bombe hineinschmeißen." Er hatte nicht bemerkt, daß ein Gendarm hinter ihm ging, der diese Worte gehört hatte und ihn nun zur Rede stellte. Die Folge war eine Anzeige wegen „Bedrohung". Das Schöffengericht Nürnberg sprach auch wirklich 14 Tage Gefängnis aus, obwohl sämtliche Arbeitswillige erklären mußten, daß sie die schrecklichen Worte überhaupt nicht gehört hatten. Im Urteil wird bemerkt, als besonders strafverschärfend habe die „gefährliche" Drohung in Betracht zu kommen. — Höher geht's nimmer!

Ausland.

7000 Eisenbahner aus der ganzen Schweiz, Angestellte der Bundes- (Staats-) Bahnen, waren am Sonntag in Zürich versammelt, um zu verschiedenen aktuellen Fragen in ihren Anstellungsverhältnissen Stellung zu nehmen. Aus den gefaßten Beschlüssen seien erwähnt die Urgierung von Teuerungszulagen, die schon im April 1906 durch eine bezügliche Eingabe verlangt wurden, Revision des Besoldungsreglements und Festsetzung eines täglichen Minimallohnes von 4 Fr. für die Betriebsarbeiter sowie entsprechende Erhöhung der Gehalts- und Lohn-Maximas, Revision des Ruhetagsgesetzes. Unsere Genossen Brandt, Albisser, Greulich und Aldy, Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes, wirkten bei den Verhandlungen als leitende Personen mit.

Vom schweizerischen Scharfmacherverband der Maschinenindustriellen ist dem Schweizer Metallarbeiterverband ein geheimes Sitzungsprotokoll in die Hände geraten, aus dem hervorgeht, daß der 96 Firmen mit 26 921 Arbeitern umfassende Verband im Jahre 1905 260 245 Fr. zu Streikversicherungszwecken zusammenbrachte, woran mehrere Firmen in Schlieren, Rorschach und Basel Unterstützungen von 25 000 Fr., 18 000 Fr. und 3800 Fr. erhielten. Der Direktor Funk von der Belnefschen Metallwarenfabrik in Thun engagierte bei der Polizei Polizisten zu je 4 Fr. Extrabelohnung pro Tag, um die streikenden Arbeiter niederzuhalten. Als er dann die Summe von 5479,75 Fr. an Polizistenlöhnen zahlen sollte, weigerte er sich dessen, aber eingeholte juristische Gutachten kamen zu dem Schlusse, daß kein Unternehmer verpflichtet sei, dem Staate finanzielle Opfer zu bringen für den ihm gewährten Schutz der Arbeitswilligen durch Polizei oder Militär, daß aber der Direktor bezahlen solle, weil er es versprochen habe und der Staat ihn deshalb gerichtlich belangen könnte. Die scharfmacherischen „Verbandsgenossen" mögen aber zukünftig solche Versprechen nicht mehr machen. Ein staatliches Pinkertontum — welche Korruption in der demokratischen Republik!

Abgelehnt haben den Einheitstarif für das deutschschweizerische Buchdruckgewerbe die Buchdrucker in Basel, und zwar einstimmig. Der Hauptgrund der Verwerfung ist die 6jährige Vertragsdauer.

Aus der holländischen Gewerkschaftsbewegung.

Ende der vorigen Woche ist zwischen der Hafenarbeiterorganisation „Recht en Pflicht" und der „Arbeitgebervereinigung auf dem Schiffahrtgebiet" in Amsterdam ein Tarifvertrag zustande gekommen. „Het Volk" nennt dies die wichtigste Veränderung in den Arbeitsverhältnissen, die jemals im Amsterdamer Hafen stattgefunden hat. Zwei von „Recht en Pflicht" nicht gebilligte, 45 Mann umfassende Streiks, die nach Art der „direkten Aktion" veranstaltet waren, gaben die Veranlassung zu den Verhandlungen, die zum Abschluß des Tarifs führten. Unser Bruderorgan mißt dem Ereignis um so größere Bedeutung bei, als die Hafenarbeiterorganisation noch vor kurzem unter stark anarchistischen Einflüssen stand.

Der Streik der Zimmerer in Leiden ist, nachdem er ein halbes Jahr gedauert hatte, für beendet erklärt worden. Was die Streikenden verlangten, ist zwar nicht erreicht worden, woran namentlich die „St. Josephs"-Zimmerer schuld sind, doch haben die Unternehmer fest Zugeständnisse gemacht, daß, ohne Abschluß eines Tarifvertrags, die Wiederaufnahme der Arbeit ratsam erschien, zumal bei dem Mangel an Arbeit im Baugewerbe vorläufig keine Aussicht auf größere Erfolge vorhanden ist.

Ein neuer Verband der Maurer und Maurerhülfsarbeiter, der im Gegensatz zu den alten Organisationen dieser Berufe, die anarchistischen Auffassungen nahestehen, sich dem neuen Verband niederländischer Gewerkschaften und seiner Taktik anschließt, ist vor kurzem durch Zusammenschluß mehrerer Lokalvereine gegründet worden. Die Vertreter dieser Vereine waren sich zuerst nicht einig darüber, ob man nicht lieber zwei Verbände, einen der Maurer und einen der Hülfsarbeiter, gründen sollte. Bei der Abstimmung siegte jedoch der Einheitsgedanke. Der neue Verband wird zu Weihnachten seinen ersten Kongreß abhalten.

Eine schwere Katastrophe

meldet in später Stunde das Bureau Herold, bei der eine große Zahl Arbeiter ihr Leben lassen mußten, Hunderte schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Die Meldungen lauten:

Dortmund, 28. November. Eine furchtbare Explosion erfolgte heute abend gegen 7½ Uhr in der **Dynamitfabrik Arbey bei Annen. Die Detonation war so stark, daß sie fast im ganzen Industriebezirk gehört wurde.** In Annen wurden sämtliche Fenster zertrümmert, **eine große Anzahl Dächer abgedeckt und viele Türen aus den Angeln gehoben.** Gegen 9 Uhr erfolgte **eine zweite noch stärkere Explosion. Kein einziges Haus blieb unbeschädigt.** Die Einwohner flüchten in furchtbarer Panik auf den Annener Berg, da aus dem Kellergeschoß noch eine dritte Explosion bevorsteht, deren Wirkung die beiden ersten übertreffen wird. Nähere Einzelheiten fehlen bisher.

Dortmund. Die der Fabrik am nächsten gelegenen Straßen wurden polizeilich abgesperrt. **Ueber die Zahl der Toten ist noch nichts Genaues zu ermitteln gewesen, doch dürfte ihre Zahl ziemlich bedeutend sein. Bis jetzt sind an hundert Arbeiter ins Krankenhaus eingeliefert worden.**

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der römische Trambahnerstreik beendet.

Rom, 28. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Der Trambahnerstreik ist beendigt durch bedingungslose Aufnahme der Arbeit. Wie verlautet, sollen keine Maßregelungen vorgenommen werden, außer einer zeitweiligen Suspendierung der Streikführer von ihrer Arbeitsbeschäftigung. Der Trambahnverkehr ist vollständig wieder hergestellt.

Wieder ein Eisenbahnunfall.

Kottbus, 28. November. (Amtliche Meldung.) Heute nachmittag 5 Uhr 20 Minuten fuhr auf Bahnhof Senftenberg infolge Ueberfahrens des Haltesignals der von Kottbus kommende Güterzug 3750 den nach Lübbenau ausfahrenden Güterzug 3790 in die Flanke. Acht Wagen wurden beschädigt, ein Schaffner ist leicht verletzt worden. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten. Die Betriebsstörung wird voraussichtlich sechs Stunden dauern.

Durch Erdmassen verschüttet.

Stuttgart, 28. November. (B. H.) Durch einen Erdrutsch bei Ausgrabungsarbeiten bei einem Fabrikneubau in der Unteren Neckarstraße wurden von sechs Arbeitern **zwei verschüttet und erst als Leichen herausgezogen.** Die anderen vier konnten sich retten.

Der österreichische Pod.

Wien, 28. November. (W. T. B.) In einer heute behufs Stellungnahme zur Fleischfrage stattgehabten Besprechung von agrarischen Abgeordneten der verschiedenen Parteien, an welcher auch der Ackerbauminister teilnahm, sprachen, der „Alldeutschen Correspondenz" zufolge, **mehrere Redner dem Ackerbauminister den lebhaftesten Dank für seine gegenüber den Fleischhauern beobachtete Haltung aus und ersuchten ihn, auch fernerhin die agrarischen Interessen zu wahren. Es wurde heftig gegen den für Sonntag beabsichtigten Demonstrationszug der Sozialdemokraten vor dem Rathause protestiert** und die Notwendigkeit betont, die Bevölkerung von maßgebender Seite darauf aufmerksam zu machen, daß nicht die Bauern, sondern die Zwischenhändler und die Wiener Fleischhauer an der Fleischverteuerung schuldig seien. **Ackerbauminister Graf Auersperg dankte für die ihm gezollte Anerkennung** und betonte, daß der augenblickliche Fleischmangel am Wiener Markte hauptsächlich auf den Abgang der sonst um diese Zeit fälligen 60 000 Stück Magertiere zurückzuführen sei. Er hoffe jedoch in dieser Richtung Mittel und Wege zu finden, um einen Ausgleich herbeizuführen. **Auf jeden Fall könnten die landwirtschaftlichen Kreise bezüglich der Wahrnehmung ihrer Interessen seitens des Ackerbauministeriums beruhigt sein.** Mehrere Redner betonten die absolute **Notwendigkeit des Festhaltens an der Grenzsperre** und der Unterstützung der landwirtschaftlichen Kreise, sowie der Aufklärung des Publikums über die wahre Sachlage, wobei darauf hingewiesen wurde, daß der Viehmangel eine Folge der letztjährigen Futternot sei.

Wie den Frommen Gesetze heilig sind.

Ile de Sein (Dep. Finistère), 28. November. Bei der heutigen Inventaraufnahme kam es hier zu **ernsten Zusammenstößen, wobei 12 Gendarmen verwundet wurden.** Drei Personen wurden verhaftet.

Lohnbewegung von Eisenbahnangestellten.

Birmingham, 28. November. (W. T. B.) Eine heute hier zusammengetretene Konferenz der **Eisenbahnangestellten** beschloß, den **achtstündigen Arbeitstag, 25 Proz. Lohnaufschlag für Ueberstunden und 50 Proz. für Sonntagsdienste zu fordern,** ferner eine allgemeine Erhöhung der Bezüge aller Dienstgrade um **2 Schilling die Woche.**

Freundschaftsbeweise.

Tokio, 28. November. (Meldung der Agence Havas.) Ein starkes japanisches Geschwader wird im nächsten Jahre unter Führung des Prinzen Fushimi nach England gehen, um den vom Herzog von Connaught mit dem englischen Geschwader in Japan abgestatteten Besuch zu erwidern.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

128. Sitzung vom Mittwoch, den 28. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Reichskanzler v. Bülow, Dernburg, Frhr. v. Stengel, v. Tschirschky, Krätke.

Auf der Tagesordnung steht die **erste Beratung des ersten und zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für die Schutzgebiete.** (29 228 000 M. infolge Verstärkung der Schutztruppe zur Niederwerfung des Eingeborenenaufstandes und 8 900 000 M. zum Bau der Eisenbahn Kubub—Keetmanshoop, 1. Rate.)

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beratung beider Gesetzentwürfe mit einander verbunden.

Reichskanzler v. Bülow:

Ich benutze die erste mir gebotene Gelegenheit, um mich in diesem hohen Hause über unsere Kolonialangelegenheiten auszusprechen. Wir befinden uns auf diesem Gebiete in einer ernsten Krisis. Unsere Kolonien haben uns die schwersten Opfer an Gut und Blut auferlegt. Dank der über jedes Lob erhabenen Bravour unserer Truppen ist es nach dreijährigem schweren Kampfe gelungen, den Widerstand des Gegners zu brechen. Trotzdem wird es leider noch einige Zeit dauern, bis völlige Ruhe und Sicherheit in unser Schutzgebiet wieder einziehen. Die Kriegführung auf so weite Entfernung und unter so schwierigen Verhältnissen hat bisher schon enorme Summen gekostet, und **weitere große Summen werden für die Beendigung des Krieges, für die Wiederaufrichtung des Schutzgebietes und seine wirtschaftliche Erschließung erforderlich** sein. Das alles räume ich ein. Wenn ich aber heute vor die Nation treten und sagen wollte, es geht nicht zu machen, wenn ich, wie weiland Hannibal Fischer in Frankfurt vorschlug, die deutsche Flotte zu verkaufen, wenn ich entsprechend heute vorschlagen wollte, die Kolonien preiszugeben und sich selbst zu überlassen, so würde das deutsche Volk empört sein, und mit Recht. In der Flotte sah man damals ein schlechtes Geschäft und warf deshalb die Flinte ins Korn in einem Momente moralischer Depression, wie sie nicht nur einzelne, sondern auch ein ganzes Volk befallen. Ich bin gewiß, es wird sich kein deutscher Reichstag und kein Reichskanzler finden, welcher die Verantwortung übernähme, unsere Kolonien aus unserm Soll und Haben auszustreichen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Darin würde sich nicht nur unangebrachte Kleinmut zeigen, sondern auch Mangel an Einsicht in die treibenden Kräfte der Entwickelung der Völker. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Frage steht nicht so, ob wir kolonisieren wollen oder nicht, sondern

wir müssen kolonisieren,

wie jedes Volk, das sich eines gesunden Wachstums erfreut. Deshalb sind auch die Deutschen seit ihrem Eintritt in die Weltgeschichte ein kolonisierendes Volk gewesen, und das werden wir auch bleiben. Nur in den Zeiten nationaler Uneinigkeit und Ohnmacht gingen die über die Landesgrenzen hinausdringenden Kräfte für unser Volk verloren, während Deutschland sich in häßlichen konfessionellen und törichten partikularistischen Streitigkeiten verzehrte.

Mit der wirtschaftlichen Erstarkung Deutschlands entstanden auch bedeutende Unternehmungen in überseeischen Ländern, welche auf die Dauer des Schutzes durch die Machtmittel des Mutterlandes nicht entbehren können. Als das Ausland merkte, wie viel kaufmännischer Unternehmungsgeist und wirtschaftliche Energie nach Entfaltung drängte, versuchte man uns Hindernisse in den Weg zu legen und uns den Vorsprung nicht zu lassen, welchen politische Macht und territorialer Besitz auch auf wirtschaftlichem Gebiete gewähren. Und doch war es für das deutsche Volk notwendig, im kolonialen Wettbewerb nicht allzusehr zurückzubleiben. Fürst Bismarck verhielt sich im ersten Jahrzehnt nach der Reichsgründung den kolonialen Bestrebungen gegenüber ablehnend. Dies beweist am besten, daß ein späteres aktives Eingreifen und die 1884 und 1885 Schlag auf Schlag erfolgten Erwerbungen in Polynesien und Afrika nicht auf plötzlichen Eingebungen, sondern auf reiflicher Abwägung der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit beruhten. Von der Ueberzeugung, daß der damals vom Fürsten Bismarck betretene Weg der richtige ist, werden wir uns deshalb nicht abbringen lassen, weil wir uns gegenwärtig in einer Krisis befinden. (Bravo! rechts.) Zur Gesundung genügt nicht das Niederwerfen eines Aufstandes, sondern es müssen auch Fehler in der Kolonialverwaltung vermieden und

die augenscheinlichen Mißstände

beseitigt werden. Vor zwei Jahren bereits entwickelte ich hier die Grundzüge einer Reorganisation für die Kolonialverwaltung, ihre Loslösung vom Auswärtigen Amt und die Errichtung eines selbständigen Kolonialamts, das von diesem hohen Hause in zweiter Lesung mit stattlicher Mehrheit angenommen, in dritter Lesung während meiner Krankheit abgelehnt worden ist. **Die verbündeten Regierungen halten die Schaffung eines selbständigen Kolonialamts nach wie vor für notwendig.** (Sehr wahr! rechts.) Neben den Organisationsfragen ist es notwendig, das Interesse und Verständnis für unsere Kolonien in unserer Geschäfts- und Bankwelt zu heben, unsern Handel und unsere Industrie daran zu beteiligen. Deshalb habe ich bei der Wahl eines Nachfolgers für den Prinzen Hohenlohe in erster Linie nach einem Manne mit wirtschaftlichen und kaufmännischen Eigenschaften gesucht, **die bisher in unserer Kolonialverwaltung sehr zu ihrem Schaden gefehlt hatten.** Schon vor 9 Jahren — als Staatssekretär des Aeußeren — hätte ich gern einen Mann des praktischen Erwerblebens an die Spitze unserer Kolonialverwaltung gestellt, doch blieben meine Bemühungen damals erfolglos. Ein angesehener hanseatischer Kaufmann ließ mir damals sagen, er verdiene am Morgen sein schönes Geld an der Börse, am Nachmittag fahre er mit zwei schönen Füchsen aufs Land, da werde er sich schön hüten, die Schindereien auf sich zu nehmen, die das Amt eines Kolonialdirektors mit sich bringe. (Heiterkeit.) Es freut mich, daß es jetzt endlich gelungen ist, jenen gesunden Gedanken zu verwirklichen. Das Haus bitte ich aber um

Vertrauen für den neuen Herrn in der Kolonialverwaltung;

denn nur bei vollem gegenseitigen Vertrauen lassen sich unsere Aufgaben auf kolonialpolitischem Gebiete lösen; sie bestehen nicht nur in der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien, sondern auch in der Beseitigung augenscheinlicher Mißstände in der Kolonialverwaltung. (Hört! hört! links und im Zentrum.) **Vertuschungspolitik habe ich nicht getrieben,** sondern stets eingegriffen, sobald ich Kenntnis von einem Verdacht erhielt.

Der Beamte Pöplau

ist durch Erkenntnis des kaiserlichen Disziplinarhofs vom 2. April 1906 aus dem Amte entlassen worden, weil er von geheimen Schriftstücken einen die Amtsverschiegenheit verletzenden Gebrauch gemacht hatte. In den Entscheidungsgründen heißt es auch, daß er dem Reichskanzler mit der Veröffentlichung angeblicher Mißstände gedroht habe, um ihn seinen Ansprüchen geneigt zu machen. Vorgeworfen ist mir auch, ich hätte mich nicht genügend um die von

Tippelskirch

gelieferten Stiefel und Mäntel gekümmert. Man kann doch im Ernst nicht von dem Reichskanzler verlangen, daß er bei seinen sonstigen Geschäften auch noch für die Stiefel und Mäntel sorgen soll. (Große Heiterkeit rechts.) Ich kann nicht alle Winkel durchstöbern. (Unruhe links.) Ich habe die Pflicht, einzuschreiten, wenn sich Unregelmäßigkeiten herausstellen, und diese Pflicht habe ich erfüllt und werde ich erfüllen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) **In der Presse sind die Mißstände ungeheuerlich übertrieben worden.** (Sehr richtig! rechts.) Jeder einzelne Fall wurde als typisch behandelt und breitgetreten. (Sehr richtig! rechts.) Die Schadenfreude soll ja die reinste Freude sein. (Heiterkeit.) Aber Deutsche im Auslande haben mir versichert, daß Deutschlands Ansehen dadurch außerordentlich geschädigt wurde. (Hört! hört! rechts.) Im Ausland glaubte man, bei uns wären Milliarden gestohlen und es existiere bei uns kaum noch ein ordentlicher pflichttreuer Beamter. Demgegenüber will ich vor der ganzen Welt feststellen, daß **der deutsche Beamtenstand von keinem anderen übertroffen wird.** (Lebhafte Zustimmung rechts, Zurufe links: Hat niemand bestritten!) Andere Kolonialvölker haben Unzuträglichkeiten in weit größerem Umfange erfahren als wir. Die Engländer, Franzosen, Amerikaner haben ganz andere Skandale überwunden als wir. Gegen schuldige Beamte werde ich rücksichtslos einschreiten, aber auf unsern Beamtenstand kann das deutsche Volk mit Stolz blicken. (Beifall rechts.) Ich bitte Sie, uns die Mittel zu bewilligen, die zur Niederwerfung des Aufstandes in den Kolonien als notwendig erachtet werden. Damit leisten Sie auch dem Vaterlande einen guten Dienst. (Beifall rechts.)

Kolonialdirektor Dernburg:

Ich habe mein Amt in der Hoffnung übernommen, daß es mir gelingen wird, gesunde Zustände auf dem Gebiete der Kolonialverwaltung zu schaffen, und in der Hoffnung, für meine Arbeit die Unterstützung der Vertreter des deutschen Volkes zu erhalten. Zugleich hoffte ich, daß die vielen Opfer, die das deutsche Volk für den Kolonialbesitz gebracht hat, durch entsprechende Erfolge wieder wett gemacht werden könnten. Selbstverständlich mußte meine erste Aufgabe das Studium der Beschlüsse und Verhandlungen dieses hohen Hauses sein. Zunächst und hauptsächlich hat mich die Resolution des Reichstages beschäftigt, welche verlangte, daß die Reichsregierung alle sogenannten Monopolverträge lösen möge, welche über ein Jahr hinauslaufen. Dazu kann ich mitteilen: **Der Vertrag mit der Firma Tippelskirch u. Co. ist gelöst.** (Bravo! im Zentrum. Hört! hört! links.) **Das Reich leistet dieser Firma keine Entschädigung, vielmehr wird die Firma noch eine Herauszahlung an das Reich leisten. Die ihr erteilten Aufträge sind auf die Hälfte zurückgenommen.** Man hätte den Vertrag vielleicht nicht bis zum 31. März 1907 auszudehnen brauchen, doch hat die Reichsregierung hier Rücksicht auf die von der Firma beschäftigten 447 Arbeiter genommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Firma tritt am 1. April 1907 in Liquidation.

Die Firma Riedel

hat sich zu Verhandlungen über den Umfang ihres Lieferungsvertrages bereit erklärt. Die Bestellpflicht des Reiches ist auf diejenigen Gegenstände beschränkt, die die Firma nach der Natur ihres Betriebes selbst liefern kann.

Der Transportvertrag mit der Firma Wörmann ist auf den 31. Dezember des laufenden Jahres gekündigt worden. (Lebhafter Beifall.) Die Militärverfrachtung sowie die Verfrachtung der Zivilgüter ist auf die Seetransportabteilung des Marineamts übertragen worden. Gegen die Firma Wörmann sind zwei oder drei Konkurrenzunternehmungen ins Leben gerufen. Von einem Monopol kann hier nicht mehr die Rede sein. Die Reichsverwaltung hat nicht die Absicht, mit dieser Firma einen neuen Vertrag abzuschließen. (Lebhafter Beifall.) Alle diese Verträge hatten den Fehler, daß sie geschlossen waren, **ohne Kenntnis des Umfanges der Anschaffungen oder der Verschiffungen des Reiches!** (Sehr wahr!) Sie beruhten auf dem Gedanken, durch Sicherung einer gewissen Beschäftigung die Firmen zu Einrichtungen zu veranlassen, welche dem Reiche und den Kolonien nützten. Man hatte hierbei das natürliche Wachstum unserer Kolonien unterschätzt, und die Preise, welche bei dem ursprünglich in Aussicht genommenen geringen Quantum durchaus raisonnabel (verständig) waren, hatten bei der erheblichen Erhöhung aller Quanten jede Raison verloren. (Sehr richtig!) Solche Fehler lassen sich vermeiden und werden in Zukunft vermieden werden. (Vielfaches Bravo!)

Der Landungsvertrag mit der Firma Wörmann für Lüderitzbucht und Swakopmund ist zum 31. Dezember 1907 gekündigt worden. Eine Möglichkeit, ihn sofort aufzulösen, bestand nicht, zumal wir nicht wußten, was sofort an seine Stelle hätte treten können. Weiter sind die

Vorbereitungen für ein Rechnungsgesetz

geschaffen worden; denn **so können die gegenwärtigen Zustände nicht weitergehen.** (Lebhafter Beifall.) Das Recht des Reichstages auf raschere Vorlegung der Rechnungen muß besser gewahrt werden. An der bisherigen Langsamkeit hat nicht die Kolonialzentralverwaltung schuld, sondern der Fehler lag an der Organisation, wie dies der Rechnungshof schon bei der Prüfung von 1896 eingehend nachgewiesen hat. (Hört! hört!)

Ein vollständig ausgearbeitetes Programm kann ich Ihnen natürlich noch nicht vorlegen, doch möchte ich schon jetzt

einige Grundsätze für meine weitere Arbeit

aussprechen: Das Ziel der Kolonialverwaltung muß sein die Schaffung von mit dem Vaterlande eng verbundenen, administrativ unabhängigen und wirtschaftlich gesunden Kolonien. Hierzu ist zunächst die Schaffung eines leistungsfähigen Beamtenstandes notwendig. Dazu bedarf es der gesetzlichen Sicherstellung ihrer Rechte und Pflichten. Der Reichstag hat wiederholt eine gesetzliche Regelung dieser Materie gewünscht. Ich hoffe, daß eine solche in nicht allzu langer Zeit erfolgen wird. (Lebhafter Beifall.) Die wirklichen Zustände in unseren Kolonien werden nicht durch die Einrichtungen, sondern durch die Personen bestimmt.

Für den Kolonialdienst ist der beste Mann und Charakter gerade gut genug. (Stürmischer Beifall.) Eine absolut fleckenlose weiße Wäsche ist die erste Vorbedingung für den Kolonialbeamten. (Heiterkeit und Beifall.) Jeder Kolonialbeamte muß sich der hohen Pflichten seines Amtes in jeder Sekunde bewußt sein. (Lebhafter Beifall.) Die Verwaltung wird alle Verfehlungen unnachsichtlich strafen, aber sie wird auch den glücklicherweise weit überwiegenden Teil unserer Kolonialbeamten, der unter schwierigen Verhältnissen und bei keineswegs glänzender Bezahlung treu seiner Pflicht genügt, von amtswegen gegen unberechtigte und heimtückische Angriffe schützen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wir werden, soweit Angriffe sich als Verleumdungen und Ehrenkränkungen darstellen, **gegen die Beleidiger und Verleumder vorgehen!** — Der Reichskanzler hat auf meinen Antrag eine aus zwei Richtern und einem Staatsanwalt, Leuten, die mit der Kolonialverwaltung nie etwas zu tun hatten, bestehende Kommission niedergesetzt, um die bisher erhobenen Anschuldigungen zu untersuchen. (Sehr gut!) Das Resultat der eingehenden Untersuchungen wird dem hohen Hause mitgeteilt werden.

Eine weitere Voraussetzung für das Gedeihen der Kolonien sind

„Kultureinrichtungen".

Dazu gehört auch ein gutes Einverständnis mit den verdienstvollen Missionsgesellschaften und Missionaren. Bei der Etatsberatung wird sich ausführlicher über diesen Gegenstand sprechen lassen. Dringend notwendig ist es, die Kolonien finanziell selbständig zu stellen, d. h. sie auf ihre eigenen Einnahmen zu basieren. Inbezug auf Boden, Kultur und Bergbau sind in der Vergangenheit mehrere Fehler gemacht worden, die sich indessen glücklicherweise zum Teil noch verbessern lassen. Insbesondere ist dringend notwendig die Schaffung von Verkehrswegen; denn gerade hier rächt sich jeder Fehler schwer und kostet ungezählte Summen.

Als ich — ein Kaufmann — zur Durchführung kaufmännischer Prinzipien in die Kolonialverwaltung berufen wurde, ließ ich zunächst eine

Inventur

über den gegenwärtigen Stand aufstellen. Diese Arbeit kann ich natürlich noch nicht in vollem Umfange vorlegen. Zunächst ist dem Hause **eine Denkschrift über die deutschen Kapitalinteressen in den deutschen Schutzgebieten ohne Kiautschou, welches der Kolonialverwaltung nicht untersteht, zugegangen, weiter eine Denkschrift über die finanzielle Entwickelung der deutschen Schutzgebiete ohne Kiautschou. Eine weitere Denkschrift über den Eisenbahnbau in Afrika** seitens der europäischen Nationen befindet sich in Vorbereitung. Weitere **Denkschriften** werden folgen. Ich bin darauf gefaßt, daß mein Urteil für zu günstig angesehen wird. Ja, ich wage das harte Wort, daß ich für einen Optimisten gehalten werden könnte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Das ist ja offiziell!" Heiterkeit.) Man wünschte, daß ich lediglich mit dem eisernen Besen, den man mir liebenswürdiger Weise in die Hand gedrückt hat, und mit einem Topf schwarzer Farbe erschienen wäre. (Heiterkeit.) Aber ich freue mich, feststellen zu können, daß das deutsche Kolonialwesen sich in verständigen Bahnen bewegt, daß in den letzten 20 Jahren sehr Erhebliches geschaffen ist und daß **die Aussichten für die Zukunft** gute sind.

Das deutsche Kapital in den Schutzgebieten

übersteigt bereits die Summe von 370 Millionen Mark, **woran das Reich** mit 60 Millionen beteiligt ist. 250 Millionen des angelegten Kapitals sind bereits rentabel; ungefähr hundert Millionen befinden sich in werdender Rentabilität, und eine verhältnismäßig kleine Summe ist unrentabel angelegt. Angefochten ist unsere

Abschätzung des Wertes der Anlagen der Eingeborenen,

wir sagen aber nicht, daß der Wert des Grund und Bodens mit den darauf wachsenden Kulturen rund 616 Millionen Mark beträgt, sondern wir wollten nur in Form einer Summe schätzen, was heute bereits die Eingeborenenwirtschaft für die nationalen und wirtschaftlichen Bedürfnisse an Diensten leistet. **Das Resultat ist erstaunlich** (Sehr richtig! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), weil es ohne die notwendigen Verkehrswege erreicht ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Ohne alle Apparate"! Große Heiterkeit.) Daß nur 17 Proz. des gesamten europäischen Kapitals Anlagen des Reiches sind, beweist, daß **vom Reich noch nicht genügend in den Schutzgebieten eingegriffen ist.** Die der Denkschrift beigefügten Tabellen zeigen ein lebhaftes

„Ansteigen und Fortschreiten der Einnahmen."

In die Kosten für die Zivilverwaltung durften selbstverständlich nicht die für die Soldaten eingerechnet werden. Als 1870/71 Deutschland mit Blut und Eisen zusammengefügt wurde, hat man die Reichslande wieder an sich genommen, und jedermann ist überzeugt, daß sie gehalten werden müssen, aber niemand ist es eingefallen, eine Rechnung aufzumachen, ob ihr Erwerb wirtschaftlich gewesen wäre. Auch die Kolonien sind ein Teil von Deutschlands Weltmacht, die wir nicht aufgeben können. Die Ausgaben für die Truppen sind Ausgaben im Interesse des Ansehens des Deutschen Reiches und gehören nicht in den Kolonialetat.

In der zweiten Denkschrift sollen

die Zustände in Algier

nicht etwa allgemein mit den in unseren Kolonien verglichen werden. Aber es zeigt sich doch, daß der Besitz von Algier eine Unterbilanz von 6 Milliarden Frank für Frankreich kostet, also mehr als die ganze französische Kriegsentschädigung. Wir sind mit der Zivilverwaltung in unseren Kolonien gerade so weit, wie Frankreich in Algier nach 70jährigem Besitz. Eine größere Selbständigkeit der Kolonien ist wünschenswert sowie daß Einnahmen und Ausgaben sich decken. Aber für militärischen Schutz und Kredit bleiben sie auf das Mutterland angewiesen.

Die wirtschaftliche Erschließung der Kolonien soll nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgen. Daraus werden sich die Gesamtausgaben ergeben, um welche es sich handelt, doch soll das hohe Haus nicht auf das ganze Programm oder auf einzelne Teile festgelegt werden. (Lachen links.) Es werden vielmehr immer nur die Mittel verlangt werden, die nach Maßgabe der Entwickelung notwendig sind und nach Ansicht der Regierung nach der Gesamtlage des Reichshaushaltsetats möglich sind. Freilich darf man neben den reinwirtschaftlichen Punkten nicht vergessen, daß

die Eisenbahnen

auch eine große Bedeutung für die Sicherheit des Schutzgebietes haben. Man kann zwar nicht beweisen, daß der Aufstand in Südwestafrika nicht ausgebrochen wäre, aber sicher hat der Mangel einer hinreichenden Organisation in den Kolonien — und dazu gehören die Eisenbahnen — das Reich zwischen 100 und 150 Millionen Mark gekostet. (Hört! hört! rechts.) Mit der Hälfte dieser Summe hätten alle Eisenbahnen in den Kolonien gebaut werden können. (Lebhaftes Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.) **Ich werde die einzelnen Kolonien besuchen,** um den

Kontakt zwischen den Kolonien und Berlin

zu schaffen. Erst wenn man draußen weiß, daß es in der Kolonialverwaltung noch andere Dinge gibt als einen grünen Tisch und ein großes Tintenfaß, wird man wieder Vertrauen zu der Verwaltung bekommen. (Sehr richtig!) **Durch die Ablehnung der Fortsetzung der Bahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop nach Kubub ist keine wesentliche Einbuße entstanden.** (Hört! hört! links.) Ich will auch nicht verschweigen, daß von militärischer Seite öfter der Wunsch ausgedrückt worden ist, **schon vor dem Zusammentritt dieses Hauses weiter zu bauen!!** (Hört! hört! links.) Die Regierung hat sich hierzu nicht für befugt gehalten, **wohl aber hat sich die Baufirma bereit erklärt, auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko** und ohne daß daraus Verpflichtungen für das Reich erwachsen, die für den Weiterbau erforderlichen Materialien nach Lüderitzbucht zu senden. Man hat

die Frage der Zurückziehung der Truppen

aufgeworfen. Bisher haben alle Kolonialmächte einen derartigen Schritt streng vermieden. Eine solche Zurückziehung würde in ganz Afrika die äthiopische Bewegung fördern und schließlich zu neuen Aufständen führen. Alle europäischen Mächte sind in bezug auf ihre Eingeborenenpolitik solidarisch. Ein Nachgeben Deutschlands im Hottentottenkriege würde für alle Weißen in Afrika verhängnisvoll sein. (Sehr richtig! rechts.) Die gegenwärtige Bahnforderung bedeutet das beste Mittel, die dauernde Belastung durch die Kriegführung in Afrika zu verhindern. Die Masse der Truppen läßt sich vermindern, wenn durch Bahnen die Schnelligkeit der Bewegung erhöht wird. Der Northern Pacific sagte man nach, daß sie durch wasserlose Wüsten gehe, und sie hat Gebiete von ausgezeichneter Fruchtbarkeit und von ungeahnten Mineralschätzen erschlossen. Es ist fraglich, ob sich etwas Aehnliches in Südwestafrika zeigen wird. (Sehr richtig! links.) Aber die Möglichkeit besteht. Ich möchte da auch an die anatolische Bahn erinnern, die der bestens bekannte verstorbene Reichstags-Abgeordnete v. Siemens ins Leben rief und die den Wert des Bodens um 150—275 Proz. gesteigert hat. Die geforderte Bahn wird in den nächsten 10 Jahren noch nicht 25 Millionen Mark kosten, und diese Kosten werden sich sicherlich decken und rentieren. Ich habe mir vorbehalten, am Schlusse ein Resümee über die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge in den Kolonien zu geben. Auf Grund der Denkschrift läßt es sich erweisen, daß die Kolonien tatsächlich wirtschaftlich ausnutzbar sind. Die Ausnutzung hat aber kaum erst begonnen, da das deutsche Kapital bisher versagt hat. Der Kolonialverwaltung muß allerdings der Vorwurf gemacht werden, daß sie es in dieser Beziehung an der nötigen Führerschaft hat fehlen lassen. Die Zivilverwaltung der Kolonien erfordert keine dauernden Zuschüsse, sondern sie deckt alle eigenen Kosten, wie sich leicht nachrechnen läßt. Aber neben diesen materiellen Gesichtspunkten sind auch

ethische Gesichtspunkte

zu berücksichtigen. Deutschland will nicht territorial erobern, aber es ist das Land der stärksten Volksvermehrung und muß einem Teile des Volkes Gelegenheit geben, seinen Unternehmungsgeist frei zu betätigen. (Lautes Lachen bei den Soz.) Die Kolonialkriege haben **wenigstens das Gute, daß sie Charaktere erziehen!** (Erneutes Lachen

bei den Sozialdemokraten.) Das muß dem Volke in seiner ganzen Breite zugute kommen. Allerdings müssen wir uns bei der Beurteilung kolonialer Angelegenheiten in einer freieren Atmosphäre bewegen und es vermeiden, das menschliche und allzumenschliche in verbissener Selbstzerfleischung ständig ans Licht zu zerren. (Lebhafter Beifall rechts; Lachen links.) Hoffentlich gelingt es, die Nebel zu lüften, die sich zwischen die deutsche Nation und **die aufgehende Sonne ihrer Kolonialpolitik** drängen. Wir arbeiten im Sinne des Bismarckschen Gedankens, den er 1867 in einem Rundschreiben an die preußischen Vertreter aussprach: Wir wollen den Strom der nationalen Entwickelung in ein Bett leiten, in dem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirkt. Unsere koloniale Entwickelung kann auch den anderen Nationen nur willkommen sein. Sowohl ethische wie materielle und allgemein politische Gesichtspunkte lassen unseren Kolonialbesitz als eine Gunst des Geschickes erscheinen. (Bravo! rechts.) Es soll einst ein Denkmal für deutschen Fleiß, deutsche Tüchtigkeit, deutsche Kultur sein. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Schädler** (Z.):

Der neue Herr der Kolonialverwaltung hat sich persönlich nicht unvorteilhaft vorgestellt; (Große Heiterkeit.) jedenfalls besser und vorteilhafter, als es durch die Denkschriften aus der Kolonialverwaltung geschehen ist. — Der Reichskanzler hat unseren Truppen in den Kolonien hohes Lob gespendet, namentlich angesichts ihrer schweren Aufgaben. Um so erwünschter ist ihre baldige Rückkehr. Der Reichskanzler sagte, der Hauptwiderstand sei gebrochen; hieraus ergibt sich als Konsequenz die Möglichkeit einer schnelleren Zurückbeförderung der Truppen. (Sehr gut! im Zentrum.)

Unsere Kolonialpolitik macht eine ernste Krisis durch, die durch die Bezeichnung „Kolonialskandal" gekennzeichnet wird. Es hat den ganzen Sommer über getröpfelt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Gegossen!" Große Heiterkeit.) Darüber sind die Ansichten verschieden. Es kam bald diese, bald jene Enthüllung, sodaß man wünschte, man möchte dem grausamen Spiel ein Ende machen und **den ganzen Müllwagen auf einmal** leeren statt in einzelnen Kübeln. In der Presse wurde gesagt, das Zentrum frondiere gegen den Reichskanzler. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Oh!) Als Beweis dafür, daß das Zentrum so schwarze Gedanken hege — (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Nun, Sie sagen doch, unsere Gedanken seien schwarz. Wenigstens ist die Farbe waschecht. (Schallende Heiterkeit, in der die nächsten Worte des Redners verloren gehen.) **Der Abg. Erzberger hat** den Finger in die Wunde gelegt, und dafür hat er **sich Dank von der Regierung und vom Volke verdient.**

Wir identifizieren uns nicht mit ihm!

(Ah! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir haben auch gar keinen Grund, ihn zu desavouieren. Maßgebend für uns ist sein Material, soweit es stichhaltig ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler sagte, durch die Besprechung der Mißstände in der Presse sei unser Kredit geschädigt; aber der Kredit ist geschädigt durch die Mißstände; durch die Besprechung derselben kann er höchstens wieder gehoben werden. Der Abg. Erzberger hat sich nicht gegen den Kolonialbesitz gewendet, sondern gegen die Mißstände in der Kolonialverwaltung, und das ist auch die Politik des Zentrums.

Wir wünschen eine verständige Würdigung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit. Das betone ich vor allem angesichts der weitausschauenden Pläne des neuen Herrn. Sein Vorgänger ist amtsmüde geschieden. Interessant wäre es ja zu erfahren, woher ihm die Zusage geworden ist, daß — wie aus seiner Abschiedsrede an die Beamten hervorgeht — ein neues selbständiges Kolonialamt gegründet werden soll. Wir werden diese Frage, wenn sie an uns herantritt, prüfen, wie wir sie im Frühjahr geprüft haben, und unsere Entscheidung nach dem Ausfall der Prüfung treffen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Interessant wäre es ferner, zu erfahren, wie es sich mit dem vielbesprochenen Zuschuß oder besser Vorschuß (Heiterkeit) verhält. — Was den neuen Herrn betrifft — mögen die Gründe, welche zu seiner Entdeckung oder Selbstentdeckung (Große Heiterkeit.) geführt haben, sein wie sie wollen — so begrüßen wir es unter anderm, daß er hinsichtlich reiner Hände im lukrativen Geschäft älteren Geschlechtern ein gutes Beispiel gegeben hat, aber alles in allem wird er zuerst die Probe bestehen müssen. Eine Zeitschrift hat Herrn Deruburg gewarnt: er möge sich vor dem Zentrum hüten (Heiterkeit) und vor den Missionaren. Das Zentrum sei kolonialfeindlich. **Diese Behauptung ist längst widerlegt.** Wir sind nicht Feinde der Kolonialpolitik, aber der Kolonialskandale. Hier nicht zu vertuschen, sondern mit starker Hand zuzugreifen, halten wir für die Aufgabe der Kolonialverwaltung, bei deren Erfüllung wir gern behülflich sein werden. Der Herr Reichskanzler hat ja einen Teil der gemachten Fehler zugegeben, aber gemeint, man habe die Sachen viel zu sehr verallgemeinert, und er hat auf andere Länder verwiesen, wo man diese Sachen viel „netter" sozusagen behandelt habe. Mir scheint, daß ihm bei dem Eifer, eine vermeintliche Verallgemeinerung zu tadeln, selbst der Fehler der Verallgemeinerung unterlaufen ist. Sehr bedauert habe ich, daß der Herr Reichskanzler zu der Frage der Eingeborenenbehandlung kein Wort gesagt hat. Er hat sich vielleicht gedacht, daß in der Debatte der Herr Kolonialsekretär — (Heiterkeit links) — Sie können es ja als Omen nehmen, wenn Sie wollen, aber hüten Sie sich vor den falschen Propheten. (Heiterkeit links.) Der Herr Kolonialdirektor selbst soll **ja im Gegensatz zu seinen Amtsvorgängern** sehr pünktlich sein und Punkt 9 Uhr im Automobil vorfahren (Heiterkeit), sowie sich um alles Wichtige selbst kümmern. Nach dem, was verlautet ist — ich kann es kaum glauben — scheint das in der Tat sehr wichtig zu sein; denn **nach der bisherigen Praxis soll der Kolonialdirektor die meisten Eingaben überhaupt nicht erhalten haben, ja manche wichtige Entscheidung soll ohne Wissen des Kolonialdirektors ins Land gegangen sein!**

Der Herr Reichskanzler meinte, er könne doch nicht noch die Schuhe und Stiefel der Kolonialtruppen untersuchen. Das hat auch gar kein Mensch von ihm verlangt. (Sehr richtig!) Aber das ist Sache der Verwaltung und eine Frage der Organisation. Es müssen geschäftsgewandte Leute an der Spitze stehen, damit die Verwaltung nicht ausgebeutet wird von Lieferanten, die es meisterhaft verstehen, mit ihrem Patriotismus Geschäfte zu machen. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Das Kapitel der Finanzen und Verträge der Kolonialverwaltung wird einer meiner Fraktionsgenossen noch behandeln. Der Herr Reichskanzler meinte bei Besprechung der Tippelskirch-Affäre, man habe die Ehre unserer Beamten in den Schmutz gezogen. Wer hat das getan? Gerade weil uns die Intaktheit unserer Beamten so hoch steht, ist auf diese Dinge hingewiesen worden. (Sehr richtig!) Weiter wünschen wir Auskunft darüber, wie

die Angelegenheit des Majors Fischer

zu ihrer jetzigen sehr verwunderlichen Erledigung gekommen ist. Ein anderer Mann hat durch seine Amtsniederlegung jetzt gesühnt, was er gefehlt hatte. Möge er auf diesem Gebiete keinen Nachfolger haben; denn

ein aus den Steuern des Volkes Dividenden ziehender Minister

muß unbedingt ein Einzelfall bleiben. (Bravo!)

Was die Denkschriften anlangt, so scheint der Herr Kolonialdirektor sich aus dem Bankdirektor noch nicht herausgemausert zu haben. (Heiterkeit.) Es herrscht in ihnen noch

ein gewisser Prospektton.

(Erneute Heiterkeit.) Wenn ich mir auch in der Presse auf diese Denkschriften angewandte Ausdrücke wie „Tendenzromane", „Feuerwerk", „Amerikanismus" nicht aneigne, so wird der Reichstag doch allen Anlaß haben, diese Denkschriften in der Kommission sachlich und ruhig zu prüfen. Dort wird auch Gelegenheit sein, über die wirtschaftlichen Zielpunkte des Herrn Kolonialdirektors ausführlicher zu sprechen.

Sehr wichtig wäre es, die Verhältnisse in den Kolonien gesetzlich zu regeln. Bislang sollen

1906 Verordnungen

dort existieren und das alles für Leute, denen man erst die Grundlagen zum Verständnis dieser Verordnungen, nämlich die Buchstabenkenntnis beibringen muß. (Heiterkeit.) Vor allem möchte ich den Herrn Kolonialdirektor bitten, die Bedeutung der Missionen in den Kolonien nicht zu unterschätzen. Die Missionen sind ein Kulturfaktor, den zu fördern das Reich allen Anlaß hat. Die Missionare sind die Berater der Eingeborenen. Nicht Ausrottung, sondern Versöhnung der Eingeborenen muß das Ziel einer praktischen Kolonialpolitik sein. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Ledebour** (Soz.):

Aus den hin und wieder sogar anregenden Ausführungen des Herrn Vorredners (Heiterkeit.) habe ich leider trotz ernster Aufmerksamkeit nicht zu entnehmen vermocht, wie er und seine Partei sich zu den wichtigen Fragen stellen, die eigentlich heute hier zur Debatte stehen. Wohl habe ich vernommen, daß er sich ernstlich bemühte — was ja auch zu erwarten war — die Missionen dem Herrn Kolonialdirektor an seinen warmen Busen zu legen. (Heiterkeit.) Es stieg bei mir der Verdacht auf, als ob der Herr Vorredner in der Hauptsache darauf hinzielte, alle Differenzen und Meinungsverschiedenheiten durch die Kunst seiner Rede einzuschläfern. (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aehnlich enttäuscht haben mich die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers. Im Eingang seiner Ausführungen hat er nur wiederholt, was wir schon häufig von ihm zu hören bekommen haben. Warm wurde er erst, als er auf die Beamtenfrage kam. Da bemühte er sich ernstlich nachzuweisen, daß es ein schreiendes Unrecht sei, wenn man behaupten wolle, daß alle Beamten des Deutschen Reiches und der Kolonien unfähig und korrupt seien — was kein Mensch behauptet; er hat damit einfach offene Türen eingerannt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch wir haben stets betont: Wir erheben Vorwürfe gegen einzelne Beamte und Offiziere, die sich vergangen haben; es ist uns aber niemals eingefallen, einen solchen Vorwurf zu erheben, wie ihn in mir ganz unbegreiflicher Verallgemeinerung der Herr Reichskanzler glaubte zurückweisen zu müssen. Er hat auch wieder das alte Lied angestimmt — wie er überhaupt ein Meister im Anstimmen alter Lieder ist — (Heiterkeit.), daß wir Deutsche uns ganz besonders unvorteilhaft unterschieden von anderen Nationen dadurch, daß wir solche Uebelstände geradezu an das Licht zerrten und darin wühlten. In anderen Ländern sei so etwas nicht der Fall. Der Herr Reichskanzler muß bei seiner außerordentlichen Arbeit, die er uns schilderte, auch nicht die Zeit gehabt haben, die parlamentarischen Verhandlungen anderer Länder zu lesen. Auch in der Geschichte dieser Länder muß er nicht genug bewandert sein, sonst müßte er wissen, daß gerade in den großen Kolonialländern seit Jahrhunderten die eingehendste und schärfste Kritik an der Kolonialverwaltung geübt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur daran, daß in England die Kolonialpolitik schon im 18. Jahrhundert zu den ausgiebigsten Debatten im Parlament Veranlassung gegeben hat; auch während des Burenkrieges sind Angriffe gegen die englische Regierung erhoben worden, die hier zweifellos als „Vaterlandsverrat" bezeichnet würden, und zwar von Männern, die jetzt sogar teilweise zu den Ministern gehören, wie John Burns. Es ist ganz unrichtig, was der Herr Reichskanzler behauptet, daß gerade bei uns zu viel kritisiert wird. Im Gegenteil,

es wird bei uns nicht genug kritisiert.

(Lachen rechts.) Die deutschen Parlamentarier sind noch jung in der Behandlung parlamentarischer Angelegenheiten und deshalb noch nicht mit der genügenden Gründlichkeit vorgegangen. Um solche Gründlichkeit in der Zukunft zu erlangen, hat sich ein Zentrumsabgeordneter, Herr Erzberger, ein großes Verdienst erworben, (Ruf rechts: „Armer Erzberger!") Der Reichskanzler hat die Schale seines persönlichen Zornes über einen Beamten ausgegossen, über einen Subalternbeamten, der sich vermessen hat, nicht etwa selber Kolonialverbrechen zu begehen, sondern der das Verbrechen begangen hat, nachdem er bei seinen Vorgesetzten nichts erreichte, sich an einen Abgeordneten zu wenden. Der Reichskanzler kündigte ein Vorgehen gegen jeden Beamten an, der sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen ließe, und führte dann den Kampf gegen den Subalternbeamten Pöplau, der ihn persönlich angegriffen hat. Ob das die Methode ist, die zum Erfolg führt, möchte ich bezweifeln. Wenn der erste Beamte des Reiches nichts Wichtigeres zu tun hat, als hier öffentlich gegen einen Subalternbeamten vorzugehen, der ihn persönlich angegriffen hat, so überlasse ich es Ihrem Urteil, ob das richtig ist. (Zuruf rechts.) Sie finden es richtig, daß der Reichskanzler einen Subalternbeamten herausgreift, der ihn persönlich angegriffen hat, und daß er ihn hier als moralisch anrüchigen Menschen hinstellt, weil er weiter nichts begangen hat, als mit Abgeordneten in Verbindung zu treten. (Lärm rechts.) Gerade dadurch, daß der Reichskanzler diesen Angriff so demonstrativ gemacht hat, zwingt er ja dazu, daß diese Frage hier gründlich erörtert werden muß und daß der Nachweis erbracht werden muß, ob denn diese Mitteilungen zutreffend sind. Es wird das heute nicht meine Aufgabe sein, aber im Laufe der Debatte wird es wohl von einem meiner Parteifreunde geschehen, und wenn sich dann herausstellt, daß die Anschuldigungen, die erhoben worden sind, nicht die nötige Remedur bewirkt haben, dann hat der Reichskanzler den kürzeren gezogen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch einige allgemeine Bemerkungen über die Verfehlungen von Beamten überhaupt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Mißgriffe — stellenweise die Verbrechen — der Beamten nicht aufzufassen sind als Verfehlungen einzelner Personen, sondern daß sie

das notwendige Resultat dieser kapitalistischen Kolonialpolitik

sind, die vom Deutschen Reiche getrieben wird und von den anderen europäischen Kulturstaaten ebenfalls. Daraus entstehen alle diese Ungeheuerlichkeiten, diese Verbrechen eines Leist, Arenberg, Peters und anderer, daß teilweise unreife und rohe Personen unbeschränkte Vollmachten in die Hand bekommen. Das ist aber die notwendige Konsequenz der Kolonialpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Kolonialdirektor hat in längeren Ausführungen die Aktenstücke zu verteidigen gesucht, mit denen er seine Laufbahn begonnen hat. Er hat besonders bei dem Aktenstück, in welchem er die deutschen kapitalistischen Interessen in den Schutzgebieten behandelt, zur Entschuldigung gesagt: Daß die Angaben in den Aktenstücken etwas dürftig sind, erkläre sich daraus, daß das Material etwas hätte gekürzt werden müssen mit Rücksicht auf dessen Reichhaltigkeit. Ich hätte nur gewünscht, daß er die Prüfung an anderen Stellen vorgenommen und daß er das Aktenstück über die deutschen Kolonien etwas ausführlicher behandelt hätte. — Die Aeußerung über die Kolonie Algier ist ein Fantasieprodukt. Zur Prüfung unserer eigenen Kolonien ist dieses Material ganz überflüssig, weil es gar keinen passenden Vergleich zuläßt. In der Kolonie Algier ist absolut nichts, was mit unseren Kolonien zu vergleichen wäre. Es wird aus unseren Kolonien nie etwas zu machen sein, was sich annähernd mit Algier vergleichen ließe. (Lachen rechts.) Der Kolonialdirektor hat die Ausgaben für die Kolonie Algier zusammengestellt, um zu zeigen, was dem französischen Volke die Kolonie gekostet hat. Er hat aber nicht erwähnt das kolossale Blutvergießen, das unter den Eingeborenen stattgefunden hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zur Charakteristik der Inventur, die der Kolonialdirektor aufmacht, möchte ich auf ein Finanzkunststück hinweisen, das mir als das Ungeheuerlichste erscheint, was bisher vorgekommen ist. Wenn das eine Besserung in unseren amtlichen Aktenstücken bedeuten soll, dann müssen wir ja schöne Dinge erwarten. Es wird einmal nachgewiesen, daß wir 370 Millionen Mark Kapital in den Kolonien angelegt haben. Außerdem berechnet der Kolonialdirektor die Exportzahlen, das heißt den Wert des Exportes aus unseren Kolonien mit 616 Millionen Mark. Man muß das wirklich alles lesen und hören, um zu sehen, was in einer amtlichen Denkschrift gemacht werden kann!

Der Kolonialdirektor hat die Exportproduktion der einzelnen Schutzgebiete mit 5 Proz. kapitalisiert. Er hat also einfach die Exportzahlen mit 20 multipliziert. Es wird nun in der Denkschrift gesagt, man wolle nicht mit 5, sondern nur mit 3 Proz. die Summen kapitalisieren. Diese Berechnung halten Sie für richtig? (Zuruf rechts: Ja wohl!) Kapitalisiert man aber mit 3 Proz., so ergibt sich noch immer nicht das Kapital von 616 Millionen! Ich habe das Exempel aufgemacht in einem bestimmten Falle in bezug auf die Kolonie Togo. Ich mußte mich da auf das beschränken, was mir vorliegt. Nach den in der Denkschrift festgestellten Grundsätzen kommt man zu einem Gesamtergebnis der Ausfuhrprodukte von 2 221 000 Mark, und nach der Denkschrift ergibt das, mit $33\frac{1}{3}$ Proz. multipliziert, über 70 Millionen Mark, das ist ein ungeheuerlicher Unsinn, (Große Heiterkeit.) ein milderer parlamentarischer Ausdruck steht mir nicht zu Gebote. Wenn man nach demselben Verfahren den Wert der deutschen Exportindustrie ermitteln wollte, so würde sich folgendes ergeben: Die deutsche Exportindustrie betrug 1905 5700 Millionen Mark. Wir wollen einmal davon 700 Millionen abschreiben, dann haben wir die übrigbleibenden 5000 Millionen mit $33\frac{1}{3}$ zu multiplizieren und erhalten auf die Weise eine Summe von 167 Milliarden Mark. So ungeheuerliche Summen stecken aber nicht in der Exportindustrie, und aus diesem Vergleich sehen Sie, daß es sich um eine fürchterliche Uebertreibung handelt, der gegenüber die einfachste Kritik tatsächlich aufhört. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Derartige Finanzkünste könnten selbst von einem Finanzgenie der Trebertrocknungs-Gesellschaft nicht übertroffen werden. (Heiterkeit.) Ich begreife nicht, wie man im Ernst den deutschen Reichstag und das deutsche Volk Glauben machen wollte, daß dieser Rechnungsmodus gerechtfertigt ist, und ich begreife vor allem nicht, wie die Reichsregierung diesen Berechnungen geglaubt hat. Das ist allerdings eine sonderbare Art von Optimismus. (Sehr richtig! links.) Der Herr Kolonialdirektor hat sich ja gerühmt, daß er Optimist sei. Nun, Optimisten sind wir Sozialdemokraten auch. (Große Heiterkeit rechts.) Wir sind keine Schwarzseher. (Heiterkeit.) Wir glauben, daß wir mit dieser ganzen Gesellschaft, die jetzt in Deutschland am Ruder sitzt, fertig werden. (Große Heiterkeit rechts.) Aber diese Art Optimismus ist ganz anderer Art als der Optimismus der Aufbauschung, für den ich nur ein Beispiel aus der Geschichte weiß, die Potemkinschen Dörfer. Genau so, wie man von Potemkinschen Dörfern spricht, wird man in Zukunft derartige Finanzkunststücke als

„Derubrgsche Inventuren"

bezeichnen. (Große Heiterkeit links.) Der Herr Reichskanzler scheint auch nicht Zeit gehabt zu haben, diese Bilanz von einem Sachverständigen nachprüfen zu lassen. Wenn er jetzt nachträglich vielleicht mit Hülfe einiger Finanzleute in eine Prüfung dieser sonderbaren Inventurkünste eintreten und sich davon lossagen wird, so würden wir das noch nachträglich dankbar anerkennen. Sollte sich aber die Reichsregierung mit diesen Inventurkünsten identifizieren, so muß sie auch die Konsequenzen tragen, daß niemand ihre Aktenstücke und ihre Berechnungen überhaupt noch ernst nimmt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn solche Berechnungen aufgestellt werden von Juristen, die mit ihren guten Korpsverbindungen bis zum grünen Tisch hinaufavanciert sind, so könnte man vielleicht zu ihrer Entschuldigung annehmen, daß sie mit der Regeldetri nicht ganz vertraut sind. Wenn das aber von einem Manne geschrieben wird, dem der Ruf einer finanziellen Kapazität ersten Ranges vorangeht, dann hört die Möglichkeit der gutgläubigen Hereintapperei auf, dann haben wir es hier mit einer planmäßigen Täuschung des Reichstages zu tun.

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, Sie dürfen ein Mitglied des Bundesrats nicht einer planmäßigen Täuschung des des Reichstages beschuldigen; das verstößt gegen die Ordnung des Reichstages; ich bitte, das nicht ferner zu tun.

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): Ich werde der Anregung des Herrn Präsidenten gern Folge leisten und eine Redewendung gebrauchen, die Lessing dem Riccaut de la Marlinière in den Mund legt, indem er den parlamentarischen Ausdruck: „corriger la fortune" (das Glück „verbessern") gebrauchte. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Herr Abgeordneter, mir ist diese Redensart bekannt. (Heiterkeit.) Sie ist noch schlimmer als die erste. (Erneute Heiterkeit links.) Ich rufe Sie zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. **Ledebour** (fortfahrend): Wir haben uns ja nun heute speziell mit der Kolonialpolitik in Südwestafrika zu beschäftigen auf Grund der uns zugegangenen Vorlage. Bei dem Versuche, die Mehrforderung von rund 30 Millionen zu begründen, ist der Herr Kolonialdirektor leider mit außerordentlicher Oberflächlichkeit vorgegangen. Man muß, um die Bedeutung zu verstehen, zurückgehen auf die Vorgeschichte derselben, auf die Verhandlungen, die im Frühjahr d. J. hier im Reichstag stattgefunden haben. Dieselbe Forderung der Weiterführung der Bahn ist schon damals vorgelegt worden, und der Reichstag hat mit Zweidrittel-Majorität diese Forderung abgelehnt. Was für Gründe liegen denn nun für die Regierung vor, jetzt abermals mit dieser Forderung zu kommen? Die Gründe, die sie vorbringt, sind in keiner Weise neu, es werden nur die alten Gründe wieder aufgewärmt. Als der Reichstag diese Forderung ablehnte, hat er noch mehr getan. Er hat überhaupt die ganze Kriegsführung verurteilt, das ganze System der Kriegführung, wie es hier vom Oberst Deimling vertreten wurde. Und dieses selbe System der Kriegführung wird abermals in der Denkschrift verteidigt. Es kommt darauf hinaus, daß man die Eingeborenen aufreiben und ausrotten oder — wie jetzt die Redewendung lautet — „niederhetzen" will. Der Reichstag hat damals mit großer Majorität eine Resolution angenommen, die den Reichskanzler aufforderte, mit den Eingeborenen Verhandlungen anzuknüpfen und zu versuchen, sie zum Frieden zu bewegen unter Zusicherung von so viel Land, wie zu ihrem Lebensunterhalt ausreichend ist. Ferner wurde eine möglichst schleunige Zurückziehung der Truppen verlangt. Diese Resolution fand keinen Widerspruch und wurde mit großer Majorität angenommen. Nun frage ich die Herren von der Reichsregierung: Was ist geschehen, um sie auszuführen? Ist auch nur der Versuch gemacht worden, mit den Eingeborenen im Sinne dieser Resolution in Verhandlungen zu treten und sie unter der Zusicherung, daß ihnen nicht alles Land genommen würde, zur Niederlegung der Waffen zu bewegen? Meines Erachtens war es eine Anstandspflicht der Regierung, daß sie diese Resolution des Reichstages achtete, und es ist geradezu unfaßbar, daß die Reichsregierung sich darüber hinwegsetzt und die Sache einfach totschweigt. Der Oberst Deimling sagt freilich, daß man gegen die Eingeborenen nicht anders verfahren könne. Daß aber auch die Reichsregierung sich auf einen so beschränkten Standpunkt stellt und gar nicht einmal den Versuch zur Ausführung der Resolution macht, zeugt von einem absoluten Gefühl von Unverantwortlichkeit. Die Herren haben sich eben gesagt: Der Reichstag mag beschließen, wie er will, wir kommen einfach mit der alten Vorlage wieder, und dann fällt der Reichstag um. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist die Einschätzung, welche die Mehrheit des Reichstages bei der Regierung genießt. Die Mehrheit des Reichstages hat sich auf den Standpunkt gestellt: Den Eingeborenen muß eine selbständige Existenz gewährt werden, und wenn die Mehrheit sich nicht in noch nicht dagewesener Weise diskreditieren will, so muß sie auf der Ausführung ihrer Resolution bestehen und jede Bewilligung verweigern, ehe nicht der ernste und ehrliche Versuch gemacht ist, die Eingeborenen zur Niederlegung der Waffen zu bewegen. Statt dessen wird in allen Denkschriften beständig dafür Propaganda gemacht, daß den Eingeborenen sämtliches Land genommen wird. Von der Ausführung der Resolution dagegen ist keine Rede. Wenigstens aus der Denkschrift Dr. Semlers, der selbst in Südwestafrika war, hatte ich gehofft, etwas über diese Frage zu erfahren. Ob Dr. Semler selbst für diese Resolution gestimmt hat, weiß ich nicht, aber er hätte Veranlassung gehabt, darauf zu achten, ob die Regierung sich bemüht, eine Resolution des Reichstags auszuführen. Ich habe gesehen, daß auch er von neuem dafür Propaganda macht, daß den Eingeborenen das Land genommen wird. An einer Stelle der Denkschrift spricht er sein Erstaunen darüber aus, daß **die Proklamation, durch welche das Land der Witboi-**

Hottentotten als Kronland erklärt wird, noch nicht heraus sei. Und er bedauert das. (Zuruf: Wo steht das?) Ich entnehme das der gesamten Denkschrift. Als Dr. Semler in Südwestafrika war, war die Konfiskation des Landes der Witboi-Hottentotten also noch nicht proklamiert. Wohl aber wurde sie nach der Resolution des Reichstages proklamiert. Ich frage nun, ob wenigstens die Konfiskation dieses Landes inhibiert ist, ob davon Abstand genommen ist, es ebenso zu konfiszieren, wie es schon mit dem Hererolande geschehen war. Ich frage den Direktor des Kolonialamtes, ob er Bescheid darüber weiß. (Heiterkeit.) Während er sonst nickt oder mit dem Kopfe schüttelt, tut er jetzt gar nichts. (Große Heiterkeit.) Und doch ist gerade dieses die wichtigste Frage, viel wichtiger als die wunderbaren Bilanzen, die er uns vorgelegt hat. Ueber die Frage, wie die Reichsregierung sich die Beendigung des Krieges denkt, ob sie den Hottentotten ihr Land nehmen will, über diese wichtigsten Fragen schweigt der Reichskanzler und schweigt der Kolonialdirektor.

Ich will an dieser Stelle auch Verwahrung dagegen einlegen, daß in Südwestafrika nach dem Grundsatz verfahren wird: „Pardon wird nicht gegeben!" ein Grundsatz, der bekanntlich einmal für unsere Kriegsführung in China vom höchsten Kriegsherrn ausgesprochen wurde; er wurde dann zunächst auch vom General Trotha angewendet, hat aber die Billigung der Regierung nicht gefunden. Jetzt dagegen wird von verschiedenen Seiten wieder dazu gehetzt, z. B. in der Broschüre des Lehrers Otto. Soweit geht Dr. Semler nicht, aber auch er will den Eingeborenen das Land nehmen und vorläufig nur eine Ausnahme machen mit den Ovambo im Norden des Schutzgebietes, weil diese für späterhin aufgespart werden sollen. Das ist die Methode des Polyphem, der den Odysseus in seiner Höhle aufsparen wollte, um ihn zuletzt zu essen. Wir müssen entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß mit den Landkonfiskationen weiter vorgegangen wird, wir müssen Maßnahmen fordern, daß da, wo die Konfiskation bereits ausgesprochen ist — wie bei den Hereros — die Eingeborenen die Zusicherung erhalten, daß sie ausreichendes Land für ihre Existenz bekommen. Das ist das mindeste, was wir verlangen müssen. Wir sind der Ueberzeugung, daß es dann in verhältnismäßig kurzer Zeit gelingen wird, die Eingeborenen zur Niederlegung der Waffen zu bewegen.

Wenn die Sache so steht, so fällt für uns und auch für die Mehrheit des Reichstages jeder Grund fort, eine Eisenbahn in das sogenannte Aufstandsgebiet hineinzulegen. Was nun noch von der späteren wirtschaftlichen Ausnützung des Landes gesagt wird, das schiebt die Frage auf ein ganz anderes Gebiet. Damit wird die Frage aufgeworfen, ob sich auf die Dauer eine wirtschaftliche Nutzbarmachung Afrikas mit den zur Verfügung stehenden Kräften erzielen läßt. Das bestreite ich ganz entschieden. Wir haben ja unter den optimistischen Bewunderern Afrikas Männer, die behaupten, daß in Deutsch-Südwestafrika im günstigsten Falle 5000 Farmer mit Familie angesiedelt werden können, und das ist doch eine sehr geringe Bevölkerungszahl.

Der Kolonialdirektor zieht nur die Kosten der Zivilverwaltung in Betracht. Wenn man aber den Nutzwert einer Kolonie herausrechnen will, so muß man auch die Kosten der Militärverwaltung mit hineinrechnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben ja gehört, daß noch mehrere Tausend Mann in Südwestafrika bleiben müssen, und wenn der Kolonialdirektor sich der Hoffnung hingibt, daß sich da ein neues Deutschland jenseits der See entwickeln wird, so kann ich das nicht zugeben. Wir haben in Deutschland jährlich einen Bevölkerungsüberschuß von 800 000 Menschen, aber die deutsche Auswanderung wird niemals nach Deutsch-Südwestafrika gehen können. Es ist früher, als der Reichstag die jetzt geforderte Bahn ablehnte, darauf hingewiesen worden, daß man mit der Besiedlung des Landes sich auf die Gebiete beschränken müßte, die man ohne große Kosten besiedeln könne. Es ist eine grundsätzliche Verleugnung der Siedelungspolitik, wenn man jetzt abermals ganz große Gebiete besiedeln will. Der Herr Kolonialdirektor hat uns ja sehr schöne Karten überreicht, auf denen die Punkte verzeichnet sind, die besiedelt werden sollen. Es handelt sich da offenbar um die sofortige Besetzung großer Terrains, und das ist eine Politik, die wir unter keinen Umständen mitmachen können und die auch die Mehrheit des Reichstages nicht mitmachen darf. (Widerspruch rechts.) Ja, Herr Dr. Arendt, Sie waren ja damals in der Minderheit! (Abgeordneter Dr. Arendt: Glücklicherweise!) Hoffentlich werden Sie auch in der Minderheit bleiben.

Auch die Nationalliberalen sind verpflichtet, sich auf den Boden des früheren Reichstagsbeschlusses zu stellen, wenn es ihnen wirklich ernst ist mit ihren Bemühungen, dem persönlichen Regiment in Deutschland entgegenzutreten; sie haben vor einigen Wochen große schwungvolle Reden gegen das persönliche Regiment gehalten. Wir hatten keinen Grund, daran zu zweifeln, daß Sie es damit ernst meinten. Wir mußten annehmen, daß, wenn Sie — gegen Ihre sonstigen Gewohnheiten — einen so gewaltigen Anlauf nahmen, es Ihnen damit ernst sein müßte. Aber mit bloßen Reden richten Sie gar nichts aus. Wenn Sie nicht Taten zeigen, wenn Sie nicht das Budget verweigern, dann werden Sie an die Wand gedrückt, dann werden Sie quietschen müssen, wie ein früherer Reichskanzler von Ihnen einmal gesagt hat. (Heiterkeit.) Mit einigen Reden gegen „Hintertreppenpolitik" ist nichts getan; Sie müssen davon ausgehen, daß der Wille des Volkes zur Geltung zu bringen ist, soweit er durch das Parlament zur Geltung gebracht werden kann. Wir verlassen uns nicht auf Sie; dann waren wir verlassen genug. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen sich vornehmen, die Macht des Parlaments auszunützen, um das persönliche Regiment in Deutschland zu stürzen, und deshalb müssen Sie mit aller Entschiedenheit jeder Nichtachtung von Parlamentsbeschlüssen entgegentreten. Ich habe das nur feststellen wollen; irgend eine Hoffnung, daß Sie es tun werden, habe ich nicht. (Heiterkeit.) Ich hoffe aber dennoch, daß in dieser Frage die Mehrheit des Hauses auf unserer Seite stehen wird. In dieser Beziehung hat mich befremdet, daß Herr Schädler mit keinem Wort auf diese Frage eingegangen ist; ich hoffe, daß das später von anderen Zentrumsabgeordneten geschehen wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler und der Kolonialdirektor haben die deutsche Kolonialpolitik zu rechtfertigen gesucht, indem sie sagten, Deutschland müsse Kolonialpolitik treiben, um sich seine weltpolitische Stellung zu erhalten. Die Art der Kolonialpolitik, die bei uns getrieben wird, ist nicht nur nicht erforderlich zur Hebung des deutschen Ansehens, sondern sogar schädlich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unserer Kolonialpolitik fehlt jeder weite Blick. (Lachen rechts) sie ist nur eine schwächliche Imitation der Kolonialpolitik anderer Länder. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Die Kolonialpolitik der früheren Zeit ist aber durch die wirtschaftliche Entwicklung überholt worden. Früher setzten sich die europäischen Nationen in fremden Ländern zu monopolistischer Ausbeutung fest. Heute geht die weltwirtschaftliche Entwicklung dahin, aus der ganzen Welt allmählich ein großes einheitliches Wirtschaftsgebiet zu machen. Deshalb müssen reaktionäre Versuche zur Wiederherstellung einer Monopolwirtschaft scheitern. Es ist gerade die Aufgabe des Deutschen Reiches, hier bahnbrechend vorzugehen und dahin zu wirken, daß mit den letzten Resten der Monopolwirtschaft aufgeräumt wird. Hier könnte einmal das Wort des Reichskanzlers, daß Deutschland in der Welt vorangehen müsse, Geltung haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Auch wenn unsere Kolonialverwaltung sich ernstlich bemühen würde, etwas aus den Kolonien zu machen, sie würde nichts schaffen, was den Kolonien anderer Nationen an die Seite gestellt werden könnte. Aber wenn sie es auch könnte, würden wir das für ein Unglück halten. (Lachen rechts.) Abgesehen von den Besiedelungskolonien, wie Kanada und Australien, hängen allen anderen Ländern die Kolonien wie Mühlsteine am Halse. Wie sich der Kolonialdirektor einbilden kann, daß in Südafrika etwas geschaffen werden kann, was den breiten Massen der Bevölkerung zum Nutzen gereicht, ist mir schleierhaft. Selbst wenn in Südwestafrika Diamanten gefunden würden, würden davon höchstens ein paar Spekulanten Vorteil haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk hat kein Interesse, daß wir Südwestafrika halten, das uns nur Kosten und Ungelegenheiten verursacht. Es heißt, wir dürfen es nicht aus der Hand geben, weil das der deutschen Ehre schaden würde. Ach, die deutsche Ehre wird dadurch nicht geschädigt, daß man eine vernünftige Politik treibt. Es war Bismarcks größte staatsmännische Tat, daß er nach dem Kriege von 1866 den König von Preußen warnte, Böhmen zu annektieren. Möge der Fürst Bülow denselben Mut haben und Südwestafrika aufgeben, das uns nur Lasten auferlegt und dem deutschen Volke niemals zum Nutzen gereichen kann. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Parlamentarisches.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion.

In der gestrigen Fraktionssitzung widmete Genosse Singer ehrende Worte dem Andenken des so früh aus seinem Wirkungskreis gerissenen, allen Fraktionskollegen befreundeten Genossen Dreesbach. An der in Eichwalde heute stattfindenden Trauerfeier nimmt die Fraktion teil.

In die Kommission zur Vorberatung des Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wurden die Genossen Brey, v. Elm, Herzfeld, Hue und Legien gewählt. Zu Rednern wurden bestimmt für die Poleninterpellation: Bebel, über die Algeciras-Akte: v. Vollmar, über den Gesetzentwurf zur Sicherung von Bauforderungen: Haase.

Wahlprüfungskommission.

Die Wahl des Antisemiten Raab im Wahlkreise Eschwege-Schmalkalden wurde von der Kommission einstimmig für ungültig erklärt, da nach der vorgenommenen Beweiserhebung feststeht, daß die Familie des sozialdemokratischen Kandidaten Hugo öffentliche Unterstützung infolge Aufnahme seiner Frau und eines Kindes als Armer im Landkrankenhaus in Anspruch genommen hat. Nach § 3 al. 3 war danach Hugo weder zum Wählen berechtigt, noch nach § 4 des Wahlgesetzes wählbar zum Abgeordneten! Hugo hatte von allen Kandidaten die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl erhalten und wurde mit dem Kandidaten Raab, der die nächstfolgende höchste Stimmenzahl erhalten hatte, zur engeren Wahl gestellt. Raab siegte in der Stichwahl. Da aber aus den erwähnten Gründen die für Hugo abgegebenen Stimmen ungültig waren, so hätte nicht Hugo, sondern der freisinnige Kandidat zur Stichwahl kommen müssen. Diese Feststellung führte — wie gesagt — die Kommission zu dem Beschlusse, die Wahl Raabs einstimmig für ungültig zu erklären.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte in ihrer Sitzung am Mittwoch über eine Petition des Delegiertentages deutscher Bergarbeiter in Essen um **Erlaß eines Reichsberggesetzes**; im Falle der Ablehnung um Abänderung der Gewerbeordnung in dem Sinne, daß die tägliche Arbeitszeit in den Gruben auf acht Stunden, bei steigender Temperatur auf 7 bezw. 6 Stunden festgesetzt werden soll. Ferner soll das Nullen der Wagen verboten, sollen bessere Kontrollvorschriften, Beseitigung der Ueberschichten, Erteilung weiterer Rechte an die Arbeiterausschüsse, einheitliche Regelung des Knappschaftswesens usw. herbeigeführt werden.

Nach Begründung dieser Petition durch den Ueberreicher derselben, Abg. Sachse (Soz.), gab der Regierungskommissar die Erklärung ab, daß sich die verbündeten Regierungen den Forderungen der Petenten gegenüber nach wie vor **ablehnend** verhalten! Gründe für den ablehnenden Standpunkt konnte er, obwohl er hierzu aufgefordert wurde, nicht angeben. — Die Kommission beschloß, die Petition, soweit sie den Erlaß eines Reichsberggesetzes betrifft, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, soweit die Abänderung der Gewerbeordnung in Frage kommt, zur Erwägung zu überweisen.

Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter in Trier petitioniert um feste Anstellung der über 10 Jahre im Eisenbahndienst beschäftigten Handwerker und Arbeiter und um Gewährung von Pension an dieselben im Falle des Eintritts der dauernden Arbeitsunfähigkeit. — Die Kommission beschloß, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen.

Die Kreissynode Berlin, Stadt II, petitioniert um **Abänderung des § 166 des Strafgesetzbuches**: Die Beschimpfung von Einrichtungen und Gebräuchen der christlichen Kirche soll nicht mehr strafbar sein. Diese ganz vernünftige Petition wurde mit 12 gegen 8 Stimmen für „ungeeignet zur Erörterung im Plenum" erklärt, weil nach Ansicht der Mehrheit eine Begründung der Wünsche der Petentin der Petition nicht beigefügt war.

§ 63 Handelsgesetzbuchs.

Die Kommission, der der Antrag Bassermann betreffend Abänderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs (Gehaltszahlung in Krankheitsfällen usw.) überwiesen war, hat jetzt den Bericht festgestellt. Die Kommission hat einstimmig beschlossen:

1. ausdrücklich die beiden Absätze § 63 Handelsgesetzbuchs für zwingenden Rechts, mithin einen Abzug von Krankengeld für unzulässig zu erklären,
2. diese Bestimmungen auf Werkmeister, technische Angestellte und dergleichen auszudehnen,
3. die für Handlungsgehülfen geltenden Vorschriften über Konkurrenzklausel auf die Werkmeister, technische Angestellte usw. auszudehnen,
4. durch eine redaktionelle Aenderung zu § 113 der Gewerbeordnung klarzustellen, daß das Zeugnis auch für gewerbliche Arbeiter „vom Tage der Kündigung an" auf Verlangen ausgestellt werden muß.

Ferner schlägt die Kommission folgende Resolutionen vor:

1. dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die technischen Angestellten, deren Jahresarbeitsverdienst an Gehalt fünftausend Mark nicht übersteigt, ausgedehnt wird, tunlichst unter Errichtung besonderer Abteilungen, in denen die Beisitzer zur Hälfte technische Angestellte sein müssen;
2. sich mit den verbündeten Regierungen ins Benehmen zu setzen, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten der Einhaltung der den technischen Angestellten durch §§ 105a ff. der Gewerbeordnung gewährleisteten Sonntagsruhe besondere Aufmerksamkeit widmen;
3. eine Prüfung und Erwägung der Frage herbeizuführen, ob Anlaß vorliegt, die maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen in der Richtung abzuändern, daß in Zukunft auf Verlangen die Zeugnisse der kaufmännischen und technischen Angestellten im Auslande seitens der Konsulatsbehörden gebührenfrei beglaubigt werden.

Aus der Partei.

Leichenfeier für Genossen Dreesbach.

Heute Donnerstag, vormittags um 10 Uhr, findet in Eichwalde in Wittes Waldschlößchen eine Trauerfeier zum Andenken an den so plötzlich dahingerafften Genossen Dreesbach statt. Die Leiche wird dann nach Mannheim überführt.

Die in Mannheim auf Freitag anberaumt gewesene Trauerfeierlichkeit hat auf Sonntag verlegt werden müssen. Sie findet dort um ½10 Uhr vormittags im Rosengarten statt; um 11 Uhr folgt ihr die Einäscherung.

Zu der Trauerfeier in Eichwalde wurden von der Reichstagsfraktion delegiert die Genossen Berthold, Dietz, Ehrhart, Eichhorn, Geck und Sperka. Ferner wird der Parteivorstand aus seiner Mitte einen Delegierten entsenden.

Gemeindewahlen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Ronneburg haben in der dritten Wählerabteilung die sozialdemokratischen Kandidaten mit 177 und 175 Stimmen über die Gegner, die 105 und 107 Stimmen erhielten, gesiegt.

Zu einer gut organisierten Bildungsschule erledigen die Augsburger Parteigenossen gegenwärtig die Vorarbeiten.

Totenliste. Genosse Georg Bock, seit 13 Jahren Kassierer des Sozialdemokratischen Vereins München, ist gestorben. Seit einem Menschenalter hat der Verstorbene unserer Partei treu gedient.

Die Sammlungen für die „Humanité"

haben, wie das Blatt unserer französischen Genossen in seiner Montags-Nummer auf der 30. Liste quittiert, nun den Betrag von 25 042,15 Frank erbracht. Wir beglückwünschen die französischen Genossen zu diesem erfreulichen Resultat.

Demission der Administrators des „Avanti".

Rom, 26. November. (Eig. Ber.)

Wie erinnerlich, wurde bei der Entdeckung des neuesten Terni-Skandals auch ein Verdacht gegen den Administrator des „Avanti", ein ehemaliger Offizier namens Armani laut. Dieser Administrator, der kein Parteigenosse ist, sollte Notizen, die er in seiner Eigenschaft als Angestellter unseres Zentralorgans gesammelt hat, anderen mitgeteilt haben, die sie zu Börsenspekulationen benutzten. Der Parteivorstand hat sich nun in seiner gestrigen und heutigen Plenarsitzung mit dem Falle beschäftigt. Heute sollte Armani selbst gehört werden. Obwohl ihm keine unkorrekte Handlungen nachgewiesen wurden, bat Armani um seine Entlassung, in Erwartung des in der Sache schwebenden Strafprozesses. Die Entlassung wurde von Ferri bewilligt, ohne daß dadurch die Leitung des „Avanti" in irgend einer Weise die gegen ihren Administrator erhobenen Verdächtigungen bestätigt, der in der Tat keinerlei Beweismaterial gegen den in seinem Fach eminent tüchtigen Angestellten vorliegt.

Der italienische Parteivorstand und die autonomen Gruppen.

Dem neugewählten Parteivorstand der italienischen Partei war bekanntlich vom letzten Parteitag der Auftrag geworden, eine Entscheidung über das zukünftige Verhältnis der Partei zu den autonomen Gruppen zu treffen. In seiner Sitzung vom 26. November entledigte sich der Parteivorstand dieses Auftrages. Es lag eine Resolution Belloni vor, nach welcher den autonomen Gruppen drei Monate Zeit gegeben werden sollte, um sich wieder in die Parteiorganisation einzuordnen. Nach Ablauf dieser Zeit würde ihr Ausschluß aus der Partei zu erfolgen haben, wenn sie bis dahin die Wiedervereinigung nicht vollzogen haben. Ferri trat diesen Anträgen entgegen. Der Kongreß habe zwar die Einigung der Partei betont, aber die Tendenz der Toleranz und der Friedfertigkeit gegenüber den autonomen Gruppen sei vorherrschend gewesen. Es sei ferner noch zu beachten, daß es Orte gebe, wie z. B. Mailand, wo eine erzwungene Einheit der Organisation geradezu unvernünftig sei. Die Bedeutung Mailands als Parteiort rechtfertige schon allein eine Ausnahmebehandlung. Man einigte sich schließlich auf eine Tagesordnung, in welcher, nachdem nochmals die Notwendigkeit der Einheit der Partei betont ist, folgendes festgestellt wird: Die Regel soll die Auflösung der autonomen Gruppen und die Rekonstituierung einer einheitlichen Organisation sein. Die Einigungsversuche sollen, gleichgültig durch welche Gründe sie unterbrochen wurden, wieder aufgenommen werden durch ein Komitee, in welchem die Parteiorganisation und die betreffende Dissidentengruppe, sowie der Parteivorstand vertreten sind. In den Ausnahmefällen, wo die Erfahrung gelehrt hat, daß eine Einigung absolut unmöglich ist, kann der Parteivorstand der Teilung der Einheitsorganisation in verschiedene Verwaltungssektionen zustimmen. Diese haben sich aber den Entschlüssen einer, von den Sektionen proportionell ihre Mitgliederzahlen zu wählenden Zentralkörperschaft zu fügen. Die Kandidaten werden gemeinsam und zwar durch Referendum aufgestellt. Der Parteivorstand wird noch besondere Reglements hierzu ausarbeiten. Diese Resolution wurde mit 22 gegen 8 Stimmen angenommen, nachdem die Resolution Belloni mit dem gleichen Stimmenverhältnis verworfen worden war.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein Beleidigungsprozeß gegen den „Avanti".

Rom, 24. November. (Eig. Ber.)

Der „Avanti" soll schon wieder jemand beleidigt haben. Der frühere Polizeidirektor in Rom, der Quästor Guingi, hat gegen unser Zentralorgan Klage angestrengt, weil er sich durch einen Artikel über die „Bomben" getroffen fühlte. In diesem im Lokalteil erschienenen Artikel wurden die beiden Bomben im Café Aragno und in der Peterskirche in Verbindung gebracht mit den Bomben, die im Jahre 1894 in Rom verteilt worden waren. Damals handelte es sich, wie später festgestellt wurde, um Manöver eines früheren Quästors der Hauptstadt, der seinem Nachfolger Unannehmlichkeiten bereiten wollte, um wieder an dessen Stelle zu treten. Ob der „Avanti" wirklich die Absicht gehabt hat, eine genaue Parallele zwischen den damaligen und den heutigen Bomben zu ziehen und also den früheren Quästor anzuklagen, steht noch sehr dahin. Wir glauben das nicht und halten es daher für unwahrscheinlich, daß unser Parteiblatt die Antretung des Wahrheitsbeweises versuchen wird.

Verfolgungen der sozialdemokratischen Presse in Rußland. In der Moskauer Gerichtskammer wurde dieser Tage der Prozeß gegen den in Rußland bekannten Verleger S. Skirmunt, Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung „Borba" („Der Kampf"), zu Ende gebracht. „Borba" wurde in den Tagen der „Freiheiten" in Moskau herausgegeben und beim Erscheinen der neunten Nummer unterdrückt, als daselbst das bekannte Dezembermanifest des Arbeiterdeputiertenrates und der sozialistischen Parteien veröffentlicht wurde. Durch das Verdikt der Gerichtskammer wurde Skirmunt zu einer selbst für Rußland ungeheuer hohen Strafe verurteilt: **zu drei Jahren Festungshaft.** Gegen Stellung einer Kaution von 41 000 M. wurde Skirmunt vorläufig auf freiem Fuße belassen. —

Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perückenmacher-Gehülfen. Berlin. Donnerstag, den 29. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstr. 36: Extraversammlung.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zahlstelle Charlottenburg. Heute abend 9½ Uhr bei Mertens, Krummestr. 43: Mitgliederversammlung. — Zahlstelle Lichtenberg. Heute abend 9½ Uhr bei Hebel, Frankfurter Allee 181: Mitgliederversammlung. — Zweigverein Rixdorf. Heute abend 10 Uhr bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Mitgliederversammlung.

Witterungsübersicht vom 28. November 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C
Swinemde	758	NNW	3	wolkig	7	Haparanda	751	NNW	2	wolkig	—9
Hamburg	762	WNW	4	wolkenl	7	Petersburg	747	NW	1	bedeckt	—2
Berlin	760	W	3	bedeckt	7	Scilly	770	WNW	2	Nebel	10
Frankf. a. M	766	W	3	heiter	8	Aberdeen	757	SSW	2	wolkig	8
München	766	W	6	bedeckt	5	Paris	770	Still		wolkenl	4
Wien	760	WNW	5	wolkig	7						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. November 1906.

Zunächst etwas kälter, vielfach heiter bei mäßigen westlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und Regen.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 28. November. Elbe bei Aussig —,— Meter, bei Dresden — 1,39 Meter, bei Magdeburg + 1,08 Meter. — Unstrut bei Straußfurt —,— Meter. — Oder bei Ratibor + 1,04 Meter. — Neißemündung + 1,08 Meter. — Oder bei Brieg + 1,80 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 1,42 Meter.

Steppdecken

23091L*

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 2⁸⁵

Similiseide / Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4⁸⁵ 6⁷⁵ / 5²⁵ 7⁵⁰

bis zu den **feinsten Qualitäten**

Bunte Normal-Schlafdecken 1⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰

Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰

Emil Lefèvre

Spezialhaus, Berlin Süd

nur Oranienstr. 158

unterhalte **nirgends Filialen!**

Spezialkatalog mit etwa 600 Illustrationen gratis und franko.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.

(E. G. m. b. H.)

Bilanz

über das Geschäftsjahr vom 1. September 1905 bis 31. August 1906.

Aktiven.

	M.	M.
Guthaben-Konto:		
Anteil bei der Großeinkaufsgesellschaft	500,—	—
Guthaben bei derselben	339,65	—
Sparkassen-Guthaben	300,—	1 139,65
Wechselkassen-Konto	—	220,—
Kassa-Konto	—	351,82
Waren-Konto:		
Warenbestand zum Einkaufswerte	15 872,39	—
Ausstehende Forderungen	1 197,30	17 069,69
Köpenicker Vorschußverein	—	460,74
Dresdner Bank-Konto	—	5 000,—
Inventar-Konto	—	6 000,—
Summa	—	30 241,90

Passiven.

	M.
Kautions-Konto	1 381,20
Darlehens-Konto	1 600,87
Preßkohlen-Konto	295,60
Lieferanten-Konto	4 208,83
Geschäftsanteil-Konto	10 085,51
Reservefonds-Konto	1 530,49
Reingewinn	11 139,40
Summa	30 241,90

Mitgliederbewegung.

Mitgliederbestand am 1. September 1905		600
Neu eingetreten		141
		741
Freiwillig ausgetreten zum 31. August 1906	56	
Nach § 4, Abs. 3 ad d ausgeschlossen	17	73
		668
Zunahme		68

Das Geschäftsguthaben betrug am 1. September 1905	9 303,51 M.
und am 1. September 1906	10 085,51 „
Zunahme	782,— M.
Die Haftsumme betrug am 1. September 1905	12 000,— M.
und am 1. September 1906	13 360,— „
Zunahme	1 360,— M.

Die Auszahlung der Rückvergütung erfolgt für die Mitglieder in **Grünau** am Sonntag, den 2. Dezember 1906, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Franz, Köpenickerstr. 88; **Alt-Glienicke** am Mittwoch, den 5. Dezember 1906, abends 8 Uhr, im Restaurant von Heinrich Saß, Grünauerstr. 29; **Adlershof** am Sonntag, den 9. Dezember 1906, für die Mitgliedsnummern **1—250** von nachmittags 3—5 Uhr und für die Mitgliedsnummern **251 und folgende** von 6—8 Uhr abends in Paul Töpfers Restaurant, Helbigstraße.

Die vorgeschriebenen Zeiten müssen pünktlich eingehalten werden. In den Verkaufsstellen ist die Rückvergütung nicht erhältlich. Mitglieder, welche in der vorgeschriebenen Zeit zur Empfangnahme ihres Geldes nicht erschienen sind, wollen sich am **Mittwoch, den 12. Dezember 1906,** nachmittags von 3—6 Uhr, nach unserem Kontor in Adlershof, Hackenbergstr. 29, bemühen.

Das Mitgliedsbuch muß zur Auszahlung mitgebracht werden.

Adlershof, 28. November 1906. 208/6

Der Vorstand. Hermann Hildebrandt. Wilhelm Kohl. August Süske.

Unsere **erprobten** und **bewährten**

Spiritus-Glühlicht-

Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen

zu unseren Listenpreisen

erhältlich bei

W.

P. Raddatz & Co., G. m. b. H., Leipzigerstr. 122/123
Carl Haupt, Tauenzienstr. 14
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52
R. & Th. Viereck, Potsdamerstr. 65

NW.

Carl Rakenius & Co., Unter den Linden 62/63

SW.

Richard Hauer, Lindenstr. 81
O. P. Neuendorf, Blücherstr. 12
Carl Rakenius & Co., Zimmerstr. 98
H. Scholtwer, Yorkstr. 49

C.

Martin Gülzow & Co., Seidelstr. 26
Holtz & Linke, Landsbergerstr. 58

S.

Hermann Arnold, Alexandrinenstr. 110
H. Kabermann, Prinzenstr. 26
Richard Hoppach, Kommandantenstr. 60

SO.

Wilh. Krusemark, Oranienst. 205

O.

Erich Flosky, Frankfurt-Allee 102

Charlottenburg.

Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59

Centrale für Spiritus-Verwerthung

G. m. b. H. 2304L*

Ausstellungs- und Verkaufs-Lokal:

Friedrichstr. 96 **Berlin NW. 7,** gegenüber dem Central-Hotel

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Großer Posten Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang, 2,35, 3,65, 5,85. Bettvorleger, Stück 0,38, 0,84, 1,25, 1,85, 2,15, 2,65, 2,95 usw., nur so lange Vorrat. 20560R*

Fabrikmuster, echte Plüschteppiche, unbedeutende Webfehler, 15 Prozent Rabatt, nur kurze Zeit. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 20561R*

Fabrikmuster, Plüschtischdecken mit kleinen Stickfehlern, reiche Stickerei, 10 Prozent Rabatt, 6,85, 7,50, 9,85, 12,50 usw. 20562R*

Tuchportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, 3,65, 4,35, 5,25, 5,75, 6,50 usw., nur so lange Vorrat. *

Plüschportieren, Fabrikmuster, mit Querbehang, reich gestickt, 7,35, 7,85, 8,90, 9,50 usw. 20564R*

Tülldecken, Reisemuster, nur kurze Zeit, 1,85, 2,25, 2,85, 3,65, 4,35 usw. 20565R*

Steppdecken, seltene Gelegenheit, 2,85, 3,50, 4,35, 5,50, 6,50, 7,85 usw. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 20566R*

Vollständiger Ausverkauf. Zurückgesetzte Gardinen, 1—6 Fenster, bis 30 Prozent herabgesetzt, noch extra 15 Prozent Rabatt. 20567R*

Vorzlehgardinen, weiß, creme, gold und rot, Fenster 1,40, 1,85, 2,15, 2,45, 2,85 usw. 20568R*

Einmaliges Angebot: Imitierte Kamelhaardecken, jetzt Stück 3,85, schwere Schafwolldecken, jetzt Stück 6,35, wert das Doppelte. Weißenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, zweites Haus von der Koppenstraße. 20569R*

Deckbett, Unterbett, Kissen mit glattrotem Inlett 10,50, Pfandleihe Andreasstraße achtunddreißig. 20422R*

Rotrosa-gestreiftes Deckbett, Unterbett, zwei Kissen 18,00, Andreasstraße achtunddreißig. Pfandleihe. *

Bauerndeckbett, Unterbett, zwei Kissen 27,00. Große Laken 1,00. Leihhaus Andreasstraße achtunddreißig. Elektrische nach überall. *

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. ††

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Musikwerke, Sprechmaschinen. Teilzahlungen. Invalidenstraße 20. Stalitzerstraße 40. 19366R

Federbetten, Stand 10,50, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Decken, Winterpaletots, Uhren, Goldsachen spottbillig Pfandleihhaus Küstrinerplatz 7. 20675R*

Steppdecken spottbillig, Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 18428R

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5,00, Joppen von 4,50, Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Nath, Mulackstraße 14. 38b*

Gasheizsparöfen! Gasbratöfen! 7,00. Zweilochgaskocher 3,00. Gasplätteisen, Gasbügelapparat! Gasuhren 1½, Gaszuglampen! 9,00. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32.

Winterpaletots, Monatsanzüge, wenig getragene, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Fürstenzell, nur Rosenthalerstraße 10. Habe keine Filialen.

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 268/14*

Teppiche mit kleinen Webefehlern, solange Vorrat, fast für die Hälfte. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 20777R

Plüschdecken in diversen Größen und Farben mit kleinen Druckstellen kolossal billig. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 20788R

Gardinenreste, von 1 bis 3 Fenstern, sowie angeschmutzt, kolossal billig. Gardinenhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 20789R

Läuferstoffe in Jute, Cocos, Plüsch. Reste spottbillig. Teppichhaus Joseph, Rosenthalerstraße 2, am Tor. 20800R

Bekannt billigste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel, Sofas, Trumeaus, Bettstellen, reelle Matratzen. „Nur Hermann Dwinatzki", Grünerweg 81.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 20029R*

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Reelle Arbeit. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor. 17688R*

Große Divandecken 4,85, Karamani, doppelseitig 7,50, prima Plüsch 25,00. Teppichhaus Emil Lefèvre, nur Oranienstraße 158. 20022R*

Möbelangebot. Im Inhalter Bahnspeicher, Möckernstraße 25, Inhalter Innenbahnhof, direkt Hochbahnstation Möckernbrücke, stehen verschiedene Einrichtungen zum Verkauf. Darunter befinden sich hochmoderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, auch einzelne Salongarnituren, Paneelsofas, Bibliotheken, Ankleideschränke, Nußbaumbüfette, Bronzekronen, Oelgemälde, Schreibtische 28,00, Ruhebetten mit prachtvoller Divandecke 22,50, wunderschöne Säulentrumeaus 30,00, hochelegante Salonteppiche schon 14,00 bis zu allergrößten Saalteppichen, allerliebste Zimmerteppiche 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstores, Tüllgardinen, Steppdecken, Salonbilder, Standuhren, prachtvolle Plüschtischdecken 5,00, verschiedene Gelegenheiten. Uebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Konkursmassen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Versteigerung. Otto Lidekes Inhalter Bahnspeichereien. *

Manchester-Kleidung! Manchester ist in guter Qualität das beste und nobelste Zeug für Arbeiterkleidung. Es ist in Meterware als auch in fertigen Hosen, Westen, Joppen, auch in Knabenhosen und Knabenanzügen zu haben. Gewarnt wird vor billigen Qualitäten, dieselben werden blank und unansehnlich, wer aber Preise anlegt, erhält vorzügliche Qualitäten bei Herrmann Schlesinger, Turmstraße 58, 85. 19678R

Nähmaschinen! Vergütet bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte. Brauser, Tilsiterstraße 90. †34*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Puppenwagen, zurückgesetzte, spottbillig. Sommer, Wienerstraße 51. *

Nähmaschinen 10 Mark bar, wer kauft oder nachweist. Neumeister, Ramlerstraße 38. 28655

Möbelfabrik, Oranienstraße 58, direkt Moritzplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Elegantesten. Besondere Gelegenheit biete ich in verliehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Besichtigung erbeten, ohne Kaufzwang. Auffallend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Satteltaschensofa 45, Paneelsofa 55, hochelegante Plüschgarnitur 75, Säulentrumeau 29, Bettstelle mit Matratze 16, Ausziehtisch 16, Muschelspind, Vertiko 27. Gekaufte Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1523K*

Federbetten 11,00, zweischläfrig 15,00. Michel, Dresdenerstraße 38.

Hochvornehme Herrenanzüge, Herrenpaletots aus feinsten Maßstoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. *

Kinderwagen, Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte Puppenwagen spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 27106*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 19888R*

Winterpaletots, Gehrockanzüge, Damengarderoben Spottpreise, Beidenweg neunzehn. 18 2/7

Gänse! Gänse! frischgeschlachtet, äußerst billige Preise, sind zu verkaufen Samariterstraße 21. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoff. 182/17*

Säulentrumeau, großer, 45,00, Metallbettstellen, zwei hochelegante, 100,00, Ritterstraße 112 II. 182/15

Kostümröcke, direkt Fabrik, Blumenstraße 9 II. 277/11

Blusen zu Fabrikpreisen, billig, Blumenstraße 9 II. 277/10

Milchgeschäft, neu eingerichtet, eventuell Wohnungstausch, verkauft Gaudystraße 10. †62

Aquarium, 60×50, verkauft billig Rostock, Lichtenberg, Wartenbergstraße 55. †129

1100,00 kostet herrliche Parzelle inklusive Zaun, 0,20 Fahrgeld, kleine Anzahlung. Kettermann, Blumenstraße 9. 277/12

Verschiedenes.

Volkssänger-Gesellschaft Schmelzer, Gnörich, Balzé, Fennstraße 1a. *

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 91a. 927b*

Pfandleihe, Prinzenstraße 65, täglich 8—8, Sonntags bis 2. [19088R*

Rixdorf, Bruses Festsäle, Kneisebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †114*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *

Umsonst! Zementfüllungen, zahnärztliches Institut, Chausseestraße 2 B, Hof II. 269/11*

Zitherunterricht, schnell fördernd. Rabe, Britzerstraße 14. 29775*

Masseure für sämtliche Krankenkassen. Rummelsburg, Goethestraße 10a. 25385*

Wäsche wird sauber gewaschen, Freien getrocknet. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 365

Waschanstalt. Sämtliche Wäsche wird ohne scharfe Mittel sauber gewaschen. Bettwäsche, Leibwäsche, 4 Handtücher, 4 Taschentücher 0,10. Abholung Sonnabends. Brämisch, Köpenick, Glienickerstraße 31. 20855R

Vermietungen.

Wohnungen.

Cudenarderstraße 36, 37, 38, Wohnungen, monatlich von 17,00 an. Näheres beim Wirt, Nummer 37. *

Warthestraße 63—64 (Rixdorf, Bahnhof Hermannstraße) prächtige Wohnungen sofort. 2 Stuben, Küche, Bad, Balkon, Erker. Gartenwohnungen: Stube, Küche, Balkon oder Erker. Näheres Nummer 63 II.

Zimmer.

Freundliches möbliertes Zimmer, separat, 1. Dezember vermietet Katsch, Hochmeisterstraße 20. †62

Möbliertes Zimmer für 2 Herren Bärwaldstraße 48, IV, Witwe Hildebrand. 48b

Schlafstellen.

Bessere möblierte Schlafstelle, 1, auch 2 Herren, Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang, 2 Treppen links. 22805

Anständiger Schlafbursche verlangt. Straßburgerstraße 31, Hof III rechts. 270/2

Schlafstelle vermietet Hering, Lottumstraße 26, IV. †146

Freundliche Schlafstelle, Herrn, Grüner Weg 63, I links. †34*

Schlafstelle für zwei Herren, Richter, Brangelstraße 115, Hof 2 Treppen. †12

Freundliche Schlafstelle, Trebliger, Pücklerstraße 11, Quergebäude III. †12

Möblierte Schlafstelle. Naunynstraße 13, vorn IV. †12

Möblierte Schlafstelle vermietet Schnur, Pücklerstraße 19. †12

Schlafstelle für einen besseren Herrn. Frau Perzynski, Görlitzerstraße 53/54, II. 51b

Alleinmieter findet Schlafstelle. Dragonerstraße 49a, Hof II. 505

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Tüchtige Tischler für Innenausbau sucht Tischlerei Teltowerstraße 53. [58b

Arbeitsburschen, 14 Jahre alt, verlangt Kalbe, Harmonikafabrik, Gipsstraße 13. 55b

Maschinist, der Lastenaufzüge für Baumaterialien-Transport selbständig und nachweislich geführt hat, wird als Obermaschinist gegen monatlichen Gehalt gesucht. Offerten unter L. 5 an die Expedition dieser Zeitung. [49b

Tüchtiger Umdrucker für Merkantil und Bunt sofort verlangt R. Barnick, Hollmannstraße 18. 52b

Silber-Presser für Fallwerk gesucht. Metzen, Sebastianstraße 20. 182/14

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Parteigenosse,

seit Jahren in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung agitatorisch tätig, gegenwärtig als Berichterstatter angestellt, **sucht Stellung** in der Redaktion eines Parteiblattes. Offerten unter Chiffre M. 5 an die Expedition des „Vorwärts" erbeten. 30782*

Redakteur

für das lokale und gewerkschaftliche Gebiet, womöglich zum 1. Januar gesucht. Gefl. Offerten mit Gehaltsansprüchen und der Aufschrift „Redakteur" an die Geschäftsleitung der „Volkswacht", Bielefeld, Schulstr. 20, erbeten.

Bezirksinspektor

bei guten Bezügen von leistungsfähiger Gesellschaft für Lebens- und Volksversicherungen gesucht. Offerten unter J. M. 9127 befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW.** 182/11*

Arbeitersekretär-Gesuch.

Für das vom 1. April 1907 zu errichtende Arbeitersekretariat i. Königsberg i. Pr. wird ein Arbeitersekretär gesucht.

Geeignete Bewerber wollen sich unter „Arbeitersekretär-Gesuch" nebst Einsendung des Lebenslaufes und einer Abhandlung über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs bei dem Unterzeichneten bis 15. Dezember 1906 melden. 296/20

Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert.

Anfangsgehalt 2400 M.

Das Gewerkschaftskartell.

J. A.: **F. Kriese, Königsberg i. Pr.,** Lindenstr. 32/33.

Achtung, Töpfer!

Wegen Lohndifferenzen ist hiermit über die Firma

August Berndt,

Wilmersdorf, Hildegardstr. 15, die Sperre verhängt. In Betracht kommen die Bauten **Jungfr. 14/15.** in **Friedrichsberg, Schloßstr. 32** in **Steglitz** und **Kaiserstr. 6 u. 7** in Berlin. 211/11

Die Verbandsleitung.

Schlosser

auf Geldschrankbau, tüchtige Arbeiter bei dauernder Beschäftigung verlangt **Panzer,** Akt.-Ges., Badstr. 59. 277/13*

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Achtung! Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen.

Die Buchdruckerei von **E. Bartels,** Weißensee, Generalstr. 8, ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs

gesperrt.

Achtung! Präger.

Die Reklame-Kartonprägerei der Firma **M. Beck,** Kartonfabrik, Adalbertstraße 59 ist gesperrt.

Zuzug ist streng fernzuhalten!

26/5 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

Ueber die Pianofabrik **Bell & Co., Andreasstr. 32** und **Grüner Weg 79,** die unter der Firma **Neugebauer Nachf.** Arbeitswillige sucht, ist nach 14wöchigem Streik die

Sperre dauernd

verhängt. 141/16*

Zuzug streng fernhalten.

Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für Tischler:

Gärtner, Dresdenerstraße.
Völkel, Markgrafenstr. 8.
Wenkels Nachf. (Inhaber Gaul, Zielinski und Grabowski), Mariendorf, am Teltowkanal.
Seugling, Planufer 92b.

Für **Perlmutt- u. Knopfarbeiter:**

Grinot, Dresdenerstraße.
Lebach & Comp., Reinickendorf, Tegeler Weg.

Für **Kammacher, Perlmutt- und Knopfarbeiter:**

Alle Betriebe Berlins und Vororte! Arbeitskräfte werden nur vom **Arbeitsnachweise, Engelufer 15** vermittelt.

Für **Bodenleger:**

Bau **Kaiser-Allee,** Ecke Wilhelmsaue; Bau **Pariserstr. 18,** Ecke Sächsischestraße. Firma **Pumplun** (Zwischenmeister **H. Kuppig**).

Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Gesperrt sind sämtliche Bauten der Firma **Schulz Nachf., Grabowski, Gaul & Zilinski,** Mariendorf.

Bis jetzt sind ermittelt:

Bau **Stabernack,** Lichterfelde, Bahnstr. 54, Lichterfelde, Karlstraße.
Steglitz, Schönebergerstraße.
Luisenstift, Dahlem, Podbielskistraße.
Halensee, Trabenerstr. 73.
Knatz, Britz, am Kanal.
Sachse, Mariendorf, Feldstraße.
Fürstenhof, Potsdamer Platz.

Der Obmann.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Grubenbarone wollen keine Polizeivorschriften.

Zahlreiche Bergknappen kommen alljährlich infolge von Kohlen- und Steinfall ums Leben oder büßen ihre gesunden Gliedmaßen ein. Die Kritik der Arbeiterpresse, speziell der „Bergarb.-Ztg.“, die auf die viel günstigeren Unfallzahlen im Auslande hinwies, war wohl die Hauptveranlassung, daß die Regierung im Jahre 1897 eine sogenannte Stein- und Kohlenfallkommission ins Leben rief, die die Ursachen der hohen Unfallziffern in Preußen ermitteln und Vorschläge zur Begrenzung der Stein- und Kohlenfallgefahr unterbreiten sollte. Nach **acht Jahren** hatte diese Kommission, der eine Anzahl Regierungsbeamten, Bergwerksdirektoren, Vertrauensleute der Zechenbesitzer aus den Reihen der Knappschaftsältesten usw. angehörten, ihre Arbeit beendet. In der Sitzung am 19. und 20. Dezember 1905 — die vierte Sitzung, die die Kommission abhielt — wurden die „Grundsätze zur Vermeidung von Stein- und Kohlenfall“ aufgestellt. Hierbei kam es zwischen den Regierungsvertretern und den Wortführern der rheinisch-westfälischen Grubenmagnaten zu sehr bezeichnenden Auseinandersetzungen und schließlich zu einem Kompromiß, das den Wünschen der Montangewaltigen entsprach, aber mit energischer Sozialpolitik nichts zu tun hat. Nicht als ob man in der Frage der Unfallursachen und der Mittel zur Einschränkung der Unfälle uneinig gewesen wäre, das durchaus nicht. Im Gegenteil, vollständig einig war man darin, daß durch systematischen Ausbau und vor allem durch allgemeine Einführung des Spülverfahrens — Ausfüllung der durch Auslösung der Kohlen entstandenen Höhlungen — die Unfälle auf ein ganz bedeutend geringeres Maß herabgedrückt werden könnten. Aber die rheinisch-westfälischen Grubenbarone wollten die Resultate nur als Anregungen gelten lassen, unter keinen Umständen sollten sie zu — Bergpolizeiverordnungen sich verdichten. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, denn, wie in der Sitzung festgestellt wurde, werden gerade im rheinisch-westfälischen Bergbaubezirk die von der Kommission als beste Maßnahmen zur Vermeidung von Stein- und Kohlenfall empfohlenen Einrichtungen vielfach **grundsätzlich** verworfen. Und die Formulierung der Grundsätze ist schon von dem Willen der Bergherren beeinflußt. Bergwerksdirektor Morsbach erklärte klipp und klar — wir zitieren nach der amtlichen jetzt veröffentlichten Niederschrift der Verhandlungen:

„Nun liegt doch auf der Hand, daß wir bei unseren Beratungen in **ganz verschiedenem Sinne** zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen werden, **je nachdem** wir wissen, ob sie Gegenstand einer Bergpolizeiverordnung werden oder nur als gute weise Lehren . . .“

Auf den Einwand des Herrn Oberberghauptmanns v. Velsen, daß man doch **nicht zweierlei Grundsätze** haben könne, bemerkte Herr Morsbach ganz lakonisch, er halte es für **durchaus logisch**, daß man **einen Grundsatz verschieden beurteile**, je nachdem er das Objekt polizeilicher Vorschriften oder nur einen guten Rat bilden solle. Die Herren haben nichts gegen Arbeiterschutz, wenn er nur auf dem Papiere steht.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen bemerkte Geheimer Oberbergrat Meißner, er habe früher auch auf dem Standpunkt gestanden, daß der systematische Ausbau sich durch seine Vorzüge, ohne Polizeiverordnungen einführen werde. Von dieser optimistischen Anschauung sei er gründlich **kuriert worden** und zwar durch das entschieden **ablehnende Verhalten großer rheinisch-westfälischer Zechen**. Da sei es Pflicht der Bergbehörde, einzugreifen, sonst bestehe die Gefahr, daß auf den anderen Gruben, die schon die besseren Einrichtungen getroffen hätten, auch wieder Laxheit einreiße. Bergwerksdirektor Morsbach wandte sich darauf abermals scharf gegen bergpolizeiliche Regelung der Materie; man wünsche, daß die Flut von Polizeiverordnungen und Anordnungen endlich aufhöre, man **möge die Herren in Westfalen in Ruhe lassen!!!** Schließlich verlas er auch noch ein in gleichem Sinne gehaltenes Schreiben des — Bergbaulichen Vereins. Geh. Oberbergrat Meißner bemerkte darauf unter anderem:

„Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß das Oberbergamt zu Dortmund **immer nur notgedrungen** vorgegangen ist, daß es dabei die **weitgehendste Rücksicht** genommen und deshalb immer nur das gefordert hat, was ihm jeweilig notwendig erschien, daß sich aber vielfach bald herausgestellt hat, daß das noch nicht ausreichte. Ich denke da vor allem an die Verordnungen und Anordnungen zur Bekämpfung der Schlagwetter und Kohlenstaubgefahr. Hätte man schon im Jahre 1888 die Berieselung in dem heutigen Umfange vorgeschrieben, so hätte man sich allerdings eine Anzahl von Anordnungen und Verordnungen sparen können.“

Und manches Arbeiterleben wäre nicht dem Moloch Kapitalismus geopfert worden — hätte der Redner beizufügen können.

In den Worten des Oberbergrats liegt die schärfste Verurteilung der Kohlenmagnaten und der Regierung. Aus Rücksicht auf die Zechenherren hat sie mit polizeilichen Maßnahmen gegen die kapitalistische Rücksichtslosigkeit stets gezögert und dadurch die Herrschaften immer mehr in ihrem Machtgefühl und in ihrer antisozialen Gesinnung gestärkt.

Das Resultat der Verhandlungen war ein Beschluß, die aufgestellten Grundsätze den königl. Oberbergämtern **als Material zu überweisen!**

Die Kohlenmagnaten, die sogar in den Werkskolonien (den Wohnungskolonien der Bergleute) Polizei (Zechenvögte) anstellen, damit die Arbeiter auch in ihrer freien Zeit nicht der Aufsicht und Kontrolle ermangeln, sind entschiedene Feinde der Polizei, wenn diese dazu berufen sein soll, die zum Schutze von Arbeiterleben erlassenen Vorschriften zu überwachen. In der Ausbeutung der Arbeitskraft will man nicht behindert sein. Und der Widerstand, den technische Staatsbeamte den maßlosen Ansprüchen der Bergmagnaten in bezug auf Plünderfreiheit entgegensetzen, bricht innerhalb der Regierung elendiglich zusammen. Die Stein- und Kohlenfallkommission war noch ein Erbe aus der Regierungszeit Brefelds. Ueber acht Jahre vegetierte sie dahin. Nur wenn die Arbeiterpresse Neugier nach den Arbeiten der Kommission bekundete, rappelte sie sich zu einer Sitzung zusammen, um dann jedesmal für ein paar Jahre der beschaulichen Ruhe zu pflegen. Es gibt wichtigere Arbeit in Deutschland, als Arbeiterschutzbestimmungen auszuarbeiten, man muß — — **Arbeitertrutzgesetze schmieden.**

Kommt aber schließlich einmal eine Körperschaft doch zu Vorschlägen für Arbeiterschutzbestimmungen, so weicht die Regierung vor dem Protest der Unternehmer zurück, so werden die Ergebnisse der Arbeit als Material — dem Papierkorb — Pardon, dem Aktenschrank überwiesen. —

Aus Industrie und Handel.

Kohlenproduktion Deutschlands.

Die Oktoberziffern 1906 zeigen im Vergleich zum Vorjahre wiederum eine Zunahme der deutschen Kohlenproduktion. Es wurden **im Oktober gewonnen:**

	Steinkohlen To.	Braunkohlen To.	Koks To.	Briketts und Naßpreßsteine To.
1905 . .	10 794 176	4 867 841	1 492 154	1 161 015
1906 . .	12 199 665	5 320 287	1 783 420	1 333 634

Das Plus ist bei allen Sorten ganz erheblich. Dabei ist zu berücksichtigen, daß auch im Vorjahre schon mit Hochdruck gearbeitet wurde, schon damals die Klagen über Arbeitermangel und Ueberanspannung aller Produktionskräfte an der Tagesordnung waren. Wie enorm die Zunahme der Erzeugung ist, geht deutlicher aus einem Vergleich der Fördermenge in der Zeit von Januar bis November in den verschiedenen Jahren hervor. Wir machen darüber folgende Aufstellung. Es wurden produziert:

	1902	1903	1904	1905	1906	in 1906 mehr gegen 1902 in %
Steinkohlen . . .	88 653	96 778	99 277	99 951	114 273	28,9
Braunkohlen . . .	34 959	37 404	39 670	42 438	46 098	31,9
Koks	7 474	9 507	10 166	12 366	16 720	123,7
Briketts und Naßpreßsteine . . .	7 534	8 612	9 411	10 589	12 066	60,1

In vier Jahren eine Steigerung der Brennmaterialien-Förderung um fast 30 Proz., das ist eine gewaltige Entwickelung. Wie die Ziffern zeigen, ist die Braunkohlenindustrie im Entwickelungstempo dem Steinkohlenbergbau vorangeeilt. Außergewöhnlich groß ist die Zunahme der Koserzeugung; das Plus beträgt das Vierfache der Produktionsvermehrung der Brennmaterialien. Die Eisenindustrie geht immer mehr zum Verschleiß von Koks über, teils aus technischen, teils auch aus wirtschaftlichen Gründen und für die Zechen wirkt die Aufnahme der Koksgewinnung sehr günstig auf die finanziellen Ergebnisse der Unternehmen ein. Beim Koks ist noch mehr zu verdienen, als beim reinen Kohlengeschäft. Daß die Verfeuerung von Briketts stärkere Ausbreitung gefunden hat, daß der Steinkohle von dieser Seite speziell für Hausbrand eine beachtenswerte Konkurrentin erwächst, das geht aus den vorstehenden Ziffern ebenfalls hervor. Die Brikettterzeugung ist mehr als doppelt so stark gewachsen, wie die Förderung von Steinkohlen. Leider ist dabei für die Konsumenten nichts zu erwarten, denn daß die Konkurrenz nicht in den Preisen in Erscheinung kommt, dafür ist schon gesorgt

---

Der Bremische Senat legt der Bürgerschaft ein umfangreiches Projekt vor für einen Industrie- und Handelshafen und die Anlage einer Verbindungsbahn zwischen dem Holz- und Fabrikhafen und der preußischen Staatsbahn mit der Einmündung bei Oslebshausen. Die Gesamtkosten des Projektes sollen 18 Millionen betragen. Der Senat beantragt die Genehmigung des Projektes und Bewilligung von 12 909 000 M. dafür.

Der dänische Zolltarif hat jetzt seine erste Lesung im Folkething, dem dänischen Unterhause, vollendet und ist einer Kommission von 15 Mitgliedern übergeben worden. Wie man weiß, hatte der Finanzminister Wilhelm Lassen von vornherein betont, daß die Regierung etwaige Abänderungswünsche, die vom Parlament geltend gemacht würden, wohlwollend prüfen werde. Solche Wünsche sind nun in der Tat, wie der Handelsvertragsverein mitteilt, in nicht unbeträchtlichem Umfange geltend gemacht worden. Vor allen Dingen werden von freihändlerischer Seite eine Anzahl der in dem Tarifentwurf vorgeschlagenen Zollerhöhungen auf Fabrikate und Genußmittel lebhaft beanstandet. Die Kommission wird den freihändlerischen Wünschen zweifellos in sehr vielen Fällen entsprechen, und das Folkething wird voraussichtlich die von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen akzeptieren. Anfang nächsten Jahres kann dann der Entwurf dem Landsthing (Oberhaus) übergeben werden. Eine Kommission des Landsthing wird dann den Entwurf nach den konservativen und mehr schutzzöllnerisch gerichteten Ansichten des Oberhauses ändern und einer aus den beiden Häusern zu bildenden gemischten Kommission ist es vorbehalten, ein Kompromiß zwischen den Forderungen der Oberhaus- und der Unterhaus-Majorität zustande zu bringen.

Schutzzöllnerische Bestrebungen beschränken sich in Dänemark hauptsächlich auf einige Zweige der Industrie. Beispielsweise bekämpfen die Zucker- und die Papierindustrie die Herabsetzung der Zölle auf Zucker und Papier, die sich gegen die in diesen Branchen erfolgten Syndikatsbildungen richtet. Auch sonst sind eine Anzahl industrieller Erwerbszweige in Dänemark protektionistisch angehaucht, namentlich sofern ihnen die deutsche (und auch englische) Konkurrenz auf dem Inlandsmarkte lästig wird.

Klosetfirma als Getreidelieferant für die hungernden russischen Bauern. Kaum war der Krieg zu Ende, und es stellte sich heraus, daß der „verdienstvolle“ Leiter der Roten Kreuz-Gesellschaft, Kammerherr Alexandrowskij, der „geschickte“ Diplomat und Rußlands Vertreter in Ostasien, Staatsrat v. Powlow und andere mehr, in geradezu frivoler Weise viele Millionen Rubel verschleudert haben und trotz der energischsten Mahnungen bis jetzt noch keine Rechnungen abzugeben in der Lage sind. Jetzt werden wieder verschiedene peinliche Angelegenheiten, betreffend die Verschleuderung von Volksgeldern bekannt, an die sich die Namen der in Rußland allmächtigen Personen knüpfen, die aber trotz der nachweisbaren Schandtaten ruhig auf ihrem Posten bleiben. Zu solchen Persönlichkeiten gehört Exzellenz Gurko, der Gehülfe des Ministers Stolypin, er hat zwei Millionen Mark von der Rentei entnommen, und diesen Betrag der Klosetfirma Lickwal übergeben, damit diese — Getreide in die von „Mißwachs“ betroffenen Gouvernements liefere. Ist es in Rußland an und für sich nicht angebracht, daß bei Getreidelieferungen für die russische Regierung Vorschüsse, geschweige denn in einer Höhe von zwei Millionen Mark, gezahlt werden, so ist in dem vorliegenden Falle um so auffälliger, daß der Hunger der russischen Bauern von einer Klosetfirma gestillt werden soll, die sich auch niemals mit Getreidelieferungen befaßt hat und sich offenbar auch jetzt nicht mit einem solchen Auftrag abzufinden weiß, da bisher so gut wie gar nichts geliefert worden ist. Allerdings wollen böse Zungen in Petersburg wissen, daß es sich bei diesem „mildtätigen“ Vorgehen von Exzellenz Gurko um cherchez la femme handelt. Sei dem wie ihm wolle, Tatsache bleibt, daß Exzellenz Gurko trotz der öffentlich gegen ihn erhobenen Anklagen auch nicht die geringsten Vorkehrungen trifft, seine unqualifizierbare Handlungsweise wenigstens einigermaßen gut zu machen. Im Gegenteil: er läßt es sogar darauf ankommen, daß die betreffenden Semstwos und sonstigen Interessenten Nachforschungen nach dem längst bezahlten aber nicht gelieferten Getreide anstellen. Um so fleißiger sind indessen die Helfershelfer Exzellenz Gurkos bezieungsweise die der Klosetfirma Lickwal, die schon jetzt an einem raffinierten Plan arbeitet, wonach zuguterletzt die Getreidelieferung in Höhe des erhaltenen Betrages auch stimmen wird, wiewohl die hungernden russischen Bauern von diesem Getreide auch nicht ein Körnchen genießen werden.

Tabakmonopol. In einer Konferenz, die soeben in Zarskoje Selo stattfand, wurde ein vom russischen Finanzministerium in aller Stille ausgearbeitetes Projekt für die Einführung des Tabakmonopols in Rußland erörtert. Aus den zahlenmäßigen Angaben, die, wie die Anhänger dieser Projektes besonders hervorhoben, vorsichtshalber überaus niedrig gegriffen sind, ergibt sich demnach ein sehr hoher Ueberschuß zugunsten der russischen Regierung. Um die Durchführung dieses Tabakmonopolprojektes zu erleichtern, soll die russische Regierung erklären — natürlich nur versprechen — daß der Ueberschuß lediglich zur Versorgung der Witwen und Waisen des russisch-japanischen Krieges verwendet werden soll. Nunmehr soll dieses Tabakmonopolprojekt der Begutachtung des russischen Ministerrats anheimgestellt werden.

Soziales.

Einschränkung des Postverkehrs am Sonntag.

Postnachnahmesendungen werden vom 1. Dezember ab an Sonn- und Feiertagen nicht mehr zur Einlösung vorgezeigt. Ausgenommen sind solche mit dem Vermerk „Durch Eilboten“ oder „Postlagernd“ versehene.

Ueber den Wert von Laien-Gutachten über Leistungen und Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten

hat das Reichs-Versicherungsamt in einer jetzt vom Reichs-Versicherungsamt veröffentlichten Revisionsentscheidung vom 5. März 1906 sich folgendermaßen ausgesprochen.

Das Schiedsgericht hat die bei den Akten der Versicherungsanstalten befindlichen Erklärungen des Arbeitgebers unberücksichtigt gelassen. Darin liegt ein ebenso wesentlicher Mangel des Verfahrens, wie wenn ein ärztliches Gutachten unberücksichtigt bleibt, da jene Erklärungen, wenn sie zutreffend sein sollten — und das Gegenteil steht nicht fest —, geeignet sein würden, erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der Begutachtung der Klägerin durch den Arzt S. zu begründen. Wenn das Schiedsgericht von der Erwägung ausgegangen sein sollte, die es den Beweisanträgen der Klägerin entgegengesetzt hat, daß die Vernehmung von Laien in ärztlichen Dingen überflüssig sei, so ist diese Erwägung unrichtig. Denn einmal ist die Hauptaufgabe der Aerzte, körperliche Zustände zu ermitteln, nicht aber deren Einfluß auf die Erwerbsfähigkeit abzuschätzen; diese Abschätzung ist vielmehr an letzter und entscheidender Stelle Sache des Gerichts, und dafür können die Anschauungen von Laien, die mit den persönlichen Verhältnissen des Versicherten vertraut sind, an sich von hohem Werte sein. Sodann aber gibt es zahlreiche Gruppen von körperlichen Schäden, deren Bedeutung für die Erwerbsfähigkeit mit den Erkenntnismitteln der ärztlichen Wissenschaft überhaupt nicht zuverlässig festgestellt werden kann, weil sie von der vorhandenen Geschicklichkeit, Willenskraft, Ausdauer, Arbeitslust, Gewissenhaftigkeit und anderen seelischen Verhältnissen abhängt, die sich der ärztlichen Wahrnehmung zum größten Teil entziehen. Das gilt in besonderem Maße für angeborene oder in früherem Alter erworbene Bildungsfehler, wie deren einer hier in Frage kommt. In solchen Fällen wird das Urteil eines verständigen, mit den Verhältnissen vertrauten Laien unter Umständen sogar wertvoller sein als dasjenige des Arztes, der den Versicherten nur von der ärztlichen Untersuchung her kennt und bei seiner Betätigung im Arbeitsleben nicht hat beobachten können.

Die Vorentscheidung war daher aufzuheben. Das Schiedsgericht wird die Sache erneut zu prüfen haben. Dabei ist zu beachten, daß das Gericht von den Zeugen, ebenso wie von den Aerzten, in erster Linie Tatsachen zu erfahren trachten und seinerseits die mitgeteilten Tatsachen beurteilen, Urteile von Zeugen und Sachverständigen dagegen nur soweit übernehmen soll, wie es wegen eigener Sachkunde unvermeidlich ist. Unter diesem Gesichtspunkte wird die Erklärung des Gutsvorstandes vom 14. Oktober 1904 nicht unmittelbar zu vertreten sein, sondern nur die Grundlage zu weiterer genauer Aufklärung darüber zu bieten haben, was die Klägerin im einzelnen bisher tatsächlich geleistet, welche Arbeitszeit sie einzuhalten vermocht, inwiefern sich ihr Unvermögen zu schwererer Arbeit gezeigt hat. Denn es ist allerdings eine häufig gemachte Erfahrung, daß schwächliche, verwachsene und anscheinend nur sehr beschränkt arbeitsfähige Personen tatsächlich ein nicht unerhebliches Maß von Arbeitsfähigkeit besitzen, und es ist aus den Akten nicht zu ersehen, weshalb die Klägerin jetzt weniger erwerbsfähig sein sollte als zu der Zeit, da Beiträge für sie entrichtet worden sind.

Von dem Rückzug eines Pastors der Fürsorgeerziehung.

In den Nummern 89, 95, 99 und 105 des „Vorwärts“ hatten wir einige flagrante Fälle zur Beleuchtung der Geist und Körper von armen Fürsorgezöglingen abträglichen „Fürsorge“ aus dem „Erziehungs“bereich des Pfarrers Rohr in Sieversdorf, Kreis Neu-Ruppin, veröffentlicht. Das „Reich“ und deren schwesterliche „Staatsbürger-Zeitung“ hatten die Richtigkeit der von uns geschilderten Art von Behandlung einiger armer Fürsorgezöglinge durch den Pfarrer Rohr in Abrede und uns eine Klage des Fürsorge-Pfarrers in Aussicht gestellt. Wir baten dringend um Anstellung der Klage und konnten mit Genugtuung konstatieren, daß das vom Pfarrer Rohr angewendete Erziehungssystem auch auf dem Fürsorgekongreß aufs entschiedenste verurteilt wurde. Der Pastor erfreute uns dann durch Stellung einiger am 2. Mai und 15. Juli der Staatsanwaltschaft zugegangener Strafanträge. Unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Weber, wurde auch in Verfolg dieser Anträge am 3. Oktober vor Gericht vernommen. Er hielt die von uns erhobenen Anklagen in vollem Umfang aufrecht und erklärte, er werde nach Erhebung der öffentlichen Anklage im Termin vollen Beweis für die Wahrheit unserer Schilderungen antreten, zu deren Veröffentlichung der „Vorwärts“ im öffentlichen Interesse, insbesondere der Abwendung ähnlicher Fürsorge anderen Zöglingen gegenüber so berechtigt wie verpflichtet war. Dem Termin sahen wir mit voller Ruhe und Freude entgegen. Leider ist die öffentliche, gerichtliche Klarstellung des Rohrschen Systems durch ihn selbst vereitelt. Die Staatsanwaltschaft hat dem Genossen Weber mitgeteilt, daß der Pfarrer seine Strafanträge zurückgezogen hat und daß darauf das Strafverfahren wider Weber eingestellt ist. Das ist im Interesse einer endlichen Besserung der preußischen Fürsorge lebhaft zu bedauern. Dies Bedauern wird noch dadurch vermehrt, daß die Staatsanwaltschaft als den Pastor Rohr zur Rücknahme der Strafanträge bestimmenden Grund den mitteilt, daß ein den Pastor Rohr selbst betreffendes, von der Staatsanwaltschaft in Neu-Ruppin eingeleitetes Strafverfahren nach umfangreicher Beweisaufnahme durch die Annahme erledigt ist, dem Pastor falle eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts gegenüber Fürsorgezöglingen nicht zur Last. Was in den uns unbekannten Akten der Ruppiner Staatsanwaltschaft „festgestellt“ ist, ist für die Kennzeichnung des Rohrschen durch unsere Veröffentlichungen illustrierten Systems völlig irrelevant. Es ist die Einstellung des Strafverfahrens im Interesse der armen ohne ihr Verschulden der Fürsorgeerziehung überwiesenen Kinder und im Interesse des Aufrufens der Oeffentlichkeit gegen ein System tief zu bedauern, das die Arbeitskraft unschuldiger Kinder im agrarischen Interesse ausbeutet und diese dem geistigen und sittlichen Ruin zuzuführen geeignet ist, während ein wirkliches Fürsorgesystem auf Hebung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten der Fürsorgezöglinge abzielen sollte.

Aus der Frauenbewegung.

Unsere Forderungen an die Kommune.

Ueber „Unsere Forderungen an die Kommune“ referierte Genossin Klara Weyl am Montag im „Neuen Klubhaus“ in einer von den Genossinnen einberufenen öffentlichen Versammlung. An der Hand reichhaltigen Materials führte Rednerin folgendes aus: Alter Grundsatz unserer Stadtväter ist es: Die Frauen haben in der Gemeinde zu schweigen! Wir aber sagen, die Frauen sind genau so wie die Männer an den Fragen, die in das Leben und Treiben der gesamten Bevölkerung einschneiden, interessiert, in vielen Fällen sogar in hervorragenderem Maße. Die arbeitende Frau hat genau so wie der Mann Steuern zu entrichten. In der Kommune werden allerdings auch die Männer nicht mit gleichem

Maße gemessen, haben wir doch ein Geldsackparlament, welches Minderbegüterten weniger Rechte einräumt, wie den Besitzenden. Wir finden das ungerecht und fordern das gleiche, allgemeine Wahlrecht. Da in Berlin die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen, hält es doppelt schwer, sozialdemokratische Vertreter in das Stadtparlament hineinzubekommen. Weil die Arbeiterschaft zu wenig Vertreter in der Kommune hat, bleiben die bestehenden Einrichtungen weit hinter berechtigten Ansprüchen zurück. In erster Linie sind es die Krankenhäuser, welche lange nicht allen Anforderungen der modernen Hygiene entsprechen. Die Forderung der Sozialdemokraten, nur geschulte Wärter und Wärterinnen einzustellen, ist vollkommen berechtigt, wenn man in Betracht zieht, daß Leute, welche heute noch irgend eine schwere Handarbeit verrichten, morgen als Krankenwärter schwerkranke Menschen pflegen sollen. Allerdings hat man derartige Kräfte bedeutend billiger, wie geschultes Personal. Ein großer Uebelstand ist es, daß Männer, welche nicht imstande sind, Krankenhauskosten sofort zu begleichen, bis zur endgültigen Abzahlung das Wahlrecht verlieren. Vor Eröffnung des neuen Virchowkrankenhauses ist es vorgekommen, daß Kranke ganze Tage lang von einem Krankenhaus zum andern fahren mußten, weil nirgends Unterkommen zu finden war. Genau so mangelhaft verhält es sich mit den Heimstätten für Genesende. Keine Seltenheit ist es, daß eine Zeit von 7—8 Wochen und noch länger verstreicht, bis der Kranke aufgenommen werden kann. Lungenkranke, welche bei schleuniger Aufnahme in eine Anstalt noch zu retten wären, gehen durch zu langes Hinzögern vollständig verloren. Jungen Müttern, welche nach überstandenem Wochenbett fortgeschickt werden sollten, ist es passiert, daß sie 4 Wochen warten mußten, und dann auf die Erholung ganz verzichteten, denn sie hatten sich, des Wartens müde, wieder anders eingerichtet. Auf diese Weise scheint es auch erklärlich, daß die vorhandenen Fonds nicht aufgebraucht werden.

Eine sehr wichtige Forderung ist die Beschaffung von Kinderkrippen und Kindergärten. Wo Vater und Mutter tagsüber außer dem Hause ihrer Beschäftigung nachgehen müssen, wäre es eine wahre Wohltat, wenn sie die Kleinen sicher untergebracht wüßten. Die bestehenden, privaten Anstalten genügen lange nicht, um alle die Kinder aufzunehmen, welche, sich selbst überlassen, den Tag über die Straße bevölkern und so Schaden nehmen an Leib und Seele. Freidenkenden Eltern paßt auch der Religionszwang in diesen Anstalten nicht. Eltern, welche ihre Kinder sogenannten Ziehmüttern übergeben, sind auch keinen Augenblick sicher, daß ihre Lieblinge gut behütet sind.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Frauen ist es nun, unentwegt von der Kommune die Errichtung entsprechender Anlagen zu verlangen. Die vorhandenen Kindergärten müßten entsprechend ausgebaut werden.

Einen Fortschritt bedeuten die bereits vorhandenen Fürsorgestellen für Säuglingspflege. Infolge eifriger Propaganda der Genossinnen sind diese gegen früher stark in Anspruch genommen. Den sozialdemokratischen Stadtverordneten ist es auch zu verdanken, daß Prämien (monatlich bis zu 25 M.) an stillende Mütter gezahlt werden. Hierdurch ist es Arbeiterfrauen ermöglicht, sich ihren Kindern zum Segen für die heranwachsende Generation voll und ganz zu widmen. Ein wichtiger Zweig der Betätigung hat sich den Frauen in der Waisenpflege erschlossen. Wo es sich um die Kleinsten handelt, beweist nur die Frau das richtige Verständnis. Leider räumt man den Frauen viel zu wenig Bewegungsfreiheit ein. Man läßt dieselben wohl recherchieren, aber als Helfende kann sie sich den Pflegeeltern nie zeigen. Ebenso verhält es sich in der Armenpflege, angeblich fürchtet man die zu offene Hand und das weiche Herz der Frau. Ein Armenvorsteher meinte einmal auch, im Beisein von Damen müsse man sich bei der Behandlung heikler Dinge zu sehr beherrschen. Heikle Dinge lassen sich in ernster und würdiger Weise aber doch auch mit Frauen verhandeln. Dort, wo Frauen in der Armenpflege tätig sind, höre man nur Lob. Dieselben guten Erfahrungen würden die Verwaltungen von Siechenhäusern, Hospitälern und Altersversorgungsanstalten machen, wenn man nur die Frauen zur Mitarbeit heranlassen wollte.

Auch in der Schulfrage bezeugen die Frauen größeres Interesse wie die Männer. Bei der Bewilligung freier Lehrmittel ist man außerordentlich sparsam. Das Schularztsystem bedarf des weiteren Ausbaues. Die Kinder sollten in dauernder Behandlung bleiben. Auch sollte bei der Wahl eines Berufes der Schularzt zu Rate gezogen werden. Des weiteren fordern wir, daß kränkelnde Kinder auf Kosten der Kommune in Ferienkolonien untergebracht werden.

Der Fortbildungsschulbesuch sollte obligatorisch auch für Mädchen eingeführt werden.

Für die städtischen Arbeiter ist in letzter Zeit auf Anregung unserer Genossen mancher nennenswerte Vorteil herausgesprungen. So hat sich der Tagelohn der männlichen Arbeiter von 3,00 auf 3,50 M. erhöht. Für die Arbeiterinnen ist er von 1,25 auf 2,50 M. gestiegen. Die städtischen Arbeiter haben zudem eine gute Organisation, welche viel dazu beiträgt, das Selbstbewußtsein zu wecken. Bei den weiblichen Angestellten mangelt es darin noch sehr stark. Nach unserem Programm soll die Gemeinde den Kreis der Arbeiten in eigener Regie möglichst erweitern. Es könnten z. B. Frauen, welche kleine Kinder haben, für einige Stunden beschäftigt werden, zur Anfertigung von Erzeugnissen, welche heute Privatunternehmer als Heimarbeit herstellen lassen.

Leider hat die Frau nicht das Wahlrecht, um selbst in der Kommune nach dieser Richtung zu wirken, deshalb muß sie den Mann anstacheln, nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, welche auch wirklich für das Wohl der besitzlosen Klasse eintreten. Dem Vortrag, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine rege Diskussion im Sinne des Referats.

Als Delegierte zum preußischen Parteitag wurden die Genossinnen Baader, Reichert und Steinkopf gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Handelsstätte Belleallianee, Durchgang auch Lindenstr. 101), wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

F. J. 24. Ist der Betreffende ausgeschlossen, so hat er keinen Anspruch, sonst hat er Anspruch auf Gewinn, auch wenn er die fälligen Raten nicht bezahlt hat. — **F. M. 110.** 1. und 2. 100 000. 3. Von Bülow. — **A. H. St. Ja.** — **G. B. 3581.** 1. Ja. 2. 50 Pf. 3. Nein. Sie befinden sich im Irrtum, die Mietssteuer ist für 05 und 06 mit je 50 Pf. zu zahlen. — **A. 955.** Ihr Mann ist nicht verpflichtet, Sie sind infolge Ihrer Erklärung zur Zahlung verpflichtet. Aber wo nichts ist, kann man nichts holen. Lassen Sie es also auf eine Klage ankommen. — **E. A. 36.** Wenden Sie sich an einen Münzenhändler. (Adreßkalender.) Der Wert richtet sich unter anderem danach, wie die Stücke erhalten sind. — **A. K. 114.** Da das Urteil rechtskräftig geworden ist, würde höchstens der Weg der Wiederaufnahme versucht werden können, wegen desselben müßten Sie sich an einen Rechtsanwalt wenden. — **K. Ja.** — **Siebert 4.** Ohne Zustimmung der Gesellschaft sind Sie zur Lösung des Vertrages nicht berechtigt. — **M. H. 95.** Wenden Sie sich an Ihren Wahlverein. — **W. O. W. 4.** Beantragen Sie bei dem Amtsgericht Zwangsvollstreckung. — **5 H. T.** Wer Hebamme werden will, wende sich an das Polizeipräsidium, dann wird die Kandidatin zum Arzt gesendet. Dort findet Vorprüfung im Hören, Sehen, Rechnen usw. statt. Dann wird die Kandidatin in die Kandidatenliste eingetragen. Später wird Sie zum Kursus in der Charité einberufen, dieser dauert 6 Monate und kostet 300 M. Dann erfolgt die Hebammenprüfung, darauf die Anstellung als Hebamme. Wer älter als 30 Jahre ist, wird nicht angestellt. Bei der Ueberfüllung kann man auf mindestens 3 Jahre Wartezeit rechnen, so daß es sich für diejenigen, die älter als 27 Jahre sind, nicht empfiehlt, sich zu melden. — **Bad Neuenahr.** 1. Ein Heimatsschein ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. Sie erhalten ihn durch die Heimatsbehörde Ihres Wohnsitzes. 2. und 3. In beiden Fällen müßten Sie sich wegen eines Passes, der an sich nicht erforderlich ist, an die Polizeibehörde und an die Militärbehörde (Bezirkskommando) wenden. — **Z. Pr. Ort.** 1. Ja. 2. Schöneberg. 3. Nein. — **2889.** 1. Sie müssen nachzahlen. 2. Sie haben kein Recht auf Aushändigung des Kindes. 3. Das Gericht entscheidet von Fall zu Fall. 4. Nein. 5. Nein. — **A. P. 81.** Die Ordnung ist gültig. 2. Einen Stand der Intelligenz gibt es nicht. — **W. A. 100.** Eine solche Vereinigung besteht nicht. Es steht Ihnen frei, in den Zahlabenden und in den Vereinsversammlungen derartige Dinge zur Sprache zu bringen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 29. November.

Anfang 7½ Uhr.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Neues Operntheater. Geschlossen.
Deutsches. Das Wintermärchen.
Westen. Der Schmetterling.
Lortzing. Undine.

Anfang 8 Uhr.

Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel.
Kleines. Die Feinde.
Lessing. Hedda Gabler.
Berliner. Sherlock Holmes.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der Hochtourist.
Neues. Die Condottieri.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Residenz. Triplepatte.
Lustspielhaus. Husarenfieber.
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.
Thalia. Eine lustige Doppelehe.
Luisen. Sherlock Holmes.
Bernhard Rose früher Carl Weiß. Die neue Welt.
Trianon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Apollo. Spezialitäten.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kasino. Die beiden Champignol.
Folies Caprice. Serenissimus August XXVI. — Das Modell. — Das Provinzmädel.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Sizilien.
Im Hörsaal 6 Uhr: Schwämme und Nesseltiere.
Im Hörsaal 8 Uhr: Gegenseitige Hülfe in der Entwickelung.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Sherlock Holmes.
Freitag und Sonnabend: **Die Cameliendame.**
Sonntag: **Sherlock Holmes.**

Theater des Westens
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Donnerstag, Anfang 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
Der Schmetterling.
Fritz Werner a. G.
Freitag: **Der Schmetterling.**

Neues Schauspielhaus
Donnerstag, den 29. November:
Die Hochzeitsfackel.
Freitag: **Die Hochzeitsfackel.**
Anfang 8 Uhr.

Zentral-Theater.
Abends 8 Uhr:
Tausend und eine Nacht.
Operette in 3 Akten v. Johann Strauß.
Freitag: Vogelhändler.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater abends 8 Uhr: **Sizilien.**
Im Hörsaal 6 Uhr: **Schwämme und Nesseltiere.**
Im Hörsaal 8 Uhr: **Gegenseitige Hülfe in der Entwickelung.**

Zoologischer Garten
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Condottieri.
Morgen und folgende Tage:
Die Condottieri.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Zum **126.** Male:
Ein idealer Gatte.
Freitag: **Die Feinde.**
Sonnabend: Zum 127. Male: **Ein idealer Gatte.** Sonntagnachm. 3 Uhr: **Nachtasyl.** Abends 8 Uhr: **Die Feinde.**

Komische Oper.
Donnerstag:
Hoffmanns Erzählungen.
Anfang **8** Uhr.
Freitag: **Die Bohème.** Sonnabend: **Lakmé.** Sonntagnachm. 3 Uhr: **Hoffmanns Erzählungen.** Abends: **Lakmé.**
Montag: **Carmen.**

Lortzing-Theater.
Belleallianeestr. 7/8.
Donnerstag, 29. November, 7½ Uhr:
Undine.
Abonnements gültig.
Freitag: **Die Regimentstochter.**
Sonnabendnachm. 3 Uhr: 1. Kinder-Märchenvorst.: **Peter und Paul reisen ins Schlaraffenland.**

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Husarenfieber.
Sonnabendnachm. 3½: **Gänseliesel.**

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage, 8 Uhr:
Triplepatte.
Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard und André Godfernaux.
Vicomte Robert de Houdan: Richard Alexander.
Sonntagnachm. 3 Uhr: **Der Stellvertreter.**

Bernhard Rose-Theater
Große Frankfurterstr. 132.
Die neue Welt.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten aus dem amerikanischen Volksleben von H. Kitzling.
Morgen und folgende Tage: **Die neue Welt.**
Billettvorverkauf für 8 Tage vorher an der Theaterkasse u. bei Wertheim.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Aufzügen von Friedrich Schiller.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Hoffnung auf Segen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Verschwörung des Fiesko zu Genua.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.
Schwank in 3 Akten von Kurt Kraatz und Max Neal.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: **Mathias Zollinger.**
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Hochtourist.

Palast-Theater. Burgstraße 24. | **Prater-Theater.** Kastanien-Allee 7/9.
Massen-Vorstellungen
— von erstklassigen Spezialitäten vom 1. bis 31. Dezember 1906 —
arrangiert von der
Internationalen Artisten-Loge. E. V. Berlin.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr. 182/13*

Zirkus Schumann
Heute Donnerstag, 29. d. M., abends präz. 7½ Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm.
U. a.: Die jugendliche Schulreiterin
Frl. **Dora Schumann.**
Mr. Henricksens einzig dastehende
größte Tigergruppe
wilde Dressur
Mons. Guichenot, Ober-Bereit. d. Zaren.
Die 5 Könige der Luft
Les 5 Alex.
Les 5 Piroscoffis
Dir. Alb. Schumanns anerkannt unerreicht dastehende Original-Schul- und Freiheitsdressuren.
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-Pantomime: **Ein**
Tag in Monte Carlo.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Heute Anf. 7½ Uhr:
Sherlock Holmes.
Freitag: Die Hochzeit von Valeni.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Zum **101.** Male: Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp. **Im wilden Westen.** Herr Hauptmann v. Köpenick.
Sonnab. nachm. 3½ Uhr, kl. Preise: **Die Reise durch's Märchenland.**
Sonntagnachm. 3 Uhr, halbe Pr.: **Ueber'n großen Teich.**

Metropol-Theater
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Massary. Wolff. Bender. Giampietro. Josephi.
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 2. Dez., nachm. 3 Uhr: Ermäßigte Preise
Auf in's Metropol.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Hausfreund.
Sonntagnachm.: Ihr zweiter Mann.

Zirkus Busch.
Donnerstag, 29. Dez., ab. 7½ Uhr:
ROM. Gr. Origin.-Ausst.-Pantomime d. Zirkus Busch in 7 Bildern.
Bes. hervorzuh.: Radium-Ballett. Die großen Kampfspiele i. Zirkus Caligula. Die Todesfahrt über die gesprengte Brücke. Phant. Allegorie in feenhaften Licht- und Wasserspielen. — Ferner:
Nur noch 2 Tage:
Monsieur Romeos
Staunen erregende
Automobilexperimente.
Ueberfahren
mit einem 70 PS. Fiat-Automobil
(Gew. 30 Zentner u. 4 Insassen.)

Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.
Sonntag, den 2. Dezember 1906:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Koppel-Ellfeld.
Anfang 7½ Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Der Trompeter von Säckingen.
Werner Kirchhofer: Dir. Robert Dill.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Freitag: **Der Müller und sein Kind.**

Passage-Theater.
Anfang: Abends 8 Uhr.
Josefine Dora — Mary Irber — Georg Kaiser — Damen-Jiu-Jitsu
und 14 erstklassige Nummern.
Sonnabend, 1. Dez.: **Premiere**
Berlin paß' auf!
Zweiaktige Burleske aus der Weltstadt von Leopold Ely. Musik von R. Nelson.
In den Hauptrollen: **Josefine Dora, Paulette van Roy, Georg Kaiser, Martin Bandix.**

Apollo Theater
Nur noch 2 Tage!
Liane d'Eve. Die Original-Matschiche-Tänzerin.
Die Seldoms. Plastische Darstell.
und: **Das große**
November-Programm.
Sonntag, 2. Dez., nachm. 3½ Uhr: **Familien-Vorstellung.** Halbe Preise.

Singer Nähmaschinen.
Einfache Handhabung! 29462*
Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!
Weltausstellung Paris 1900: **Grand Prix** Weltausstellung St. Louis 1904
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Kunststickerei.
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. Filialen in allen Stadtteilen

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel.
Anfang
8 Uhr. 8 Uhr.
Lenore, die Grabesbraut.
Schauspiel in 3 Abteilungen.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Billettvorverkauf bei **Krüger & Oberbeck**, Turm- u. Beusselstraßen-Ecke sowie im Restaurant d. Stadt-Theaters.

Kasino-Theater
Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Die beiden Champignol.
Sonntag 4 Uhr: **„Gebrüder Zorn"**, **„Singvögelchen"**.

Berliner Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Heute abend 8 Uhr:
Muttersegen.
Morgen: Letzte Vorstellung:
Preciosa.

Folies Caprice
Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Serenissimus August XXVI
und **Das Modell.**
Ab 1. Dezember Wiederauftreten von
Josef Fleischmann.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.
Nur noch wenige Tage!
Das schwarze
Udel-Quartett
(Original Black Troubadours).
Die kluge Rosa!
14 vorzügliche Spezialitäten **14**
Anfang **8** Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
Vollständig neues
PROGRAMM.
Konzertsaal:
Künstlerkonzert u. Volks-Kabarett.

Wintergarten.
Anfg. 8 Uhr.
Heute:
Ruth St. Denis
die berühmte
indische Tänzerin
u. das interessante
Spezialitäten-Programm.

Bros. Permand Excentrics | The 3 Urma-Sisters Trapezkünstlerinnen.
Angelo's lebende Kunstfel. | O. K. Sato Kom. Jongleur.
La Vilma Sandmalerin | Maria Vinent von der Königl. Oper in Madrid.
Das Millmann-Trio Draht. Akt. | Li Jem Hai Sans Chinesentrup.
Staleys Verwandlungsakt B. mus. Fassbind. | Clotilde Florido Span. Tänzerin.
„Im sonnigen Spanien" Engl. Balletscene aus gef. von d. John Tiller-Tr. a. Lond. | Der Biograph I. Weltfaulten, 2. Die Hochzeit im Automobil.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der glänzende
November-Spielplan.
Neu: Little Fred Neu!
der 16jährige Entfesselungskünstler:
Befreiung aus der Zwangsjacke!
Arsène Argolia
Hunde- und Tauben-Dresseur.
Dazu: **10 Attraktionen 10**
und: **Eine vom Ballett.** Lustspiel.
Familienkarten, zum halben Kassenpreise gültig, in allen Barbier-Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.
Die Tochter der Hölle.
Preislustspiel in 5 Akten.
Kassenöffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.
Billettvorverkauf:
Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.
Kond. Handwerker, Schönh. Allee 153.

Prachtsäle des Westens

Spichernstr. 3. **Carl Stechert.**
Heute Theater-Aufführung.
Frauenkampf.
Anf. 8 Uhr. Entree 40 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Kränzchen.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a.

Direktion Wilhelm Reimer
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsch. Sänger
und Tanzkränzchen.
Großer Erfolg! **'s Lieserl.**
Neues Soiree-Programm.
Sonnt. Beg. 5, Wochent. 8.
Dienst.: **Theater-Abend.**

Buggenhagen
Moritzplatz.
Jeden Donnerstag:
Gustav Gottschalk - Gesellschafts-Konzert, Walzer- u. Operett.-Abend.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.

Das vollständig neue
November-Programm.
Neu! Der Hauptmann v. Köpenick großer Lacherfolg. Neu!
22 Nummern.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

---

145 B. 10. 10. 04.
41.
Ausfertigung.

Berlin, den 9. November 1906.
Oeffentliche Sitzung
des Kgl. Schöffengerichts
Berlin-Mitte Abt. 145.

Gegenwärtig: 1. A.-G.-R. Wollner als Vorsitzender; 2. Bernhardt, 3. Engelien als Schöffen; A.-G.-S. Rossow als Gerichtsschreiber.

In der Privatklagesache des Ingenieurs Béla Friedmann in Charlottenburg,
Privatklägers
gegen den Herrn Karl Wiesenthal hier
Angeklagten
wegen Beleidigung
erschienen bei Aufruf der Sache
1. der Privatkläger und Rechtsanwalt Bötzow mit anliegender Vollmacht,
2. Der Angeklagte und Rechtsanwalt Heinemann.
pp.
Es kam folgender Vergleich zustande: 30632

Der Angeklagte erklärt, daß ihm die in der Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske vom 7. September 1904 gemachten Aeußerungen über den Privatkläger von dritter Seite, die er für zuverlässig hielt, zugetragen worden sind.

Er hat sich nach stattgehabter Beweisaufnahme davon überzeugt, daß die Tatsachen durchwegs unwahr sind. Er nimmt seine Aeußerungen mit Bedauern zurück.

Privatkläger nimmt hierauf die Privatklage zurück und verzichtet auf eine Bestrafung des Angeklagten.

Dem Privatkläger steht das Recht zu, diesen Vergleich binnen 4 Wochen auf Kosten des Angeklagten an den Anschlagstafeln der Siemensschen Fabriken in Charlottenburg und am Nonnendamm eine Woche lang durch Aushang bekannt zu machen. Auch ist Privatkläger befugt, vorstehenden Vergleich bis zum 1. Dezember 1906 einmal auf Kosten des Angeklagten im „Vorwärts" oder im „Berliner Tageblatt" im üblichen Druck zu veröffentlichen.

Sämtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich des dem Herrn Justizrat Feibler zugebilligten Honorars von 30.— M., übernimmt der Angeklagte.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.
(gez.) Friedmann.
(gez.) Karl Wiesenthal.

Beschlossen und verkündet:
Das Verfahren wird nach Maßgabe des Vergleichs eingestellt.

Ausgefertigt
Berlin, den 27. November 1906.
(L. S.)
Rossow, Amtsgerichtssekretär,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts Berlin—Mitte, Abteilung 145.

Neu erschienen
sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:

Für unsere Kinder!
Weihnachtsbuch der „Gleichheit".
Herausgegeben von **Klara Zetkin.** — Gut kartoniert. Preis 1,00 M.

Die Religion der Sozialdemokratie. Von Josef Dietzgen. Siebente vermehrte Auflage. Mit einem Vorwort von Eugen Dietzgen. Preis 25 Pf.

Briefe und Auszüge aus Briefen von J. Phil. Becker, Josef Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. a. an F. A. Sorge und andere. Preis brosch. 4 M., in gutem Einband 5 M., in einfachem Einband 4 M.

Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junkergeschichte von Franz Mehring. Preis 1,00 M.

Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten von Morris Hillquit. Autorisierte Uebersetzung von Karl Müller-Wernberg. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Geschichte der Kommune von 1871 von Lissagaray. Dritte illustrierte Auflage. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Die Lessing-Legende. Zur Geschichte und Kritik des preußischen Despotismus und der klassischen Literatur von Franz Mehring. Zweite unveränderte Auflage mit einem neuen Vorwort. Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.

Ziele und Wege. Erläuterungen der sozialdemokratisch. Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Adolf Braun, Hugo Lindemann, Max Süßheim, Friedrich Stampfer, Klara Zetkin. Herausgegeben von **Ad. Braun.** Preis 20 Pf.

Sozialdemokratie und Anarchismus von Wilh. Herzberg. Preis 20 Pf.

Arbeiter-Notizkalender für 1907. Preis 60 Pf.

Blut und Eisen, Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit. Reich illustriert. In fünfzig Lieferungen a 20 Pf. Bisher sind 9 Hefte erschienen.

Expedition des „Vorwärts"
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 237/12*

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.
in Görlitz.
Gegründet im Jahre 1856.

Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
— Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu. —
Dividende seit 1898 ständig 25 % eines Jahresbeitrages, **für ältere Versicherungen 50 %.**

Versicherungsbestand ¼ Mill. Versich. über	80 Millionen M.
Gesamtvermögen	21 Millionen M.
Seither ausgezahlte Sterbegelder pp.	17 Millionen M.
Seither an die Mitglieder überwies. Dividende	5 Millionen M.

Höchstzulässige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. **Keine ärztliche Untersuchung.**

Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Einnehmer-Stellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheenstraße 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemmingstr. 3, Madaistr. 7, Möckernstr. 12, Muskauerstr. 30, Prinzenstr. 100, Rathenowerstraße 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wassertorstraße 53, Weißenburgerstr. 47, Wilhelmstr. 79, Wilhelmstr. 138.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 2. Dezember, nachm. 3 Uhr:

11./12. Abteilung
Berliner Theater
Ora et labora und **Eine Abrechnung.**

4./5. Abteilung
Neues Schauspielhaus
Der Sturm.

19. Kunstabend im Rathaus:
Goethe — Beethoven
Mittwoch, den 5. Dezember.
Dr. Leopold Hirschberg.

20. Kunstabend im Rathaus:
Liliencron — Bierbaum
Freitag, den 4. Januar.
Schmid — Kayser.

4. Serie der Vorstellungen im Neuen Schauspielhaus.
Scribe: Das Glas Wasser.
Lustspiel in 5 Aufzügen.

230/7 **Der Vorstand.**
In Vertr.: G. Winkler.

Männergesangverein „Senefelder".
M. d. A.-S.-B. Chormeister: E. Oslender.
Sonntag, den 2. Dezember, in L. Kellers Festsälen (Inhaber A. Freyer), Koppenstraße 29:
Konzert
Mitwirkende: Fräulein Else Kronacher (Sopran), Herr Julius Ruthström (Violine). 435
Anfang pünktlich 6½ Uhr. **Eintritt 30 Pf.**
— Kinder unter sechs Jahren haben keinen Zutritt. —

Berliner Consum-Verein.
Verkaufsstellen:

1. Michaelkirchplatz 4
2. Krautstraße 7
3. Liebigstraße 7
4. Zorndorferstr. 62
5. Havelbergerstr. 6
6. Rostockerstr. 20
7. Emdenerstr. 50
8. Rummelsburg: Türrschmidtstr. 6
9. Berlin-Stralau: Stralauer Allee 20A
10. Frankfurter Chaussee 103 } Friedrichsberg-
11. Kronprinzenstr. 1 } Lichtenberg.

Neu eröffnet:
Moabit: Erasmusstr. 5, Osten: Kopernikusstr. 33.

General-Versammlung
am Freitag, den 30. November 1906, abends 8½ Uhr, in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:
1. Erledigung folgender Anträge: a) der Abt. III betr. Offenhalten unserer Läden über Mittag; b) der Abt. III betr. Ausschreibung bei Stellenbesetzungen; c) der Abt. V betr. Erwerbung der statutgemäßen Anteile; d) der Abt. V betr. Besetzung des Vorstandes durch 6 Personen.
2. Vortrag und Diskussion über die Besteuerung der Konsumvereine.

Die Delegierten werden ersucht, **vollzählig und pünktlich** zu erscheinen. — Mitglieder haben als Gäste Zutritt.
208/4 **Der Vorstand des Berliner Consum-Vereins.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.
Freitag, den 30. November cr., abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VIII):
Bau-Vertrauensmänner-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Arbeitersekretärs **Adolf Ritter** über: **„Gewerbegericht und Innungsschiedsgericht".**
2. Bericht der Vertrauensleute.
3. Verschiedenes. 211/15
Es ist Pflicht, daß **jeder** Bau vertreten ist.
Anfang präzise. **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Branche der Hobler, Bohrer, Fräser usw.
Sonnabend, den 1. Dezember 1906, im **Moabiter Gesellschaftshaus,** Wiclefstraße 24, Emdenerstraße 34/35:
Großes Vokal- und Instrumental-Konzert.
Mitwirkende:
Berliner Sinfonie-Orchester (Dirigent: Kapellmeister Maximilian Fischer). Doppelquartett der Sangesfreunde. Bariton: Herr Otto Kowalski.
Nach dem Konzert: **Tanz.** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach. 535
Anfang präzise 9 Uhr. — Programm 30 Pfennig.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Perlmutter-, Horn- u. Steinnuß-Arbeiter
Donnerstag, den 29. November, abends 7 Uhr, in den „Andreas-Festsälen", Andreasstr. 21:
Branchen-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Richard Leopold.** 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes. 97/14
Es ist Pflicht, daß alle Kollegen erscheinen. **Der Obmann.**

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
(E. H. Nr. 2, Hamburg). Oertliche Verwaltung Berlin.
Freitag, den 30. November, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 260/1*
1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes. 3. Kassenangelegenheiten. **Der Vorstand.** J. A. Richard Schröder, Tilsiterstr. 82.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,
Spezialarzt für 165
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. J. Tager, Gummiwarenfabrik Berlin 170., Friedrichstraße 91/92.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Schankwirt
Johann Kleist
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Marienborfer Weg, aus statt.
235/16 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und unser lieber Vater nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. 57b
Dies zeigen tiefbetrübt an
Witwe Auguste Frank
nebst Töchter.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 29. November, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.

Innungs-Krankenkasse
der
Tischler-Innung.
Wahl der Vertreter
zu den
General-Versammlungen
pro 1907 und 1908.
Die Wahl für die Kassenmitglieder findet am
Montag, den 10. Dezember, abends von 8 bis 9½ Uhr statt.
1. Diejenigen Mitglieder, welche rechts der Spree beschäftigt sind, wählen Kaiser Wilhelmstraße 18m (Musiker-Börse).
Die Zahl der zu wählenden Vertreter ist 120.
2. Diejenigen Mitglieder, welche links der Spree beschäftigt sind, wählen im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.
Die Zahl der zu wählenden Vertreter ist 103.
3. Die Innungsmitglieder, welche Kassenmitglieder beschäftigen und Beiträge für dieselben aus eigenen Mitteln zahlen, wählen am Donnerstag, den 6. Dezember, abends von 8 bis 9½ Uhr, Brückenstr. 6b (Zum Schultheiß).
Die Zahl der zu wählenden Vertreter ist 107.
Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Für die Kassenmitglieder ist das Quittungsbuch zur Legitimation unbedingt erforderlich. 297/16
Um pünktliches Erscheinen wird ersucht. **Der Vorstand.**

2030L*
Soeben erschienen!
Meine **diesjährige**
Weihnachts-Extra-Liste
besonders preiswerter **Geschenke**
und wird ebenso wie mein
Pracht-Katalog
mit etwa **600 Abbildungen**
gratis und franko versandt
Teppich - Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.
Unterhalte nirgends Filialen.
Empfehle **frühzeitigen Weihnachts - Einkauf,**
da besond. vorteilhafte Artikel bald vergriffen sein dürften.
Auch Sonntags
bis **Weihnachten** geöffnet.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Schneider 545
Adolf Kolleng
im 41. Lebensjahre plötzlich und unerwartet verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Anna Kolleng, Wilhelmstr. 21
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 26. November verschied plötzlich unser Mitglied, der Schneider
Adolf Kolleng
(Wilhelmstr. 21, Bezirk 25/26.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dreifaltigkeits-Kirchhofes in Mariendorf, Feldstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
239/9 **Der Vorstand.**

Am 26. ds. Mts. verstarb unser Kollege
Adolph Kolleng.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Die Kollegen der Werkstatt G. Benedict.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß der Kollege
Ad. Kolleng
am 26. November im Alter von 40 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr, auf dem Dreifaltigkeits-Friedhof, Mariendorf, statt.
165/5 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.
Nachruf.
Am Sonntag, den 25. d. Mts., verstarb unser Mitglied und Bezirksführer, der Zementarbeiter
Emil Dittmann
(Schönholzerstr. 8).
Die Beerdigung fand gestern, Mittwochnachmittag, auf dem Friedhof der Zionsgemeinde in Nordend statt.
Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden!
226/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Friedrich Köcher
am 26. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
97/13 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Am 26. November verstarb unser Kollege der Schlosser
Hugo Zeiser.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, in Britz auf dem Britzer Kirchhof statt. 30852
Die Kollegen der Kronleuchterfabrik Ed. Grimm.

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied
Friedrich Zieseneck
aus Klub „Vergnügte Brüder, Weißensee" am 27. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 2. Dezember cr., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Weißenseer Friedhofes in der Röllestraße, aus statt.
297/17 **Der Vorstand.**

Lassen Sie sich nicht

durch **unglaubliche Reklame** verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. **Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.**

Wollen Sie wirklich Freude haben, dann kaufen Sie sich **die echte**

Menzenhauer Guitarzither

mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann. **Ueber 1½ Million** im Gebrauch. **Preis M. 20.00 u. M. 25.00.** Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus oder direkt bei

Menzenhauer & Schmidt, Berlin,
Spittelmarkt 15.

Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither 12 Noten gratis.

KLEINE KIOS
Beliebteste 2½ Pfg. Cigarette

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o E. Robert Böhme, Dresden.

Graumanns Festsäle

Bühne! **Naunynstr. 27** 3 Kegelbahnen

Sonnabende u. Sonntage im Dezember, zu **Weihnachtsbescherungen,** desgl. auch **Silvester** und **Neujahr** noch frei.

756L* **G. Graumann.** Amt 4 No. 7324.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, den 2. Dezember cr., im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Niederländischer Dichter-Abend.

m. besonderer Berücksichtigung von **Multatuli u. Heyjermann.**

Literarischer Vortrag

mit Rezitationen von Frau **R. Rubens**-Hamburg.

Eröffnung **6** Uhr, Beginn **7** Uhr, Eintritt **30** Pf. inkl. Garderobe. 5/8*

Nachdem: **Tanz.**

Kaufen Sie keine Sprechapparate

ohne zuvor die

echten Orthophonapparate

aus der weltbekannten Fabrik der

Deutschen Telephonwerke, SO. 33

gehört zu haben.

Vorführung ohne Kaufzwang.

Ia Schallplatten.

Eugen Krämer, Königstr. 53/54.

[2847L*]

Achtung! Achtung!

Sänger!

Zur **Gründung** einer **„Weddinger Liedertafel“** werden Vereine und Sänger des Stadtteils Wedding und Umgegend, welche Lust und Liebe für eine bessere und größere Sache haben, zu einer Besprechung am Sonntag, den 2. Dezember, vormittags 10 Uhr, nach der **Norddeutschen Brauerei, Chausseestr. 58,** vom unterzeichneten Verein ergebenst eingeladen. 30842

„Alt-Maiglöckchen“-Wedding.

Teilnehmer

an einem englischen Zirkel werden gesucht; wöchentlich zwei Stunden, monatlich 3 Mark. 30122*

Frau **G. Swienty-Liebknecht,** Schöneberg, Sedanstraße 57, III.

Spar- und Produktivgenossenschaft Groß-Lichterfelde.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Freitag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr im Lokale des Herrn W. **Dräger,** Chausseestr. 45:

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1905/06. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Neuwahlen und Ergänzungswahlen zum Vorstande und Aufsichtsrate. 5. Anträge (§ 14 des Statuts).

Der Vorstand: Fr. Harring. **Der Aufsichtsrat:** Gustav Platz.

Billigste Bezugsquelle!

Musik-Instrumente,

Geigen, Cellos, Bässe, Zithern, Mandolinen, Klarinetten, Flöten, Bogen, alle Blech-Instrumente billigst. Großer Posten **Zieh- u. Mundharmonikas sehr billig.**

Für **Händler** und **Marktreisende** Ausnahmepreise.

Rothgießer, Stallschreiberstr. 24a.

Offeriere in nur frischer Ware:

Hasen

große schwere für nur . . . M. 3.00
große wilde **Kaninchen** . . . „ 0.90
Reh-Keulen von . . . . „ 4.00
Reh-Rücken „ . . . . „ 5.50

Gänse 182/16

Pfd. 60 u. 65 Pf. in riesiger Auswahl.

Wegner, SO., Mariannenstr. 34.

Haben Sie Stoff?

*Ich fertige davon **Anzug** od. **Paletot** nach **Mass,** schick, dauerh. Zutaten, von **20 Mark** an. **Moritz Laband,** Oranienburger Strasse 4, I.*

Phänomen-Zigaretten

Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben

Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg. 3069L*

Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“

---

19. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1906, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

12 22 25 306 35 471 768 [3000] 827 **1024** [1000] 267 [illegible]

[illegible]

19. Ziehung 5. Kl. 215. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 28. November 1906, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

[illegible]

Im Gewinnrade verblieben: 1 Prämie à 300 000 M., 1 Gewinn à 40000, 5 à 30000, 8 à 15000, 17 à 10000, 29 à 5000, 547 à 3000, 873 à 1000, 1151 à 500.

Berichtigung: In der Liste vom 26. November, nachmittags, lies **230 018** statt 230 016.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Nachrichten.

Ueber die Bebauung Berlins und der Vororte

äußert sich der Oberbürgermeister über die Schaffung eines „Groß-Berlin" in seinem dem Minister eingereichten Bericht! „Schon für die räumliche Einteilung des Gebietes von Groß-Berlin, für die Aufstellung von Bebauungsplänen und die Anlage von Straßen und Plätzen hat sich das Fehlen einer Verwaltungsorganisation für Groß-Berlin als ein erheblicher Mangel ergeben. Für die Beziehungen der Stadt Berlin zu ihren Vororten ist in dieser Beziehung lediglich der § 9 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 maßgebend, nach welchem eine Verhandlung zwischen den betreffenden Gemeindevorständen stattzufinden hat, wenn bei Festsetzung von Fluchtlinien mehrere Ortschaften beteiligt sind und beim Mangel einer Einigung gemäß § 146 Abs. 2 des Zuständigkeitsgesetzes der Minister der öffentlichen Arbeiten entscheidet. Selbst die Anwendung dieser Bestimmung hat im einzelnen zu Schwierigkeiten geführt. Die Gemeinden Pankow und Weißensee haben beispielsweise bei Anlegung neuer Straßen an der Weichbildgrenze auf den mit Berlin im Jahre 1862 vereinbarten Bebauungsplan keine Rücksicht genommen und Straßenzüge angelegt, von denen Berlin erst nachträglich Kenntnis erhalten. Dadurch sind Aenderungen der Bebauungspläne des anstoßenden Berliner Gebiets in großer Ausdehnung notwendig geworden, die erst in diesem Jahre nach mehrjährigen mühsamen Verhandlungen endgültig festgestellt werden konnten.

Die Gemeinde Reinickendorf ist schon seit längerer Zeit mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes beschäftigt, ohne zum Abschluß kommen zu können. Dadurch wird die an sich notwendige Abänderung des Bebauungsplanes für das anstoßende Berliner Gebiet zum Nachteile des betreffenden Stadtteils (Wedding) vorläufig unmöglich gemacht. Entscheidend aber ist, daß Berlin auf die Bebauung seiner Umgebung, die doch für seine eigene Entwickelung eine große Bedeutung hat, ohne allen Einfluß ist. Ohne seine Mitwirkung entstehen im Osten zu Wohnstätten für eine ärmere Bevölkerung geeignete Bauquartiere, in denen Bewohner Aufnahme finden, die den Berliner Armen- und Schuletat wenigstens mittelbar belasten, und ohne seine Mitwirkung wird im Westen durch Anlegung breiter Straßen ohne erhebliches Hinterland und durch Anforderung landhausmäßiger Bebauung auf weiten Flächen eine Bebauung herbeigeführt, die nicht nur eine weniger wohlhabende Bevölkerung von vornherein ausschließt, sondern den Fortzug der steuerkräftigen Volksschichten aus Berlin nach den Vororten begünstigt. Eine gesunde Bebauungspolitik, die die verschiedenen Volksschichten nach volkswirtschaftlichen Rücksichten zweckmäßig, insbesondere zur Milderung der sozialen Gegensätze möglichst gleichmäßig zu verteilen sucht, ist damit von vornherein ausgeschlossen. In ähnlicher Weise wird es als ein Mangel empfunden, daß die Stadt Berlin, da das städtische Weichbild zum größten Teil bebaut ist, bei der Erwerbung und der Nutzbarmachung von Grundbesitz, im wesentlichen auf Gebiete der mit ihr in keinem verwaltungsrechtlichen Zusammenhange stehenden Vororte angewiesen ist, weil dieser Besitz auf fremdem Gebiet mit mancherlei Nachteilen und Schwierigkeiten verbunden ist. Zunächst macht sich auch hier der geringe Einfluß der Stadt auf die Feststellung der Bebauungspläne und Fluchtlinien bemerkbar. Die Stadtgemeinde kommt hierbei nur als Privatinteressent in Frage und hat nur als solcher ein Einspruchsrecht. Sie kann oft nur durch langwierige Verhandlungen mit den Ortsbehörden der Nachbargemeinden eine ihren Bedürfnissen entsprechende Entscheidung erlangen. Wie entscheidend dieses Verhältnis werden kann, hat erst in neuerer Zeit ein Fall gezeigt. Die Stadtgemeinde beabsichtigt auf einem ihr gehörigen in Rummelsburg gelegenen Grundstück ein als dringend notwendig erkanntes Krankenhaus für Geschlechtskranke zu errichten. Die Gemeinde Rummelsburg, die hiervon Kenntnis erhalten hat und die Errichtung in ihrem Gebiete anscheinend nicht wünscht, hat durch das für die Anstalt bestimmte Grundstück eine neue Fluchtlinie derartig gelegt, daß die Verwendung des Grundstücks zu dem beabsichtigten Zweck unmöglich gemacht wird. Die Errichtung des dringend notwendigen Baues ist auf lange Zeit hinausgeschoben worden. Auch auf andere Weise, wie namentlich durch Polizeiverordnungen und polizeilichen Verfügungen, durch polizeiliche Maßnahmen, durch erschwerende Bedingungen bei den Baugenehmigungen und durch Einsprüche gegen die etwa erforderliche Konzessionserteilung haben die Nachbargemeinden mehrfach versucht, Berlin daran zu hindern, von den in ihren Bezirken gelegenen Grundstücken einen für Berlin notwendigen, ihnen aber nicht erwünschten Gebrauch zu machen, so namentlich bei konzessionspflichtigen gewerblichen Anlagen, selbst bei anderen vorübergehenden Verwendungen als Schneeabladeplätze usw. Als erschwerend fällt dabei ins Gewicht, daß die Verordnungen und Anforderungen in den verschiedenen Vororten vielfach verschieden sind, so daß erst in jedem Falle besonders ermittelt werden muß, welche Ansprüche voraussichtlich zu erwarten sind. Besonders schwierig gestaltet sich in solchen Fällen die Angelegenheit, wo große städtische Anlagen, wie die Gasanstalten in Schmargendorf, Wilmersdorf und Tegel-Wittenau an den Gebieten verschiedener Gemeinden gelegen sind. So hat der Bauplan für das Laboratoriumsgebäude in Tegel das zum Teil in Wittenau liegt, nach den für Tegel und Wittenau geltenden baupolizeilichen Bestimmungen bearbeitet und von den Bauämtern beider Orte genehmigt werden müssen, so haben die Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen, und zwar verschieden für Tage- und Fabrikwässer, in den Anstalten Schmargendorf-Wilmersdorf und Tegel-Wittenau je nach der Ortszugehörigkeit der einzelnen Grundstücksteile nach verschiedenen Systemen eingerichtet werden müssen, so mußte das Bürgersteigpflaster vor der Gasanstalt VI auf Wittenauer Gebiet in einer Granitbahn und zwei seitlichen Mosaikstreifen, auf Tegeler Gebiet aber nur als Mosaikpflaster angelegt werden. Schwierigkeiten besonderer Art ergeben sich, wenn innerhalb Groß-Berlin eine Verlegung der Grenzen solcher Nachbarorte erfolgen soll, in denen Berlin einen umfangreichen Grundbesitz hat, insbesondere dann, wenn Berlin an solche Gemeinden auch noch, und zwar auf Grund besonderer, inhaltlich verschiedener Vereinbarungen Gas und Wasser liefert. Dies zeigt sich beispielsweise bei Grenzregulierungen zwischen Rixdorf und Treptow. Endlich muß die Belastung des Berliner städt. Grundbesitzes mit fremden Gemeindeabgaben und fremden Gebühren ꝛc. als ein Uebelstand bezeichnet werden, namentlich auch deshalb, weil diese Abgaben und Gebühren in den verschiedenen Bezirken nach verschiedenen Grundsätzen erhoben werden und weil dabei vielfach Streitigkeiten und Prozesse mit den Nachbargemeinden unvermeidlich sind. Durch alle diese Schwierigkeiten, welche wegfallen würden, wenn sich die Grenzen der Stadt Berlin mit denen von Groß-Berlin deckten und demgemäß der städtische Grundbesitz, etwa von den Rieselfeldern abgesehen, im Weichbilde der Stadt gelegen wäre oder erworben werden könnte, werden weitausschauende umfassende Grundstückserwerbungen, wie sie für eine große Gemeinde wünschenswert, ja notwendig sind, wenn nicht unmöglich, so doch wesentlich erschwert. Alle die Schwierigkeiten, welche für die Verwaltung der in den Vororten gelegenen Berliner Grundstücke oben näher dargelegt worden sind, machen sich bei den städtischen Werksanlagen, Gas- und Wasserwerke, soweit sie außerhalb des Berliner Weichbildes errichtet werden müssen, wegen der Bedeutung dieser Anlagen besonders geltend. Hier kommen neue Schwierigkeiten hinzu, weil für die zu diesen Anlagen notwendigen Leitungen von Gas- und Wasserrohren, Gleisanschlüssen und Telegraphenkabeln ebenso wie für die Druckrohre der Kanalisation, soweit sie durch die Vororte müssen, die Benutzung der öffentlichen Straßenzüge in den Nachbarorten nicht entbehrt werden kann. Zunächst stellen die Vorortgemeinden, deren Forderungen sich früher in mäßigen Grenzen bewegten, neuerdings für die Erteilung der Genehmigung solcher Leitungen kaum erschwingliche Forderungen, die meistenteils bewilligt werden mußten, schon um mit Rücksicht auf die Dringlichkeit solcher Anlagen langwierige Enteignungsverhandlungen zu vermeiden. So hat die Gemeinde Tegel für die Genehmigung zur Verlegung von Wasserröhren, für die früher regelmäßig eine Anerkennungsgebühr von 10 Pf. für den laufenden Meter Straßenland und die Uebernahme einer zwei- bis dreijährigen Straßenunterhaltungspflicht verlangt und zugestanden wurde, im Jahre 1904 eine einmalige Entschädigung von 2 M. für den laufenden Meter Rohr, eine jährliche Anerkennungsgebühr von 25 Pf. für den laufenden Meter und eine zehnjährige Straßenunterhaltungspflicht gefordert und bewilligt erhalten und wird von der Gemeinde Lichtenberg für die gleiche Genehmigung eine Gebühr von 50 Pf. beansprucht, während Tempelhof nicht nur der Anschluß an die Berliner Kanalisation, sondern auch noch zehnjährige Gebührenfreiheit eingeräumt werden mußte.

Berliner Presse und die Kommune.

Aus Anlaß der Veröffentlichungen von Teilen aus dem vom Oberbürgermeister Kirschner an den Minister des Innern erstatteten amtlichen Bericht über die Schaffung eines Groß-Berlin hatte dieser Tage die „Volkszeitung" bemerkt, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, in welcher Weise amtliche Schriftstücke des Magistrats der hiesigen Presse zugänglich gemacht würden. Der Magistrats-Offiziosus, so hatte das Blatt hinzugefügt, hält es für zweckdienlich, die Denkschrift stückweise auszuschlachten und an die Berliner Presse ratenweise zu verzapfen. „Ein glänzendes Geschäft für einige Stunden Abschreiberarbeit, aber kein schönes Zeichen für die Zustände, die sich im Roten Hause in bezug auf das Verhältnis der städtischen Behörden zu der im öffentlichen Interesse dringend notwendigen Publizität der kommunalen Angelegenheiten herausgebildet haben."

Als Antwort auf diese Anschuldigungen schreibt nun Oberbürgermeister Kirschner der „Volkszeitung" folgendes:

> Ich habe keine Denkschrift verfaßt, sondern dem Minister des Innern einen amtlich von mir erforderten amtlichen Bericht erstattet. Diesen amtlichen Bericht habe ich, wie ich mir bei der Uebersendung ausdrücklich vorbehalten habe, für die Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung drucken und unter sie verteilen lassen. Diesem Bericht eine weitere Verbreitung zu geben, halte ich mich nicht für berechtigt. Ich habe den Bericht auch nicht an den Magistratsoffiziosus gegeben; wenn ihn dieser besitzt und verzapft, muß er ihn sich anderweitig verschafft haben.
>
> Hochachtungsvoll ergebenst
> Kirschner.

Unserer Ansicht nach ist es von Herrn Kirschner nur Wortklauberei, sich gegen den Ausdruck „Denkschrift" zu wenden und Wert darauf zu legen, daß ein amtlicher Bericht an den Minister erstattet sei. Dann aber muß betont werden, daß auch die Personen, die diesen amtlichen Bericht erhalten haben, durchaus nicht annehmen konnten, daß der Herr Oberbürgermeister nicht wünschte, daß von demselben öffentlich Gebrauch gemacht werden sollte. Dazu gehört doch mindestens eine diesbezügliche Mitteilung. Eine solche ist aber nicht gemacht worden. Kann man somit in keiner Weise gegen die Veröffentlichung dieses amtlichen Berichts etwas einwenden, so können wir auch der „Volkszeitung" noch darin beistimmen, wenn sie einer anderen Behandlung der Presse der Reichshauptstadt durch die Kommune das Wort redet. Wir haben schon deswegen den Wunsch, daß der Berliner Presse die amtlichen Publikationen des Magistrats zugehen, weil wir tagtäglich wahrnehmen müssen, daß in den Berliner Zeitungsredaktionen fast ohne Ausnahme eine erschreckende Unwissenheit über Vorgänge im kommunalen Leben Berlins herrscht; kein Tag vergeht, an welchem nicht von Unrichtigkeiten strotzende Notizen kommunaler Natur von den bürgerlichen Blättern abgedruckt werden. Dem könnte durch Zugänglichmachung der amtlichen Publikationen des Magistrats wenigstens zu einem Teil abgeholfen werden. Nun gehen ja allerdings den Zeitungsredaktionen ein Teil dieser Drucksachen zu, wie beispielsweise die Vorlagen der Stadtverordnetenversammlung, Berichte des Statistischen Amts der Stadt Berlin. Allein das genügt nicht. Die „Volkszeitung" erinnert daran, daß vor allem der Stadthaushaltungsplan im Gegensatz zu dem Reichsetat und Landtagsetat nicht zu erhalten ist und sich die meisten Blätter mit dem behelfen müssen, was ihnen der Magistratsoffiziosus „verzapft", um den Ausdruck des Herrn Oberbürgermeisters zu gebrauchen. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß es gar nicht möglich ist, andere äußerst wichtige Publikationen selbst im Buchhandel käuflich zu erwerben, so vor allem das sehr wertvolle „Berliner Gemeinderecht", die fünfjährigen Verwaltungsberichte und eine ganze Reihe anderer amtlicher Berichte. Will man schon nicht der Presse alle derartigen, die Berliner Bürgerschaft interessierenden Berichte unentgeltlich zur Verfügung stellen, so sorge man mindestens dafür, daß die Presse wenigstens käuflich in den Besitz dieser Sachen gelangen kann. Es ist ein unhaltbarer Zustand, die Presse darauf anzuweisen, vorlieb zu nehmen mit dem, was der Magistratsoffiziosus für gut hält, der Presse zugänglich zu machen.

Eröffnung der Automobil-Omnibuslinie Bülowstraße—Strausberger Platz. Die Eröffnung der Automobil-Omnibuslinie 8 Bülowstraße, Ecke der Potsdamerstraße—Strausberger Platz, der dritten mit mechanischem Betrieb, erfolgt am Donnerstag, den 29. November. Die Linie macht folgenden Weg: Potsdamer-, Leipziger-, Gertraudtenstraße, Mühlendamm, Spandauerstraße, Alexanderplatz, Alexander-, Kaiser- und Frankfurterstraße. Die Haltestellen sind noch nicht endgültig festgesetzt. Versuchsweise wird zunächst an folgenden Punkten gehalten: Bülowstraße, Kurfürstenstraße, Lützowstraße, Potsdamer Brücke, Eichhornstraße, Linkstraße, Leipzigerplatz, Kriegsministerium, Wilhelmstraße, Mauerstraße, Friedrichstraße, Charlottenstraße, Dönhoffplatz, Spittelmarkt, Breitestraße, Mühlendamm, Molkenmarkt, Rathaus, Klosterstraße, Bahnhof Alexanderplatz, Alexanderplatz, Ecke der Landsbergerstraße, Alexanderstraße, Ecke der Kaiserstraße, Kleine Frankfurterstraße, Markusstraße, Strausberger Platz. Der Betrieb wird morgens am Strausberger Platz um 5,30 aufgenommen. Von der Bülowstraße geht der erste Wagen 6,06. Die letzte Abfahrt vom Strausberger Platz erfolgt 12,45 nachts, die letzte von der Bülowstraße erst um 1,21 Minuten. Die gesamte Fahrzeit beträgt 34 Minuten. Im einzelnen braucht man von der Bülowstraße bis zum Leipzigerplatz 9 Minuten, von dort bis zum Spittelmarkt 11 Minuten, vom Spittelmarkt bis zum Alexanderplatz 10 Minuten und vom Alexanderplatz bis zum Strausberger Platz 4 Minuten. Es werden zunächst 4 Wagen eingestellt, die sich in Abständen von 18 Minuten folgen. Weitere Wagen werden nach ihrer Ablieferung in schneller Folge eingestellt, so daß allmählich Abstände von 6 Minuten hergestellt werden. Der vollständige Automobilbetrieb der Linie ist etwa Mitte Dezember zu erwarten. Die Pferdelinie, die an der Potsdamer Brücke endigt, wird dann eingezogen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 29. November d. J., nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für Petitionen. — Berichterstattung über die Vorlage, betreffend die Verwendung des der Stadtgemeinde aus der Jagor-Stiftung zustehenden Inhalts. — Desgleichen über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, die Verfügung vom 17. August 1905, betreffend die Beschränkung der Urlaubsberechtigten unter den städtischen Arbeitern schleunigst aufzuheben. — Desgleichen über die Vorlage, betreffend die Beschaffung eiserner Röhren für verschiedene projektierte Druckrohrleitungen. — Vorlagen, betreffend die Uebertragung der Verwaltung zweier Schulgrundstücke an andere Verwaltungsdeputationen — und die Bewilligung eines Patronatsbeitrages zu den Kosten der Niederdruckdampfheizungsanlage in der St. Thomaskirche. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Beschaffung von zwei Automobilen für Zwecke der städtischen Verwaltung. — Vorlagen, betreffend den Jahresabschluß des Viehmarktes, des Schlachthofes, der Fleischbeschau auf dem Schlachthofe und der Fleischbeschau für das von auswärts eingeführte Fleisch des Etatsjahr 1905, — die erfolgte Bauabnahme der Zentrale für Beleuchtung, Heizung und Wasserversorgung in Buch, die erfolgte Bauabnahme der Kochküche usw. bei dem städtischen Obdach in der Fröbelstraße und einige bauliche Verbesserungen daselbst, — die Uebernahme des Hardenberg-Denkmals — und den Erwerb des Grundstücks Gormannstraße 6. — Neue Rechnungen. — Eine Unterstützungssache. Außerdem findet in dieser Sitzung die Einführung und Verpflichtung des zum Stadtschulrat gewählten Stadtschulinspektors Dr. Fischer statt.

Von „Wahlmogeleien" wissen die Freisinnigen und ihre Preßorgane allemal dann zu erzählen, wenn eine Wahl nicht so glänzend für sie verlaufen ist, wie sie es sich gedacht und erwartet hatten. Dasselbe Schauspiel erleben wir jetzt wieder nach der am Dienstag vollzogenen Abgeordnetenersatzwahl im Landtagswahlkreis Berlin III.

Diese Wahl hat dem Freisinn eine bedeutende Verminderung seiner Wahlmannsstimmen gebracht und hat mit dem Ergebnis geendet, daß der Freisinnskandidat erst noch in einer Stichwahl mit dem Kandidaten der Sozialdemokratie um das Abgeordnetenmandat kämpfen muß und günstigstenfalls auf den Krücken der Konservativen in das Abgeordnetenhaus hineinhumpeln darf. Bei einer solchen Wahl kann es, das versteht sich ja ganz von selber, nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Ihr für den Berliner Freisinn keineswegs besonders erfreuliches Resultat muß man den Lesern freisinniger Blätter daraus zu erklären suchen, daß — die Sozialdemokraten gemogelt haben. Richtig kommt auch bereits die Nachricht, daß es bei dieser Wahl Mogeleien gegeben habe, und als Probe wird eine Mogelei mitgeteilt, die bei den Wahlmännerwahlen, und zwar zugunsten der Sozialdemokratie verübt worden sei. Der Offiziosus des Magistrtas und der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit hat an die Zeitungen die folgende Notiz versandt:

> „Wahlmogeleien sind bei der letzten Wahl im 3. Berliner Landtagswahlbezirk vorgekommen. In einem Falle sind die Personen ermittelt. Bei der Wahl der Wahlmänner erschien ein junger Mann mit der Wahllegitimation eines Schneidermeisters B. Dieser war aber einem der Herren vom Wahlvorstande persönlich bekannt, weshalb die Frage an den jungen Mann gerichtet wurde, ob er der Schneidermeister B. sei. Er bejahte dies protzig, wählte einen sozialdemokratischen Wahlmann und entfernte sich, noch bevor seine Nationale festgestellt werden konnte. Nach Beendigung der Wahl begab der Wahlvorsteher sich zu dem Schneidermeister, der ebenfalls protzig eine Auskunft verweigerte. Wie sich nun ergeben hat, soll B. es abgelehnt haben zur Wahl zu gehen. Der junge Mann hat daraufhin sich bereit erklärt, für B. zu wählen. Er erhielt die amtliche Wahllegitimation von B. und sieht nun wegen Wahlfälschung usw. seiner Bestrafung entgegen. In anderen Fällen schweben die Ermittelungen noch."

Man beachte die Form, in der diese Meldung abgefaßt ist: „Wahlmogeleien sind vorgekommen" — „in einem Falle sind die Personen ermittelt" — „in anderen Fällen schweben die Ermittelungen noch". Hierbei kann der Leser sich sehr viel denken, und da in dem „einen Fall", der tatsächlich vorgekommen ist, die betreffende Person für den Wahlmann der Sozialdemokratie gestimmt hat, so wird der geehrte Leser sich auch die „anderen Fälle" entsprechend deuten. Allem Anschein nach ist aber selbst der eine Fall durchaus zu Unrecht als „Wahlmogelei" gedeutet worden. Nach dem Ergebnis der von uns angestellten Ermittelungen müssen wir annehmen, daß weder der Schneidermeister B. noch der bei ihm beschäftigte junge Mann eine klare Vorstellung von der Unzulässigkeit ihres Tuns gehabt haben. Offenbar haben beide in gutem Glauben gehandelt, weil sie der Meinung waren, daß man bei Wahlen sich durch eine andere Person vertreten lassen könne. Dieser törichten Meinung kann man bei Wahlen sehr oft begegnen, und so haben auch Freisinnige schon in durchaus gutem Glauben versucht, als „Vertreter" eines anderen ihre Stimme abzugeben.

Die oben mitgeteilte Zeitungsnotiz schildert übrigens nicht mal den äußeren Hergang richtig. Vor allem fehlt die Angabe, daß der Schneidermeister B., nachdem einige Mitglieder des Wahlvorstandes noch vor Schluß der Wahl ihn in seiner Wohnung aufgesucht und sich von ihm Aufschluß über dieses Vorkommnis erbeten hatten, nun selber noch zum Wahllokal ging und dort erklärte, er „bestätige" die von seinem Angestellten abgegebene Stimme. Das ging natürlich nicht; er hätte nur selber seine Stimme abgeben können. Aber auch das wurde Herrn B. sonderbarerweise vom Vorstand nicht mehr gestattet.

Am Wahlergebnis wurde durch die vermeintliche „Mogelei" gar nichts geändert. Gewählt war ohnedies der Wahlmann der Sozialdemokratie. Daher die Entrüstung des Freisinns!

Aus der städtischen Verwaltung. Die städtische Schuldeputation beschäftigte sich gestern mit einer prinzipiell sehr wichtigen Frage, nämlich zunächst mit der Ausgestaltung der Organisation der städtischen Schuldeputation und deren Umgestaltung, sodann mit der Frage, ob es für die städtischen Interessen erwünscht ist, daß die Stadtschulinspektoren auch gleichzeitig die Aemter von Kreisschulinspektoren bekleiden.

Der städtischen Hochbaudeputation lagen die Entwürfe für die Erweiterung des Krankenhauses am Friedrichshain vor. Die Kosten sind auf 583 000 M. geschätzt. Die Entwürfe mit dem Kostenanschlag wurden genehmigt. Die Erweiterung wird der Infektionsabteilung zugute kommen. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit der Errichtung einer Barackenschule in der Prenzlauer Allee. Die Kosten in Höhe von 282 000 M. wurden bewilligt und der Errichtung zugestimmt. Das ehemalige Friedrichs-Gymnasium in der Friedrichstraße 126 am Oranienburger Tor soll für die 9. Pflichtfortbildungsschule umgebaut werden. Die Kosten von insgesamt 12400 M. wurden genehmigt. Ferner genehmigte die Deputation die Entwürfe und Kostenanschläge für die Beschaffung neuer Mobilien für die Viktoriaschule, für bauliche Veränderungen auf dem Grundstücke der 2. Gemeindeschule in der Schmidstraße, für die Galerien der Schwimmhalle der Volksbadeanstalt Oderbergerstraße 57/59 und verschiedene andere Anstalten. Zum Schluß der Sitzung wurde der Etatsentwurf für 1907 beraten und angenommen.

In der Ortskrankenkasse für das Schlächtergewerbe findet heute die Wahl von 139 Vertretern für die Arbeitnehmer statt. Da heißt es auf dem Posten sein, soll nicht die Streikbrechergarde die Führung der Geschäfte in die Hand bekommen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Innung sowie diejenigen Gesellen, die in Hundetreue ehrfurchtsvoll ersterben, unfähig sind, die Geschäfte der Krankenkasse zu leiten. Neben ihrer Mißwirtschaft auf der Herberge möchten sie noch eine solche in der Krankenkasse einführen. Bisher waren es die organisierten Gesellen, welche darüber wachten, daß alle Machinationen, die alte Lotterwirtschaft in der Krankenkasse wieder einzuführen, zu Schanden gemacht wurden. Auch heute muß dafür Sorge getragen werden, daß nur die gemeinschaftliche Liste des Zentralverbandes und des Bundes (Brüderschaft) der Fleischergesellen Deutschlands, welche jedem Wähler vor dem Wahllokale ausgehändigt wird und mit dem Namen Hensel anfängt und Bergmann aufhört, den Sieg erringt. Jeder erscheine so früh wie möglich und bringe seine Kollegen mit. Das Krankenbuch muß jeder vorzeigen, das sich darum jeder zum Zwecke

der Wahl von seinem Meister geben lassen möge.

Zutritt zur Wahl haben nur Kassenmitglieder, welche das 21. Lebensjahr überschritten haben. Die Wahl findet heute, am 29. November, abends von 9 bis 11 Uhr in Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75, ohne Unterbrechung statt.

Die Genossen, die mit Fleischergesellen zusammenkommen, werden ersucht, diese auf die Wahl aufmerksam zu machen.

Fürsorgezöglinge als Bankeinbrecher. Bei dem Versuch, in eine Bank einzubrechen, wurden gestern abend die 18 und 20 Jahre alten entsprungenen Fürsorgezöglinge Jorzig und Heider überrascht und verhaftet. Die Einbrecher hatten es auf die Zweigstelle der Mitteldeutschen Kreditbank in der Roßstraße 3 abgesehen. Sie verschafften sich mit Nachschlüsseln Eingang zum Grundstück und suchten dann in die Kassenräume einzudringen, indem sie die Eisenstangen an einem Fenster auseinanderbogen und die Scheiben herausschlugen. Die Frau eines in dem Hause wohnenden Kassenbeamten, die in den Bankräumen noch zu tun hatte, hörte das Geräusch, überzeugte sich, daß sie es mit Einbrechern zu tun hatte und holte Hülfe von der Straße. Als die Einbrecher sich entdeckt sahen, flohen sie in den Keller, wurden aber nach kurzer Zeit aus ihrem Versteck herausgeholt.

Unter den Rädern des Brauerwagens. Ein tragischer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang trug sich gestern abend an der Ecke der Holzmarkt- und Andreasstraße zu. Die 60 Jahre alte Ehefrau Marie Schäfer, Kottbuserstraße 15, trug gemeinsam mit ihrer Schwiegertochter einen Korb mit Wäsche durch die Holzmarktstraße. Als die beiden Frauen mit ihrer Last in die Andreasstraße einbogen, kam in schleunigstem Tempo ein Wagen der Unionsbrauerei vorüber und Frau Sch. sowohl wie auch ihre Schwiegertochter gerieten in die Gefahr überfahren zu werden. Der letzteren glückte es noch im entscheidenden Moment, sich zu retten, dagegen wurde die Greisin unter die Räder gerissen und überfahren. Die Bedauernswerte wurde sofort nach der Unfallstation 8 am Grünen Weg gebracht, doch konnte der Arzt nur noch den Tod bei ihr feststellen. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Kutscherlos. Vom eigenen Wagen totgefahren wurde gestern der 43jährige Kutscher August Richter aus der Sorauerstraße 14. R. befand sich mit seinem Fuhrwerk, einem Mörtelwagen, auf der Heimfahrt und war unterwegs vom Bock heruntergestiegen, um am Geschirr etwas in Ordnung zu bringen. Als er wieder auf den Wagen hinaufsteigen wollte, zogen die Pferde plötzlich an, R. trat infolgedessen fehl und stürzte so unglücklich auf den Fahrdamm, daß beide Räder des Wagens über seine Brust hinweggingen. Auf dem Transport nach dem Krankenhause am Urban starb der Bedauernswerte an den Folgen der schweren Verletzungen, die er bei dem Unglücksfall davongetragen hatte.

Berliner Gauner auf Reisen. Wegen eines Schmuckdiebstahls im Werte von mehreren 100 000 Franken, begangen in Rom, gegenüber einer österreichischen Baronin, wurde in Zürich ein angeblicher Baron von Hompel verhaftet. Nach polizeilicher Feststellung heißt er aber Paul Schmidt, geboren 1878 in Berlin und ist ein vielfach vorbestrafter Hochstapler, der gegenwärtig von der Berliner Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls von 12 000 M. gesucht wird.

Große Aufregung rief ein Unglücksfall hervor, der sich gestern abend auf dem Gesundbrunnen ereignete. Der Kutscher Otto Dorn, Cuvrystraße 25 wohnhaft, war mit einem hochbeladenen Kartonwagen durch die Badstraße gefahren, als plötzlich die Pferde vor einem vorübersausenden Automobil scheuten und durchgingen. In wilder Karriere rasten die Tiere dahin und brachten die Passanten in die größte Gefahr. In der Nähe der Grünthalerstraße fuhren die Durchgänger mit solcher Gewalt gegen die Bordschwelle, daß der Wagen in Trümmer ging und der Kutscher auf die Straße geschleudert wurde. Schwerverletzt wurde er nach der nahen Unfallstation gebracht.

Eine Einbrecherbande, die seit einiger Zeit am Gesundbrunnen aufgetaucht ist, macht der Kriminalpolizei viel zu schaffen. Als „Spezialität" betreibt die Bande Laubeneinbrüche und ganz besonders hat sie es auf die Kolonien an der Grünthaler- und Bellermannstraße abgesehen. Auch in den beiden letzten Nächten waren die Burschen wieder fleißig bei der „Arbeit". Die lebende Beute schlachteten sie gleich an Ort und Stelle ab. Zweifellos steht die Bande mit einem Geflügelhändler, bei dem sie das gestohlene Gut „verschärft", in Verbindung.

Von einem Hund die Nase abgebissen. Von einem verhängnisvollen Geschick ist gestern der 19jährige Arbeiter Homotta aus der Stettinerstraße 50 betroffen worden. Der junge Mann befand sich in dem Restaurant von Gericke in der Grüntalerstraße 12, dessen Inhaberin einen ausgewachsenen Bernhardinerhund besitzt. Als der frühere Besitzer des Tieres das Lokal betrat, band er ihm den Maulkorb ab und spielte mit dem Hund. Währenddes reizte H. das Tier und wütend sprang dieses auf den jungen Menschen los. Es biß ihm die Nase vollständig ab, und wären nicht andere Gäste sofort hinzugesprungen und hätten den Hund von seinem Opfer weggerissen, so wäre H. von dem wilden Tiere vollständig zerfleischt worden.

Feuerwehrbericht. In der Eberswalderstr. 96 brannten gestern abend Bretter, Balken u. a. in einer Wärterbude und in der Gitschinerstr. 80 Benzin, Terpentin usw., der Fußboden u. a. in einem Galvanisierraum. Gleichzeitig mußte ein kleiner Wohnungsbrand in der Franseckistr. 6 gelöscht werden. Gestern früh hatte die Wehr in der Wassertorstr. 65 zu tun, wo das Zwischengebälk brannte. Außerdem wurden noch mehrere kleinere Brände gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Feuer in einer Gemeindeschule.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurde die Charlottenburger Feuerwehr nach der Hülfsschule II für Knaben in der Bismarckstr. 43, unmittelbar neben der städtischen höheren Töchterschule III, gerufen. Als Brandmeister Lebbe mit seinem Löschzuge aus der Hauptwache dort eintraf, schlugen helle Flammen aus dem dritten Stock des Vorderhauses nach der Hofseite hin. Wie sich herausstellte, brannte ein Klassenzimmer, in dem die Kinder Tischlerarbeiten usw. verrichten. Die Wehr hatte über eine Stunde zu tun, um das Feuer, das auch bereits den Fußboden und die Decke ergriffen hatte, vollständig zu löschen. Ueber die Entstehungsursache ist nichts ermittelt.

Freie Volksbühne Charlottenburg. Am Sonnabend, den 1. Dezember, wird im „Schiller-Theater N.", Chausseestraße 25, „Der Hochtourist" gespielt. Gastkarten a 80 Pf. sind noch in beschränkter Anzahl und bis Freitagabend in allen Zahlstellen des Vereins zu erhalten.

Das Winterfest der Bühne findet am Sonntag, den 2. Dezember, abends 6 Uhr, im „Volkshause" statt. Aus dem wirklich künstlerisch zusammengestellten Programm sind hervorzuheben: Humoristische Lichtbilder aus Werken Wilh. Buschs, Rezitationen usw.

An die Vorstellung schließt sich ein gemütliches Beisammensein und Tanz. Das Eintrittsgeld beträgt nur 30 Pf. für Erwachsene, 10 Pf. für Kinder und sind Karten in sämtlichen Zahlstellen des Vereins wie auch an der Abendkasse zu haben.

Der eventuelle Ueberschuß fließt in den Dispositionsfonds des Volkshauses.

Weißensee.

Heute abend 8 Uhr findet im Brauereiausschank von G. Enders, Königchaussee 6/7, die Generalversammlung der Ortskrankenkasse Weißensee statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl des Vorstandes, ferner Beschlußfassung über Regreßpflicht des Vorstandes. Die Aufsichtsbehörde, an der Spitze Dr. Pape, sucht hier den Vorstand für etwas verantwortlich zu machen, woran sie zum Teil selbst die Schuld trägt. Es werden deshalb die Arbeitnehmerdelegierten aufgefordert, alle pünktlich in der Generalversammlung zu erscheinen.

Diejenigen Genossen, welche an dem Tage Zeit haben, mögen sich abends 7 Uhr im Lokale von Content, Lehderstr. 5, einfinden, um eventuell helfend eingreifen zu können.

Das Gewerkschaftskartell.

Spandau.

Einen tumultuarischen Verlauf nahm zu Anfang die am Dienstagabend auf dem Nonnendamm einberufene öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Dr. Karl Liebknecht über „Die Fleischteuerung" referieren sollte. An Stelle des noch nicht erschienenen Referenten übernahm Genosse Gebhart-Charlottenburg das Referat. Während dieser Zeit begannen anscheinend Meister und Angestellte der Firma Siemens u. Halske unter Führung zweier Schlächtermeister mit Lärmszenen, wie man sie nur in Pückler-Versammlungen zu vernehmen gewöhnt ist. Der Referent wurde durch das Gebrülle minutenlang am Sprechen verhindert. Dem ruhigen und besonnenen Verhalten der großen Anzahl von Arbeitern ist es zu verdanken, daß die Radaubelden nicht Gelegenheit hatten, eine Prügelei anzufangen. Nach einer Stunde erschien Genosse Liebknecht, von der Versammlung mit großem Beifall begrüßt und löste den Genossen Gebhart ab. Die Radauburschen hatten sich mit einem Male äußerster Ruhe befleißigt. Als nach dem Liebknechtschen Referat der Vorsitzende zur Diskussion aufforderte, verdufteten die Hauptbrüller. Der Vorsitzende Pieser kennzeichnete das Verhalten der radaulustigen Elemente in gebührender Weise. In der Diskussion verbreiteten sich ein Meister und ein Buchhalter der Firma Siemens und Halske in banaler Weise über die Fleischpreise und die Arbeiterorganisation. Genosse Liebknecht führte sie zum Schluß gründlich ab und forderte zu lebhafter Agitation für die Organisation auf. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute tagende öffentliche Versammlung der Einwohner der Kolonie Nonnendamm (Spandau) pflichtet den Ausführungen der beiden Referenten voll und ganz bei und schließt sich der seinerzeit von der Sozialdemokratie herausgegebenen Resolution an. Ferner ist die Versammlung zu der Ansicht gekommen, daß, sollen bessere Verhältnisse platz greifen, die Arbeiterschaft sich der modernen Organisation, auf politischem Gebiete sowohl wie auf gewerkschaftlichem, anzuschließen haben."

Gerichts-Zeitung.

Der Boykott des „Fürstenhof" in Zehlendorf.

Der „Fürstenhof" in Zehlendorf ist bekanntlich Gemeindeeigentum. Nach § 4 der Städteordnung ist jeder Einwohner des Stadtbezirkes zur Mitbenutzung der öffentlichen Gemeindeanstalten berechtigt; für Landgemeinden gilt der gleiche Grundsatz. Trotzdem hat die Gemeinde den „Fürstenhof" Herrn Schwedhelm unter der Auflage verpachtet, seinen Saal nicht zu sozialdemokratischen Versammlungen herzugeben. Da alle Vorstellungen der Gemeinde gegenüber erfolglos blieben, der Pächter aber für seine Weigerung den Saal zu sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen herzugeben, sich hinter dem Vertrag verschanzte, so wurde bekanntlich das Lokal, insbesondere die Stehbierhalle, boykottiert. Unseren Lesern ist bekannt, daß darauf Polizei, Zivil- und Strafgericht gegen den Pächter und die Gemeinde — ach nein gegen die Genossen in Bewegung gesetzt wurden, welche den Sachverhalt Ahnungslosen, die die Stehbierhalle ohne Kenntnis des Sachverhalts betreten wollten, mitteilten. Strafbefehle, Einhaltsbefehle, Klagen regnete es in solchen Massen, daß das hierzu verbrauchte Papier bald den gesamten „Fürstenhof" füllen konnte. Unsere Genossen hielten den Boykott trotz allerlei Nadelstiche aufrecht. Geradezu drakonische Strafen wurden — selbstredend vergeblich — erkannt, um ihren Willen zu brechen. So wurde Genosse Weber vom Schöffengericht zu Lichterfelde unter Vorsitz des Assessors Jacobi zu 4 Wochen Haft, Dieke und Völlert zu je 2 Wochen, Schulze zu 3 Tagen Haft unter der Marke „grober Unfug" verurteilt. Am Dienstag wurde über dies ungeheuerliche Strafmaß in der Berufungsinstanz verhandelt. Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab dasselbe Bild wie in erster Instanz. Der Wirt des Lokals behauptete, daß den ganzen Tag Posten vor seinem Lokal gestanden hätten. Er habe infolgedessen im Juni, Juli über 1000 M. Schaden gehabt. Sieben vernommene Zeugen bekundeten, daß sie sich an die Mitteilung der Sperre, die ihnen von den Angeklagten ruhig und höflich gemacht worden wäre, nicht gekehrt und auch nicht belästigt gefühlt hätten. Höchstens, sagten einige, sei ihnen das unangenehm gewesen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, legte insbesondere an Hand des Reichsgerichtsurteils vom 12. Juli d. J. die Berechtigung des Boykotts dar und ging mit der erkannten Strafart und Strafhöhe ins Gericht. Das Gericht änderte das Strafmaß ab. Es erkannte gegen Weber auf 20, gegen die übrigen Inkulpaten auf je 6 Mark Geldstrafe. Die Kosten wurden zur Hälfte der Staatskasse auferlegt. Die Gründe gingen dahin: Das Gericht wolle es dahingestellt sein lassen, ob der Boykott stets grober Unfug sei. Die Entscheidung des 6. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 12. 7. d. J. lasse dies auch dahingestellt und habe es nur in dem zur Entscheidung stehenden Falle verneint. Die Publizistik gehe zu weit, wenn sie etwas anderes behaupte. In diesem Fall liege aber in der Art des Vorgehens der Angeklagten grober Unfug. Sie seien systematisch auf offener Straße vorgegangen. Der „Fürstenhof" sei geradezu belagert worden, und wahllos seien die mutmaßlichen Gäste desselben angesprochen worden. Indessen da die Zeugen sich nicht gröblich belästigt gefühlt, so sei auf die niedrige Geldstrafe erkannt worden.

Hoffentlich legen die Verurteilten trotz der bekannten Richtung des Kammergerichts Revision ein. Die Angeklagten haben nach der Zeugenaussage nichts weiter getan als wozu sie nach dem Gesetz berechtigt und moralisch sich verpflichtet fühlten. Von einer Belästigung des Publikums in seiner Allgemeinheit kann ganz und gar nicht die Rede sein. Ist das Publikum in seiner Allgemeinheit belästigt, so ist es das durch den von der Gemeinde geschlossenen Vertrag und dessen Innehaltung durch den „Fürstenhof" trotz seines gegen die Gleichberechtigung und gegen die guten Sitten verstoßenden Inhalts. Denn dieser Vertrag beleidigt die Arbeiterklasse, behandelt sie entgegen der Verfassung und dem Gesetz als Einwohner zweiter Klasse. Und darauf hinzuweisen soll Unfug, ja grober Unfug sein? Dann freilich ist auch eine Judikatur, die den § 360 Ziffer 11 ausdehnend interpretiert, wenn es sich um Bestrafung wegen Wahrnehmung von Rechten der Arbeiter handelt, kein grober Unfug.

Apropos: weshalb geht denn die Staatsanwaltschaft, die die Ansicht vertritt, Boykottierung eines Saales sei grober Unfug, nicht gegen boykottierende Militärobrigkeiten vor?

Ist der König eine Behörde?

Die gemäß § 38 der Gewerbeordnung erlassenen ministeriellen Vorschriften über den Gewerbebetrieb der sogenannten Rechtskonsulenten bestimmen, daß jedes Schriftstück, welches ein Rechtskonsulent im Auftrage eines Dritten an eine Privatperson oder eine Behörde richtet, oben links Namen und Wohnung des Konsulenten, sowie die laufende Nummer seines Geschäftsbuchs tragen muß. Wegen Uebertretung dieser Bestimmung war Herr Kramer vom Landgericht I Berlin zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil die Vorschriften auf einen Immediatgesuch an den Kaiser und König nicht beachtet waren. Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Landgericht sage, der König sei eine Behörde im Sinne jener Vorschriften. Der Senat aber meine, daß Strafvorschriften nicht ausdehnend ausgelegt werden dürften. An sich sei der König keine Behörde. Da nun die ministeriellen Vorschriften über Eingaben an den König nichts enthielten, so könnten sie darauf nicht angewendet werden. Ob solche Schriftstücke versehentlich oder absichtlich in den Vorschriften nicht erwähnt wären, sei gleichgültig.

Giftmordversuch einer Sechszehnjährigen.

Zu dem vorgestrigen Bericht über die Verhandlung gegen das Dienstmädchen Frieda Schütze geht uns von Herrn Rechtsanwalt Theodor Liebknecht folgende Mitteilung zu:

Das Mädchen ist ein Opfer der bekannten Rechtsprechung des Reichsgerichts über die Strafbarkeit des Versuchs mit untauglichen Mitteln. Das Gericht hat in Uebereinstimmung mit dem Gutachten der Sachverständigen angenommen, daß die von dem Mädchen angeblich der Milch der kleinen Heino beigegebene Menge von seinem schwefelsauren Natron (nicht Zuckersäure) bei der außerordentlichen Verdünnung nicht nur nicht die Ursache des Todes des Kindes, sondern nicht einmal geeignet war, die Gesundheit des Kindes zu gefährden, und daß das Kind an Brechdurchfall gestorben ist. Wenn es trotzdem zur Verurteilung wegen Versuchs des Verbrechens gegen § 225 des Strafgesetzbuches gelangt ist, so nur auf Grund der Annahme, die Schütze habe das von ihr gewählte (objektiv ungeeignete) Mittel für geeignet gehalten, die Gesundheit des Kindes zu beschädigen.

Gleichzeitig teilt uns der Anwalt mit, daß gegen das Urteil Revision eingelegt ist.

Zu dem Fall selbst erfahren wir noch zu der von der Thieleschen Gerichtskorrespondenz gegebenen Darstellung des Falles, daß die Verhandlung eine Reihe in dem Bericht nicht erwähnter Momente zutage gefördert hat, die zeigen, daß das verurteilte Kind zu jenen bedauernswerten schwachsinnigen Geschöpfen zu gehören scheint, deren Zurechnungsfähigkeit starken Bedenken unterliegt. Das Kind ist nicht über die dritte Gemeindeschulklasse herausgekommen und macht einen äußerst stumpfsinnigen Eindruck. Unrichtig ist, daß das Kind bereits in früheren Stellungen sich als lügnerisch erwiesen habe.

Die Thielesche Gerichtskorrespondenz erfreut sich Jahrzehnte hindurch des Rufes objektiver zuverlässiger Berichterstattung und verdient auch diesen Ruf für die weitaus meisten Fälle. Indes ist seit geraumer Zeit in einigen offenbar nicht von Herrn Oskar Thiele selbst herrührenden Berichten die Objektivität stark zu vermissen. Der (von uns nicht vollinhaltlich wiedergegebene) Thielesche Bericht enthielt auch in diesem Falle eine Reihe mit der Wahrheit nicht übereinstimmender, der Angeklagten ungünstiger Darstellungen. Es ist zu bedauern, daß der — allen Berliner Tageszeitungen zugehende — Thielesche Bericht von seiner früheren Objektivität viel eingebüßt hat. Soweit uns möglich, senden wir zu den sozial oder politisch interessierenden Verhandlungen besondere Berichterstatter. Aber da oft viele Hunderte Gerichtsverhandlungen an einem Tage in Berlin sich abspielen, ist es unmöglich, auf eine allgemein früher besonders zuverlässige Korrespondenz zu verzichten. Wir sind davon überzeugt, daß Herr Oskar Thiele selbst so weit wie möglich den Ruf durchaus zuverlässiger Berichterstattung zurückzuerobern bestrebt ist.

Lotterievereine.

Wegen Lotterievergehens ist am 15. November v. J. vom Landgericht Frankfurt a. M. der Kaufmann Louis Wolff zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er Lose angekauft und Spielervereine gebildet hatte, deren Mitgliedern er Anteilscheine lieferte. Seine Revision wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Achtung vor Schwindelannoncen!

Mit den Betrugsmanövern von zwei sogenannten „Lehranstalten", die beide unter der Firma „Zentral-Frauenerwerb" seit längerer Zeit mittellose Frauen und Mädchen brandschatzen, hatte sich am Dienstag das Gewerbegericht zu befassen. Gegen die „Direktorinnen" der Anstalten, Frau W. Arndt, Elsasserstraße 35, und Frau Kaehne, Oranienstr. 23a, wurden seitens zweier Geschädigter Geldforderungen in Höhe von 14 bezw. 30 M. geltend gemacht. Die beiden Leiterinnen erließen in den gelesensten Zeitungen Berlins und der Provinz Annoncen folgenden Inhalts: „Verlangt werden Damen, dauernde Beschäftigung, auch außerm Hause, Wochenverdienst bis 25 M. nach achttägiger ungenierter Ausbildung."

Den Arbeitsuchenden, die sich in großer Anzahl einfanden, wurde bedeutet, daß sie erst eine „Lehrzeit" von acht Tagen absolvieren müßten, wofür sie 10 M. Lehrgeld zu entrichten hätten. Nachdem sie „ausgelernt" hätten, würden sie gegen glänzende Bezahlung weiter beschäftigt werden. Auf diese verlockenden Versprechungen fielen die meisten hinein; sie zahlten die 10 M. und mußten gleichzeitig einen Revers unterschreiben, nach welchem sie sich damit einverstanden erklären, daß die Lehranstalt eine Verpflichtung zur weiteren Beschäftigung nicht übernimmt. Die Schülerinnen wurden dann acht Tage lang mit dem Perperlen und Verschnüren von Stoffen beschäftigt. Wollten die Frauen und Mädchen endlich auch einen Verdienst sehen, so wurden sie unter Ausreden fortgewiesen oder die „Frau Direktor" schickte sie auf gut Glück zu irgend einer Firma, die gerade nach Arbeiterinnen annoncierte. Das Geschäft ging glänzend, alle Tage traten Schülerinnen ein und andere aus; ja die Beklagte Arndt erklärte auf Befragen des Vorsitzenden, wieviel Mädchen immer zu gleicher Zeit sitzen, ganz offenherzig: Das ist wie eine Börse. Viele kommen, viele gehen." Bei der Beklagten Kaehne trat eine arme Witwe aus Kleinbeeren an, die ihr letztes Zehnmarkstück für das Lehrgeld opferte. Trotzdem sie nach der Lehrzeit die Beklagte fußfällig um Arbeit bat, wurde auch sie fortgewiesen.

Wie bereits in mehreren analogen Vorprozessen, so mußte auch im Falle Arndt wegen der Reversunterschrift auf Abweisung erkannt werden. Im Falle Kaehne wurde die Beklagte zur Zahlung von 14,50 M. verurteilt. Das Gericht sieht im übrigen in dem Geschäftsgebaren beider Beklagten ein strafrechtliches Vergehen und beschloß, die Akten der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Vermischtes.

Ein neuer Eisenbahnunfall. Gestern nachmittag fuhr, einer Kölner Meldung zufolge, auf dem Bahnhof Goch der Bedarfseilgüterzug 6078 auf den auf dem Gleis 3 des Bahnhofes stehenden Güterzug 3366. Der Zugführer des Eilgüterzuges wurde getötet. Die Lokomotive des Eilzuges und 7 Güterwagen entgleisten und wurden zum Teil erheblich beschädigt. Beide Hauptgleise waren an der Einfahrt aus der Richtung Cleve längere Zeit gesperrt. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalles ist eingeleitet.

Glücklich im Hafen. Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd „Kaiser Wilhelm der Große" traf Dienstagabend auf der Weser ein und verlegte sich gestern morgen in den Hafen.

Artistenelend. In einem Restaurant in St. Johann hat sich, wie aus Saarbrücken gemeldet wird, ein dort auftretender Varietékünstler erschossen.

Verschüttet.

Auf Zeche „Anna" des Kölner Bergwerksvereins wurde am Dienstag der 32jährige Hauer Friedrich Wittenberg von Altenessen durch niedergehende Gesteinsmassen verschüttet. Erst nach mehrstündiger angestrengter Arbeit gelang es, ihn hervorzuholen, doch er war schon erstickt. Wittenberg war verheiratet und Vater zweier Kinder.

Kray, 27. November. Durch einen aus dem Hangenden stürzenden schweren Stein wurde auf Schacht „Katharina" der Zeche „Herkules" ein Bergmann getroffen und auf der Stelle getötet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.